

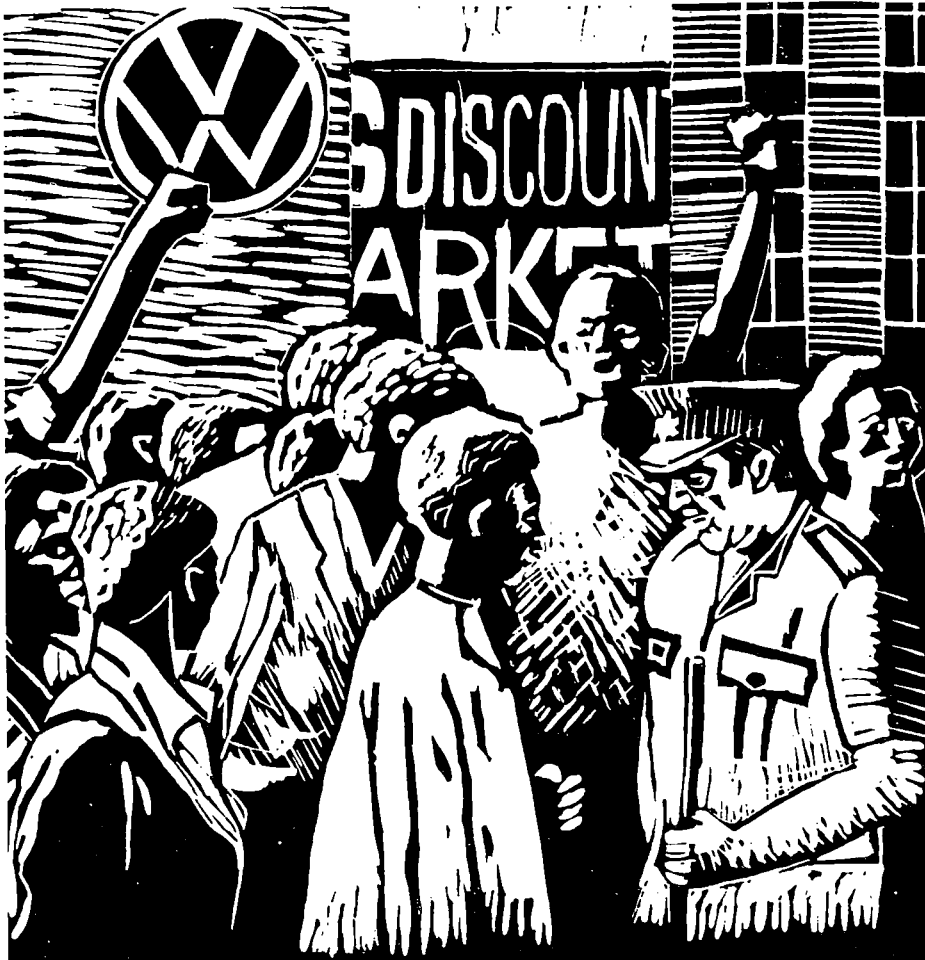
Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte

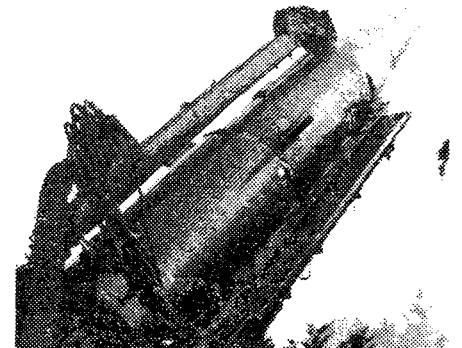


17. Dezember 1983
Jg. 4 Nr. 25

G 7756 D Preis:
2,50



Haushalt 1984: Haushalt verabschiedet, die Regierungsparteien bei den nächsten Angriffen gegen die Lohnbewegung Seite 3



Westeuropäische Union: Stärkung der europäischen Zusammenarbeit bei der Kriegsvorbereitung Seite 7



EG: Gipfel geplatzt - Bundesregierung sieht „heilsame Aspekte“ Seite 29

UNTERSTÜTZT DEN AUFBAU UNABHÄNGIGER GEWERKSCHAFTEN IN SÜDAFRIKA

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

<i>Haushalt 1984:</i> Haushalt verabschiedet, die Regierungsparteien bei den nächsten Angriffen gegen die Lohnbewegung	Seite 3
<i>Einkommens- und Verbrauchsentwicklung eines 4-Personen-Arbeitnehmerhaushaltes 1978 – 1982</i>	Seite 3
<i>Lohnbewegung Metall:</i> Beunruhigende Verhandlungsergebnisse	Seite 4
<i>Aktionen der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst gegen Haushaltsgesetze</i>	Seite 5
<i>Aus Politik und Wirtschaft — kurz berichtet</i>	Seite 6
<i>Westeuropäische Union:</i> Stärkung der europäischen Zusammenarbeit bei der Kriegsvorbereitung	Seite 7
<i>„Die Republikaner“:</i> Großdeutsch und sozialdemagogisch	Seite 7
<i>„Untergrundagenten“:</i> Innenminister wünschen Gesetze zwecks Aufbau einer Geheimpolizei	Seite 8
<i>Arbeitslosengeld:</i> DGB fordert unbefristetes Arbeitslosengeld	Seite 9
<i>Zwangsräumungen:</i> Starke Zunahme in Großstädten ...	Seite 9
<i>Großbritannien:</i> Druckgewerkschaft plant neue Streiks – Gewerkschaftsbund TUC gespalten	Seite 10
<i>Westdeutsche Reaktionen auf den Kampf der englischen Druckarbeiter</i>	Seite 11
<i>Druckindustrie:</i> Forderungen zum Manteltarifvertrag ..	Seite 11
<i>„Flick-Affäre“:</i> Legale Parteienfinanzierung fürs Kapital	Seite 12
<i>Mittelamerika:</i> Bundesregierung will die „Freiheit“ retten – die Pfründe der BRD-Imperialisten sollen erhalten bleiben	Seite 13
<i>Zum ersten Mal in der Geschichte El Salvadors bilden die Bauern ihre eigene Regierung</i>	Seite 14
<i>Umtriebe westdeutscher Kaffeemonopole in Mittelamerika</i>	Seite 16
<i>Nachrichten aus der Arbeiterbewegung</i>	Seite 18
<i>Hafen Hamburg:</i> Betriebsversammlung: Die Gangstärken müssen gesetzlich festgelegt werden	Seite 19
<i>Ruhrgebiet:</i> Angriffe auf Lohn- und Tarifrechte	Seite 19
<i>Gemeindewahl:</i> Forderungen der Münchner Grünen zu den MVV-Tarifen	Seite 20
<i>Kommunalhaushalt:</i> ÖTV gegen Haushaltsplan der Stadt Stuttgart	Seite 21

<i>Schulen:</i> CDU-Hatz auf Friedensbewegung	Seite 21
---	----------

<i>Urabstimmungen und Aktionstage:</i> Studentenbewegung sucht Linie gegen die Kriegsvorbereitungen	Seite 22
---	----------

<i>Die Kriegsforschung angreifen!</i>	Seite 23
---	----------

<i>Schleswig-Holstein:</i> Schulschließungen in Kiel geplant ..	Seite 23
---	----------

<i>Landtag Hessen:</i> Verhandlungen Grüne/SPD Hessen ..	Seite 23
--	----------

<i>Wasserversorgung:</i> Zentralisierung durch Talsperrenausbau	Seite 24
---	----------

<i>Busse-Prozeß:</i> Ankläger hatten „Mitleid“ mit Neo-Nazi	Seite 24
---	----------

<i>Ausländische Arbeiterbevölkerung:</i> Die „Ausländerprobleme“ der Westberliner Kapitalisten: CDU propagiert weitere Sondergesetze	Seite 25
--	----------

<i>Lummers Verwaltungsvorschriften zum Ausländererlaß:</i> Scharf kalkulierte Auslesewirkung	Seite 26
--	----------

<i>Stichwort:</i> Ausländische Beschäftigte	Seite 27
---	----------

<i>Internationale Nachrichten</i>	Seite 27
---	----------

<i>EG:</i> Gipfel geplatzt – Bundesregierung sieht „heilsame Aspekte“	Seite 29
---	----------

<i>Niederlande:</i> Niederlage im Kampf gegen Lohnsenkung.	Seite 29
--	----------

<i>Italien:</i> BRD will Stahl-Konkurrenten ausschalten	Seite 30
---	----------

<i>Greyhound:</i> Nach vier Wochen Streik Einigung	Seite 30
--	----------

<i>DDR:</i> Stellung des FDGB zur Schichtarbeit	Seite 31
---	----------

<i>Indien:</i> Kohl lotet Expansionsmöglichkeiten aus	Seite 31
---	----------

<i>Azania:</i> Ziele der Frontorganisationen und die Stellung der Gewerkschaften	Seite 32
--	----------

<i>Dokumente der Frontorganisationen</i>	Seite 33
--	----------

<i>Aus Kultur und Wissenschaft</i>	Seite 34
--	----------

<i>Siegfried Zimmerschied:</i> „Frieden in Freiheit“ – ein Holzweg in 14 Stationen	Seite 34
--	----------

<i>Arme Irre in Amerika</i>	Seite 34
-----------------------------------	----------

<i>Konservative Aktion:</i> Eigentumsbewahrung	Seite 34
--	----------

<i>Eine Liebe in Deutschland</i>	Seite 35
--	----------

<i>EKD:</i> Kirchenleitung, Luther und Gott für Staatstreue und Pershing II	Seite 35
---	----------

<i>Revolutionäre Sozialisten:</i> Einige Ergebnisse des V. Parteitages der KPD	Seite 36
--	----------

<i>Bleistiftskizze</i>	Seite 37
------------------------------	----------

<i>Effektivlohndrift Metall 1980 – 1983:</i> 8 bis 13 Prozent, Preissteigerung 14,5 Prozent	Seite 38
---	----------

Haushalt verabschiedet, die Regierungsparteien bei den nächsten Angriffen gegen die Lohnbewegung

Am 9.12. hat der Bundestag mit den Stimmen von CDU/CSU und FDP endgültig den Haushalt 1984 und die Begleitgesetze der Bundesregierung verabschiedet. In drei Punkten haben die Abgeordneten der Regierungsparteien die Vorlagen der Regierung noch einmal deutlich zulasten der Lohnab-

hängigen und zugunsten der Kapitalisten verändert:

– so entfällt die von der Bundesregierung für 1984 vorgesehene Neuveranlagung bei der Vermögenssteuer. Folge ist, daß die Kapitalisten 1984 weitere 500 Mio. DM weniger Vermögenssteuer zahlen müssen. Insgesamt

zahlen die Kapitalisten 1984 nur noch 3 Mrd. DM Vermögenssteuer, gegenüber 5 Mrd. DM in diesem Jahr;

– sodann hat der Bundestag den Besoldungsstopp für die Beamten um eine sechsmonatige Wiederbesetzungs- und Höherstufungssperre für alle Bundesbehörden, Bahn und Post ergänzt – verbunden mit dem Hinweis an Länder und Gemeinden, ebenso zu verfahren;

– schließlich hat der Bundestag das Mutterschaftsgeld noch stärker gesenkt. Künftig sollen statt bisher vier Monate lang täglich 25 DM nur noch 17 DM pro Tag gezahlt werden. Die Bundesregierung hatte das Mutterschaftsgeld „nur“ auf 20 DM senken, dafür aber auch die Dauer der Zahlung auf drei Monate verringern wollen. Diese Verringerung der Zahlungsdauer haben die Regierungsparteien nun aufgehoben, um „zum Ausgleich“ die Zahlung selbst noch weiter senken zu können.

Alle übrigen Regierungspläne hat der Bundestag im wesentlichen unverändert übernommen. In Kraft treten damit zum 1.1.84 unter anderem:

– die Verringerung des Arbeitslosengeldes, Schlechtwettergeldes und Kurzarbeitergeldes für ledige und kinderlose Lohnabhängige von 68% auf 63%, die Senkung des Arbeitslosengeldes für Jugendliche auf 31,5% ihres nach der Ausbildung zu erwartenden Lohns,

– die „Aktualisierung“ der Rentenanpassung, die neuerliche Erhöhung des Krankenversicherungsbeitrags der Rentner um 2% ab 1.7.84 sowie die drastischen Einschränkungen der Frühverrentung wegen Berufs- und Erwerbsunfähigkeit,

– die Senkung des Krankengeldes um 11,55%, die Einschränkungen bei der Sozialhilfe, die Senkung der Arbeitslosenhilfe für ledige und kinderlose Arbeitslose auf 56% und die vielen Gemeinheiten gegen behinderte Lohnabhängige (siehe Pol. Ber. 21/83, S. 16/17), die Besoldungssperre für Beamte, die Kürzung des Mutterschaftsgeldes

– sowie schließlich die Steuersenkungen für die Kapitalisten, insbesondere bei der Vermögenssteuer.

Ein Antrag der GRÜNEN, den Bundeszuschuß an die Rentenversicherungen um 19 Mrd. DM zu erhöhen und sämtliche Rentenkürzungen aufzuheben, stattdessen insbesondere den Rüstungsetat um 8,5 Mrd. DM zu senken,

Einkommens- und Verbrauchsentwicklung eines 4-Personen-Arbeitnehmerhaushaltes 1978 – 1982

Die folgende Tabelle zeigt die Folgen der Lohnsenkungen der vergangenen Jahre und der Haushaltsgesetze und Versicherungskürzungen noch unter der SPD/FDP-Regierung: Rückgang des Nahrungsmittelverbrauchs, Rückgang der Ausgaben für Bekleidung und Urlaub, rapider Anstieg der Verschuldung der befragten Haushalte und ihrer Zinslasten an die Banken. 1982 ermittelte das Statistische Bundesamt allein für diese befragten Haushalte einen Rückgang des Fleischverbrauchs um 4,2 kg bzw. 2,4% im Jahr gegenüber 1978, dabei insbesondere Rückgang des Verbrauchs von Rindfleisch, einen Rückgang des Verbrauchs von Frischgemüse um 5,4 kg im Jahr bzw. 5,8% und einen Rückgang des Verbrauchs von Frischobst um 22 kg bzw. 14,5%. Wohlge- merkt: all dies galt für Haushalte, deren Einkommen real, nach Abzug von Steuern und Versicherungslasten, gegenüber 1978 sogar noch gestiegen war. Die Verbrauchsrückgänge insbesondere in den unteren Lohngruppen, die in diesen Jahren bereits schwere Senkungen des Haushaltseinkommens hinnehmen mußten, wurden vom Statistischen Bundesamt nicht gesondert erfaßt.

Ausgaben eines 4-Personen-Arbeitnehmerhaushaltes (in Preisen von 1982)

Ausgabengruppe	1978	1982	Änderung in % von 1982
Nahrungs- und Genußmittel	740,45	724,24	- 2,19%
davon:			
– Nahrungsmittel	631,27	622,61	- 1,37%
– Nahrungsmittel tier. Ursprungs	289,91	272,14	- 6,13%
Kleidung, Schuhe	136,48	128,82	- 4,48%
davon: Schuhe	51,68	48,65	- 5,86%
Wohnungsmieten u. ähnl. Ausgaben	403,22	445,05	+ 10,37%
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	179,55	189,01	+ 5,27%
Übr. Waren u. Dienstl. f. d. Haush.	239,21	255,59	+ 6,85%
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	412,34	408,65	- 0,89%
davon: eigenes Kraftfahrzeug	327,25	322,99	- 1,30%
Persönliche Ausstattung, Urlaub	127,88	113,53	- 11,22%
Zinsen f. Konsumentenkredite u. ä.	52,20	112,10	+ 114,75%
Verfügbares Einkommen	3 235,10	3 292,04	+ 1,76%

Quellen: Statistisches Jahrbuch der BRD für 1983 und Sachverständigen Gutachten 1983/84, die Angaben für 1978 sind mit den durchschnittlichen Preissteigerungsraten für die jeweilige Warengruppe bis 1982 multipliziert, wie sie das Sachverständigen Gutachten angibt.

Anmerkung: Das Statistische Bundesamt ermittelt die obigen Daten jährlich durch Stichproben. Um den *realen* Minderverbrauch darzustellen, haben wir die Angaben für 1978 mit den durchschnittlichen Preissteigerungsraten für die jeweilige Warengruppe bis 1982 multipliziert. Die dritte Spalte gibt insofern die reale Verbrauchsentwicklung einigermaßen wieder – leider nur einigermaßen, denn der Zuwachs der Ausgaben für Wohnungsmieten dürfte keineswegs auf bessere Wohnungen zurückgehen, sondern darauf, daß der Anstieg der Mieten für 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte noch bedeutend höher lag als der durchschnittliche Mietenanstieg, den wir bei der Rechnung angenommen haben.

Lohnbewegung Metall: Beunruhigende Verhandlungsergebnisse

Noch vor der Eröffnung der regionalen Verhandlungen um die 35-Stundenwoche wandte sich der IGM-Vorstand über die Öffentlichkeit an die Tarifkommissionen der IG Metall mit dem Vorschlag, Lohn- und Gehaltsforderungen im Volumen zwischen 3% und 3,5% aufzustellen. Im vorigen Jahr wurden Tarifkommissionsforderungen (Baden-Württemberg, Hessen) vom Hauptvorstand herabgesetzt. Niemand zweifelt, daß die IGM-Zentrale ihre Empfehlung recht ernst meint.

Übrigens hat der Hauptvorstand mit seiner Empfehlung die Forderung nach 35-Stunden-Woche sehr konkret mit einer Lohnforderung verknüpft. Das Gerede, man dürfe die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung nicht mit der Lohnforderung vermischen, zielte nur darauf, die Forderung nach 35-Stunden-Woche mit einer äußerst niedrigen Lohnforderung zu verknüpfen. Bereits jetzt eingetretene Auswirkung dieses Fehlers: Vor Wochen noch sprach BDI-Chef Rodenstock von 3%-und-besser-Abschlüssen. Inzwischen heißt das allgemeine Urteil der Öffentlich-

keit, daß zwischen 1 und 2% abschließen wird, wer 3 bis 3½ bloß fordert.

Wenn dann der „Einstieg in die 35-Stunden-Woche“ ganz dürftig für 1984 ausfällt oder – nach gemachten Erfahrungen muß auch darüber zu reden erlaubt sein – gar kein „Einstieg“ stattfindet? Der Lohnabschluß wäre auf jeden Fall hin. Oder will man die Lohnforderung erhöhen? Der Hauptvorstand der IG Metall hat die Kapitalisten auf der Lohnseite unterfordert, um ihnen auf der Arbeitszeitseite „ein Nachgeben leichter“ zu machen. Was dabei wirklich geschieht, ist was ganz anderes: Wenn die Kapitalisten bei der Abwehr der 35-Stunden-Woche geschlossen bleiben, erreichen sie gleichzeitig eine Fortsetzung des Lohnabbaus der letzten Jahre.

Das Absacken der Lohnabschlußerwartungen, das der IGM-Hauptvorstand zu verantworten hat, führte dementsprechend keineswegs zu einer entspannten Verhandlungsatmosphäre bei den regionalen Verhandlungen um die 35-Stunden-Woche im sog. Nordverbund und in Südwürttemberg. Die Kapitalisten achteten vielmehr ganz sorgfältig darauf, bei Anmeldung ihrer

Wünsche zur Änderung der Tarifverträge auch nicht den geringsten Anhaltspunkt zu einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit zu bieten. Ihr Angebot besteht in:

1. dem Vorschlag zu einer mit der IGM gemeinsamen Gesetzesinitiative zwecks „Vorruhestandsregelung“. Der Vorruhestand soll freiwillig sein. Der Arbeitnehmer kann ihn antreten, wenn er selber will und sein Kapitalist ihm das auch gestattet. Der Vorruhestand soll, selbstverständlich, mit einer Kürzung des Rentenanspruchs einhergehen. Was hat die Kapitalisten zu solchen Vorschlägen bewogen? Eine Verjüngung der Belegschaften würde die Beschleunigung des Arbeitsstempos erleichtern. Die mit dem Vorruhestand verbundene Senkung des Altersruhegeldes würde zeigen: die Renten können ruhig weiter sinken, die Leute kommen ja aus damit. Die „Freiwilligkeit“ würde einen Anhaltspunkt schaffen zur Heraufsetzung des Rentenalters „für den, der will“.

2. dem Vorschlag zu einer Flexibilisierung der Arbeitszeit. Die Flexibilisierung soll total sein, die Arbeitszeit soll bis zu einem Drittel der Normalarbeitszeit hinunterreichen. Die Flexibilisierung soll sowohl auf Funktionen wie auch auf befristete Zeiträume möglich gemacht werden.

wurde von CDU/CSU und FDP abgelehnt, auch die SPD unterstützte den Antrag nicht. Der Rüstungshaushalt steigt – zusammen mit den in anderen Titeln verborgenen, selbst nach NATO-Kriterien als Rüstung zu bewertenden Ausgaben – damit auf 60 Mrd. DM, genauso viel wie der Haushalt des Arbeits- und Sozialministeriums. 1985 soll der Rüstungsetat nach den Regierungsplänen dann erstmals in der Geschichte der BRD den Etat des Arbeits- und Sozialministers übertreffen.

Erstmals in der Geschichte der BRD hat der Bundestag zudem den Haushalt beschlossen, ohne vorher über den Etat der Geheimdienste von 750 Mio. DM auch nur zu beraten. Nachdem vor kurzem ein erster Versuch von CDU/CSU, FDP und SPD, die GRÜNEN aus der Beratung dieses Etats auszuschalten, gescheitert war, soll nun über den Etat der Geheimdienste erst im Sommer 1984 beraten werden. Die GRÜNEN haben dagegen Verfassungsklage angekündigt.

Um zu verdeutlichen, welche Einkommensenkungen für die Haushalte der Lohnabhängigen die Bundesregierung mit ihrem Haushalt fortsetzen will, haben wir auf Seite 3 die Entwicklung der Ausgaben eines 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushaltes 1978 bis 1982 dargestellt. Diese Einkommensenkungen, die seitdem schon durch

die Lohnsenkungen und Haushaltsgesetze für dieses Jahr, durch weiter steigende Arbeitslosigkeit und durch weitere Versicherungskürzungen vertieft worden sind, will die Bundesregierung weiter verschärfen.

In der Haushaltsdebatte des Bundestages unterstrichen Vertreter der Regierungsparteien diese Absicht mit unverblühten Drohungen gegen die Gewerkschaften. Innenminister Zimmermann kündigte seine Absicht an, den Besoldungsstopp für die Beamten auf den gesamten öffentlichen Dienst auszuweiten und den Kapitalisten zu ähnlich rabiaten Lohnsenkungsabschlüssen zu verhelfen:

„Wir sind entschlossen, den Gleichklang zwischen Besoldungs- und Tarifsistem ... zu wahren und Beamte und Angestellte soweit wie irgend möglich gleich zu behandeln ... Der öffentliche Dienst wird nicht von der allgemeinen Einkommensenkungen abgekoppelt werden.“

Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Dregger forderte die IG Metall auf, weitere Lohnsenkungen wie bei Arbed hinzunehmen und drohte ihr mit offenen staatlichen Gewaltmaßnahmen:

„Meine Damen und Herren, hätte die IG Metall mit ihrer Forderung Erfolg, dann stiegen die Arbeitskosten im Schnitt um mindestens 14% ... Der Aufschwung würde gestoppt, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft würde weiter beein-

trächtigt, noch mehr deutsche Betriebe gingen in Konkurs, die Arbeitslosigkeit in Deutschland stiege dramatisch. Das sollte niemand wollen, am wenigsten die Interessenvertreter der deutschen Arbeitnehmer ... Eine derartig drastische Veränderung der Arbeitszeit ist keine Privatangelegenheit der Gewerkschaften und der Arbeitgeber. Eine solche Veränderung betrifft die deutsche Volkswirtschaft als Ganzes und damit den Staat, für den wir, die Vertreter der deutschen Volkes, und vor allem die Bundesregierung, Verantwortung tragen.“



Forderungen auf der Demonstration des DGB gegen die Familienpolitik der Bundesregierung, 18.9.83

Vorteilhaft für die Kapitalisten: Sie könnten ihr Stammpersonal bei wechselndem Geschäftsanfall ohne Kostenanfall halten. Bei Arbeiten, die so schwer sind, daß eine weitere Intensivierung kaum möglich ist, könnte diese durch Verwendung von Kurzzeitlern doch noch erreicht werden. Die entstehende Zahl von Teilzeitlern würde wenig verdienen und dadurch ein beredetes Zeugnis ablegen, daß die Löhne der Vollzeitler bedeutend zu hoch sind.

Der Entschluß der Kapitalisten, eigene Vorschläge zur Gestaltung der neuen Tarifverträge vorzulegen, bedeutet nicht, daß sie sich zu einem Entgegenkommen genötigt fühlen. Sie zielen auf eine Verschlechterung der gegenwärtigen Verträge.

Mancher meint da, es wäre das beste, über die Gegenangebote der Kapitalisten nicht groß zu reden. Kapitalistenpropaganda durch Nichtbefassung bekämpfen? – Eine dumme Illusion wäre das. Die Mitglieder der IGM müssen sich in die Lage versetzen, gegen die vorgetragenen Angriffe der Kapitalisten jederzeit protestieren zu können. Diese Möglichkeit hat der Hauptvorstand in der Lohnfrage fast ganz verschenkt. Sie besteht noch betreffend Vorruhestandsschwindel und Flexibilisierungsbetrug.

Das ebenfalls verabschiedete „Vermögensbildungsgesetz“ und das von Blüm angekündigte „Vorruhestandsgesetz“ sollen diese Lohnsenkungspläne ergänzen und insbesondere der christdemokratischen Gewerkschaftsriege weiteren Stoff zur Spaltung der Lohnbewegung bieten. Durch das „Vermögensbildungsgesetz“ soll, so die Begründung zum Gesetz, „die erforderliche Zurückhaltung bei den Nominallohnabschlüssen erleichtert werden“ – wobei die Bundesregierung noch einmal ausdrücklich festgelegt hat, daß die Lohnabhängigen für Verluste aus Bankrotten oder anderen Schwindelgeschäften der Kapitalisten mit ihren Lohngeldern nicht entschädigt werden. „Eine solche Sicherung widerspräche ... bei betrieblichen Vermögensbeteiligungen ihrem Charakter als Risikokapital“, hat die Bundesregierung dazu erklärt. Mit dem „Vorruhestandsgesetz“, das nach den Wünschen der rheinland-pfälzischen Landesregierung und des Beamtenbundes auch auf den öffentlichen Dienst angewendet werden soll, verfolgt Blüm den gleichen Zweck: weitere Vorwände für Lohnsenkungen zu schaffen, auf daß die Wirtschaft und der Reichtum der Kapitalisten noch besser gedeihe.

Quellenhinweis: BT-Protokolle vom 6.12. bis 9.12.83; BT-Drucksachen 10/335, 336, 337, 347, 686, 687, 690, 691, 724 u.a.; Handelsblatt, 6.12. bis 13.12. – (rül, kar, maf)

Aktionen der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst gegen Haushaltsgesetze

Die Kampagne der im öffentlichen Dienst tätigen DGB-Gewerkschaften gegen den Haushaltsentwurf für 1984 und die Haushaltsbegleitgesetze sollte am 1. Dezember ihren vorläufigen Höhepunkt erreichen. Zu diesem Zweck wurden in vielen größeren Städten Protestveranstaltungen im Saal durchgeführt. Vereinzelt wurden auch Aktionen auf der Straße organisiert. In Hamburg hatten die Gewerkschaften zu Kundgebungen vor einem Verwaltungszentrum und vor der Behörde für Inneres aufgerufen. In Braunschweig (Bild) versammelten sich über 100 Gewerkschafter vor dem Rathaus. In der Würzburger Innenstadt informierte die ÖTV mit Ständen und Flugblättern. Eine Kundgebung mit 1500 Teilnehmern, wie sie der DGB in Zusammenarbeit mit dem Gesamtpersonalrat in Bremen organisierte, blieb aber die Ausnahme. Grund der guten Beteiligung in Bremen ist der konsequente Widerstand der Personalräte der bremischen Verwaltung gegen den vom Bremer Senat verfügten generellen Einstellungsstopp.

Einen meßbaren Einfluß auf das parlamentarische Geschehen konnten die DGB-Gewerkschaften mit der Kampagne aber nicht erzielen. Die Haushaltsgruppe der Koalitionsfraktionen im Bundestag ergänzte das Regierungsprogramm gegen die Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst sogar noch um eine sechsmonatige Beförderungs- und Wiederbesetzungssperre. Mit den Stimmen der Regierungskoalition wurde das gesamte Paket in 2. und 3. Lesung verabschiedet.

Die Schwäche der Kampagne der DGB-Gewerkschaften bestand und besteht darin, daß es keine Aussagen dazu gibt, welche Maßnahmen ergriffen werden, wenn die Gesetzentwürfe zum Gesetz werden, wozu der Bundestag jetzt freie Bahn geschaffen hat. Die Losung der Kampagne „Gegen Diktat – für uneingeschränkte Koalitionsfreiheit“ bringt den Willen der gewerkschaftlich organisierten Beamten zum Ausdruck, den Angriffen des Dienstherren mit Streikmaßnahmen zu begegnen und das Streikrecht für Beamte zu erkämpfen. Die Personalräte der bremischen Verwaltung haben den über 40000 Beamten, die sie vertreten, empfohlen, die Erledigung der Aufgaben der nicht wieder besetzten Stellen so lange zu blockieren, bis Aufgaben entfallen

oder die Stellen wieder besetzt werden.

Doch alle diese hartnäckigen Bemühungen auf der Ebene von Betrieben und Verwaltungen werden auf die Dauer zum Scheitern verurteilt sein, wenn es nicht gelingt, die Besoldungspause zu verhindern. Der Tarifabschluß im öffentlichen Dienst mit seiner 18-monatigen Laufzeit erleichtert die Besoldungspause. Deshalb fordert die Kreisdelegiertenkonferenz der ÖTV in Bielefeld und Gütersloh den ÖTV-Hauptvorstand auf, im März 1984 von den Arbeitgebern einen Nachschlag auf den Tarifabschluß 1983/84 zu fordern. Bekommt der Dienstherr bei Löhnen und Gehältern keinen Widerstand zu spüren, so wird er mit Sicherheit seine nächsten, schon vorbereiteten Angriffe vortragen. Lothar Späth hat im



Kundgebung am 1.12.83 vor dem Braunschweiger Rathaus

Bundesrat erklärt, die Streichung oder zumindest Kürzung des Weihnachtsgeldes für 1985 weiterzuverfolgen. Die Einschränkungen der Beihilfe, die bereits zum 1.10.83 in Kraft treten sollten, sind nur verschoben, aber nicht aufgehoben. Bereits am 18. Mai wurde der Bundesinnenminister von der Bundesregierung beauftragt, umfangreiche Prüfungen vorzunehmen über die Absenkung der Eingangsbesoldung über den jetzt beschlossenen Zeitraum hinaus, über den Wegfall des Verheiratenzuschlags im Ortszuschlag bei Einkommen beider Ehegatten, über Begrenzung von Zulagen usw.

Quellenhinweis: BWK-Nachrichtenheft 05; Ötv-magazin; Erziehung und Wissenschaft

Genscher lehnt Sanktionen gegen Südafrika ab

Aus Anlaß des Besuches des südafrikanischen Außenministers Botha bei Genscher forderte die Fraktion der GRÜNEN am 1.12. im Bundestag von der Bundesregierung:

„Durchführung von Wirtschaftssanktionen in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der UNO-Vollversammlung, Herr Genscher, Kündigung des in der Welt einmaligen Kulturabkommens, sofortiger Stopp jeglicher Rüstungsexporte nach Südafrika und Unterstützung der Befreiungsbewegungen von Namibia und Südafrika.“ Zur Begründung führte der Abgeordnete der GRÜNEN Schwenninger aus: „Die Bundesrepublik ist der größte Lieferant für das Regime in Pretoria. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit funktioniert bestens, im Handel, in der Vergabe von Großkrediten durch bundesdeutsche Ban-

ken, in dem Ausbau der Direktinvestitionen namhafter bundesdeutscher Unternehmen, z.B. BMW, und im militärischen sowie nuklearen Bereich. Dafür möchte ich die Unimog-Militärlastwagen der Firma Daimler-Benz und die Munitionsfüllanlage der Rheinmetall AG erwähnen.“

Für die Bundesregierung lehnte Außenminister Genscher die Forderungen der GRÜNEN ab. Genscher rechtfertigte die westdeutschen Kapitalisten, die in Südafrika als die größten Kapitalanleger nach den USA von der Unterdrückung der schwarzen Arbeiter und Bauern durch das Siedlerregime profitieren:

„Statt ohne jede Aussicht auf greifbare Erfolge die Wirtschaftsbeziehungen abubrechen, suchen wir gemeinsam mit unseren Partnern der Europäischen Gemeinschaft, die-

se Wirtschaftsbeziehungen zur Förderung sozialen Fortschritts und eines allmählichen Abbaus rassistischer Benachteiligungen fruchtbar zu machen.“

Obwohl genug Beweise vorliegen, daß westdeutsche Kapitalisten Waffen an das südafrikanische Siedlerregime liefern, behauptete Genscher frech, „daß die vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gegenüber Südafrika verhängte Politik des Waffenembargos von uns strikt befolgt wird“.

Der CSU-Abgeordnete Graf Huyn hielt solche Diplomatie für überflüssig und wies auf das Interesse der BRD-Imperialisten an der Unterdrückung der Befreiungsbewegungen hin: „... halten wir es für richtig, daß Südafrika angesichts der vielen gemeinsamen Interessen einen Militärattaché hier in Bonn hat und behält. Es gibt gemeinsame Interessen gegen diejenigen, die dort wie die ANC und die SWAPO als Vertreter Moskaus tätig sind.“

Aktionen am 12.12. gegen die Stationierung

Ziel der Aktionen am 4. Jahrestag des NATO-Doppelbeschlusses war nach der Ankündigung durch den Koordinationsausschuß der Friedensbewegung: „Am 12.12. wird die Friedensbewegung der Bundesregierung deutlich machen, daß ihr Widerstand weitergeht. Sie wird die Bevölkerung über die mit Stationierungsbeginn geschaffene neue Situation informieren und mit ihren Aktionen die Mehrheit der Bundesbürger, die die Raketen ablehnen, zum eigenen politischen Engagement für den Stopp der Raketenstationierung und den Abbau der Atomwaffen gewinnen.“ An den „Menschen- und Lichterketten“, Fackelzügen, Kundgebungen, Demonstrationen und Blockaden nahmen in der ganzen BRD Zehntausende teil. Die Vereinigten Deutschen Studentenschaften schlossen in Bonn die Urabstimmung an den Hochschulen gegen die Stationierung erfolgreich ab. An mehr als hundert Hochschulen beteiligten sich 260000 daran. Bei im Vergleich zu Studentenparlamentswahlen recht hohen Beteiligungen stimmten zwischen 80 und 98% gegen die Stationierung. Im Anschluß an eine Blockade in Mutlangen, einem Stationierungsort der Pershing

II, forderte der Stuttgarter Bezirksleiter der IG Metall Eisenmann auf einer Kundgebung mit 6000 Teilnehmern in Schwäbisch Gmünd den sofortigen Stopp der Stationierung. Zum Montageort der Pershing II in Frankfurt-Hausen demonstrierten 8000. Die Polizei beendete Blockaden durch Wasserwerfereinsätze und Massenverhaftungen. Das Problem, wie der Kampf gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen jetzt nach Beginn der Aufstellung weitergeführt werden soll, hat dieser „bundesweite Widerstandstag“ nicht gelöst. Dafür ist die Klärung notwendig, wie die Kampagne für eine Volksbefragung weitergeführt werden soll. Die Entscheidung darüber soll auf einem bundesweiten „Sonderkongreß Volksbefragung 1984“ Anfang nächsten Jahres getroffen werden.

RAF-Prozeß: Rückschlag für Anklage

Der Versuch der Bundesanwaltschaft, der vor dem Düsseldorf Oberlandesgericht wegen Mitgliedschaft in der RAF sowie u.a. der Erschießung des Arbeitgeberpräsidenten Schleyer 1977 angeklagten Adelheid Schulz jeden Kontakt selbst mit ihren Angehörigen zu untersagen, ist vorerst gescheitert. Am 8. November hatte die Bundesanwaltschaft

beantragt, der Mutter von Adelheid Schulz den Besuch ihrer Tochter zu untersagen, zumindest aber Trennscheiben anzuordnen, da die Mutter während des Prozesses laut geschrien hatte, als Polizeibeamte Adelheid Schulz vor ihren Augen zusammenschlugen. Da Adelheid Schulz schon vorher jeder Besuch mit Ausnahme der Besuche ihrer Mutter untersagt worden war, hätte ein Erfolg der Bundesanwaltschaft völlige Isolation schon vor der Verurteilung bedeutet. Diesen Antrag hat das zuständige Gericht inzwischen, wie das „Informationsbüro Politische Gefangene in der BRD“ am 10. Dezember mitteilte, aufgrund von Protesten der Angehörigen politischer Gefangener und auf mehreren Veranstaltungen abgelehnt. Das Düsseldorf OLG gab zudem einem Antrag der Verteidigung statt und ordnete die Vernichtung von Tonbändern an, die die Staatsanwaltschaft von Gesprächen des anderen Angeklagten, Rolf Clemens Wagner, mit seiner Mutter hatte anfertigen lassen, um so weiteres Beweismaterial gegen Wagner zu gewinnen. Das Verbot für beide Angeklagte, sich über den Prozeß zu beraten, hielt das Gericht dagegen aufrecht, ebenso den Ausschuß beider Angeklagten von sämtlichen Verhandlungen bis Anfang Januar.

Zimmermanns „Verbot“

Am 7.12. hat Innenminister Zimmermann die Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivistinnen (ANS/NA) verboten.

Das Verbot weist einige Besonderheiten auf: Das Innenministerium hat nach einigen vorübergehenden Festnahmen alle ANS/NA-Mitglieder, einschließlich deren Führer Kühnen, auf freiem Fuß gelassen. Das Innenministerium hat auch entgegen allen Erwartungen bei den Durchsuchungen der ANS/NA angeblich keine Waffen finden können. Das Innenministerium erwähnt in seiner Verbotsverfügung mit keinem Wort die Hetze und die Terroranschläge der ANS/NA gegen ausländische Arbeiter, obwohl Artikel 9 des Grundgesetzes, mit dem es das Verbot begründet, als möglichen Verbots-Grund den Verstoß „gegen den Gedanken der Völkerverständigung“ ausdrücklich enthält. Das Innenministerium kritisiert auch nicht die großdeutsche Propagandatätigkeit der ANS/NA, obwohl es zumindest bei der von Kühnen kürzlich angekündigten Gründung einer österreichischen Sektion der ANS/NA aus völkerrechtlichen Verpflichtungen hätte einschreiten müssen. Schließlich verbietet Zimmermann die ANS/NA auch nicht mit der Begründung, daß sie eine Nachfolgeorganisation der NSDAP ist. Das gesteht das Innenministerium zwar zu: „Die ANS/NA setzt die verfassungsfeindlichen Bestrebungen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) und der Sturmabteilung der Nationalsozialisten (SA) fort.“ Aber keineswegs sieht sich das Innenministerium deshalb veranlaßt, etwa den Artikel 139 des Grundgesetzes anzuwenden, wonach für die BRD das von den Alliierten erlassene Verbot der NSDAP und jeglicher Nachfolgeorganisationen weiter gilt.

Das Innenministerium verbietet die ANS/NA ausschließlich, weil sie die freiheitlich-demokratische Grundordnung nicht anerkenne und ihre Ziele „in kämpferisch-aggressiver Form“ verfolge.

Mit diesem ANS/NA-Verbot hat das Innenministerium im Ergebnis den Mitgliederkreis der ANS/NA völlig unbehelligt gelassen, die somit wie bereits nach dem Verbot der Wehrsportgruppe Hoffmann und der VSDP/PdA jederzeit eine neue faschistische Organisation gründen können; zweitens klargestellt, daß es wesentliche Bestandteile der Neonazi-Propaganda wie Hetze gegen ausländische Arbeiter und großdeutschen Chauvinismus nicht verfolgen wird. Schließlich: Das Innenministerium hat die ANS/NA und ihre diversen Vorläufer sechs Jahre lang als erklärte Nachfolgeorganisationen der NSDAP bestehen lassen und somit gezeigt, daß es mit dem völkerrechtlich zwingenden Verbot der NSDAP und ihrer Nachfolger nach seinem opportunistischen Erwägungen zu verfahren gedenkt.

Stärkung der europäischen Zusammenarbeit bei der Kriegsvorbereitung

Auf Antrag der Verteidigungs- und Rüstungskommission hat die Versammlung der WEU Ende November empfohlen, die noch bestehenden Verbote durch die WEU für die Herstellung sog. konventioneller Waffen in der BRD aufzuheben. Die BRD muß nur noch den Antrag stellen.

Durch Beitritt zur WEU (1954: Belgien, Niederlande, Luxemburg, Großbritannien, Irland und Frankreich) konnte die BRD 1954 auch Mitglied der NATO werden. Dem Widerstand gegen NATO-Beitritt und Remilitarisierung in der eigenen Bevölkerung wie auch in anderen Ländern mußte die BRD insofern Rechnung tragen, als sie sich schriftlich verpflichtete, auf die Produktion atomarer, chemischer und biologischer Waffen sowie strategischer Bomber, Flugkörper großer Reichweite und Kriegsschiffe ab 3000 t zu verzichten. Die Herstellung allen übrigen großen Kriegsgeräts wurde der Überwachung des Amtes für Rüstungskontrolle der WEU unterstellt. Diese Behörde entwickelte sich jedoch rasch zu einer Instanz für die Aufhebung der westdeutschen Rüstungsbeschränkungen – immer nach Bedarf. U-Boote z.B. durften zunächst nur bis 350 t produziert werden, 1973 war die Grenze schon auf 1000 t hochgeschraubt. Problemlos konnte die BRD sogar 1980 die Aufhebung der Tonnagebeschränkung für Kampfschiffe erreichen, zu welcher sie sich doch feierlich verpflichtet hatte. Das ermöglichte den Zulauf der sechs Fregatten 122 und die Ausdehnung des Kriegsschiffexports westdeutscher Werften.

Was nun die bevorstehende Aufhebung der Produktionsbeschränkungen

für Langstreckenbomber und Flugkörper großer Reichweite (also Mittel- und Langstreckenraketen) betrifft, so beeilen sich die Verteidigungs- und Rüstungskommission der WEU und die Bundesregierung zu betonen, es handle sich bloß um eine „symbolische“ Angelegenheit zum „Abbau der Diskriminierung“ der BRD im WEU-Vertrag, die Bundesrepublik trachte gar nicht danach, die genannten Waffenarten herzustellen. Mit diesem Hinweis hält die Bundesregierung es offensichtlich für möglich, die Ausweitung ihrer Rüstungsmöglichkeiten trotz der Anti-Stationierungsbewegung, die sich hauptsächlich gegen Atomwaffen und gegen die USA richtet, ohne großen Ärger über die Bühne zu bekommen.

Tatsächlich gibt es aber für die Raketenrüstung in der BRD Planungen. Im Rahmen des Blitzkriegskonzepts, das durch Raketenbekämpfung der „zweiten Staffel“ der Warschauer-Pakt-Streitkräfte deren Verteidigungskraft zusammenbrechen lassen soll und unter dem Namen „Roger-Plan“ kursiert, kommt der Entwicklung neuer Raketen großer Wert zu. Wörner errechnete 1982, daß bei endphasengelenkter neuer Munition und Flugkörpern sich heute erforderliche 2200 Angriffsflüge mit 10000 Bomben auf 220 Raketenflüge reduzieren lassen. Entsprechend wird z.B. bei MBB mit einer neuen Trägerrakete für den neu entwickelten MW 1 Trag- und Abwurfbehälter für Minen und Bomben experimentiert. Im Langstreckenbereich hat sich die BRD durch die Beteiligung an der „Europa-Rakete“ „Ariane“ – die 3. Stufe wurde u.a. bei VFW Focker gebaut – für den Bau von In-

terkontinentalraketen die Kenntnisse verschafft.

In ihrem Bericht an die WEU-Versammlung koppelt die Kommission den Antrag auf „Gleichberechtigung“ „eines Mitgliedslandes“ mit dem Hinweis, daß dies der Grundstein für eine eigenständige europäische Verteidigung sein könnte. Der westdeutsche Kommissionsvertreter Leister betont im Bericht, die aktuelle Lage in Europa angesichts einer wachsenden Bedrohung zwingt zu einer stärkeren militärischen Zusammenarbeit der Europäer, und der französische Vertreter, Außenminister Cheysson, gab als Zielbestimmung ein militärisches Kräftegleichgewicht auf dem europäischen Kontinent aus, was zwar keine Abkoppelung Europas von der NATO bedeute, doch sollten sie diesen Überlegungen auch dort Gehör verschaffen. Diese Pläne zur „Reaktivierung der WEU“ laufen auf die Forderung hinaus, daß die westeuropäischen Imperialisten auch unabhängig von den USA einen europäischen Einigungskrieg als Angriffskrieg gegen den Warschauer Pakt erfolgreich führen können und beinhalten eine gewaltige Aufrüstung der europäischen NATO-Länder. Als ersten Schritt verlangt der Luxemburger Berichterstatter der Kommission, M. Prussen, die Stärkung der gemeinsamen Rüstungsproduktion sowie die „Harmonisierung“ der gemeinsamen Forschung auf zivilem und militärischem Sektor, was zur Stärkung von Waffen europäischen Ursprungs in der NATO-Allianz und damit zur Stärkung der WEU-Staaten dort führen wird.

Quellenhinweis: FAZ v. 1.12. 1983; Bericht der Verteidigungs- und Rüstungskommission an die Versammlung der WEU, Paris, 18.5.83; Wehrtechnik 2/82 – (Jok, sul)

„Die Republikaner“ Großdeutsch und sozialdemagogisch

Am 27.11.83 gründeten sich in München „Die Republikaner“; den Vorstand stellen die zwei ausgetretenen CSU-Bundestagsabgeordneten Handlos und Voigt und der ehemalige SS-Mann Schönhuber. Nach ihren Angaben sei die Parteigründung notwendig geworden und habe auch Aussicht auf Erfolg, da das „Parteimitte-Konzept“ in Zukunft gehörig durcheinander geraten dürfte und es an der Zeit sei, „die rechte Seite unseres politischen Denkens mit neuen Inhalten zu erfüllen“.

Als oberstes Ziel ist in ihrem Programm die „Wiedervereinigung Deutschlands“ und die „Einigung Europas“ formuliert. Die „Wiedervereinigung“ soll in einem Dreistufenplan



Die Rüstungsbeschränkungen für die BRD waren auch ein Ergebnis der Bewegung gegen den NATO-Beitritt und die Wiederbewaffnung in den 50er Jahren. Bild: Demonstration gegen die Wiederbewaffnung, 1952

durchgesetzt werden: 1. Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen BRD und DDR, wirtschaftlich und kulturell.

2. Schaffung eines „Deutschen Bundes“ mit paritätisch besetztem „Ministerrat“. 3. Schaffung eines „Gesamtdeutschlands“ auf Grundlage eines Friedensvertrages, der die „Unabhängigkeit von der UdSSR und den Westmächten garantiert“. Zur Förderung und Durchsetzung dieses obersten Zieles sind in Zukunft „die Widernatürlichkeit der deutschen Teilung und der Mauer“ permanent herauszustellen, um diese „größte Ungerechtigkeit“ der Geschichte wieder zu beseitigen. Ungerechtigkeit deshalb, weil die Ursache für den 2. Weltkrieg nicht in der Expansion und Aggression des Hitlerfaschismus bestanden habe, sondern der „barbarische Versailler Vertrag“ den Krieg bewirkt habe. Die Republikaner übernehmen damit nahtlos die „Dolchstoßlegende“ von Hitler unter dem Motto: „Ein geknebeltes Volk hat das Recht, sich selbst zu befreien, notfalls mit Gewalt.“ Denn ohne die

„Wiedervereinigung“ ist ein „geeintes Europa“ undenkbar. – Daß es in der BRD noch „sozialistisches Gedanken-gut“ gibt, sehen die Republikaner dem „Konzentrationsprozeß“ geschuldet. Um das Denken an Sozialismus auszu-merzen, ist mit dem „Eigentum“ anders zu verkehren als bisher: „Die Vermögensverteilung ist so zu verwirklichen, daß das gemeinsam geschaffene Vermögen gerecht allen Mitbürgern zukommt. Die Konzentrationsförderung muß beendet werden.“ Demzufolge legt ihr Programm großes Gewicht auf die Förderung des Mittelstandes und der Landwirtschaft: „Dezentralisierung und der Kampf gegen den Mißbrauch von Marktmacht sind ein Gebot der Stunde. Dies bedeutete im Bereich der Wirtschaft, daß wirkungsvolle Maßnahmen gegen Konzentration und Zentralismus ergriffen werden müssen. Die Förderung kleiner und mittlerer Betriebe muß im Vordergrund stehen.“

Quellenhinweis: Grundsatzprogramm der Republikaner; Reden Schönhuber, Handlos und Voigt, 27.11.83, München – (kag)

„Untergrundagenten“

Innenminister wünschen Gesetze zwecks Aufbau einer Geheimpolizei

Der Bundestagsinnenausschuß hat auf seiner Sitzung am 30.11. beschlossen, Mitte Januar über Gesetze zu beraten, die die Tätigkeiten einer Geheimpolizei sichern sollen. Grundlage für den Aufbau dieser verdeckt arbeitenden Geheimpolizei ist ein Bericht des Arbeitskreises II der Innenministerkonferenz. Der Arbeitskreis hatte Anfang 1983 den Bericht „Neue Methoden der Verbrechensbekämpfung“ gebilligt.

Auf Nachfrage behauptete der Sprecher der Innenministerkonferenz, daß die Innenminister sich mit diesem Bericht noch überhaupt nicht beschäftigt hätten. Der Bericht sei nur „ein internes Papier“, das nicht für die Öffentlichkeit bestimmt sei. Der Bericht liegt dennoch der Redaktion vor. Teile des Berichtes waren auch im „Arbeiterkampf“ Nr. 240 dokumentiert.

Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende im Bundestag Emmerlich hat laut „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ diesen Bericht als „ein Stück aus dem Tollhaus“ bezeichnet. Der Hamburger SPD-Innensenator Pawelczyk hatte aber schon zum 1.11.83 „Richtlinien für verdeckte Ermittlungen“ der Hamburger Polizei in Kraft setzen lassen, die weitgehend auf dem Bericht des Arbeitskreises der Innenministerkonferenz beruhen sollen.

Der Ausschuß des Arbeitskreises II, der diesen Bericht ausgearbeitet hat, tagte unter dem Vorsitz des Landespolizeipräsidenten von Baden-Württem-

berg Stümper. Stümper konnte sich dabei auf 1978 veröffentlichte Untersuchungen der Polizei in Baden-Württemberg über die rechtliche Zulässigkeit verdeckter Polizei-Methoden stützen.

Bei der *Strafverfolgung* ist die Polizei bisher, jedenfalls nach dem Gesetz, daran gebunden, nur bei Vorliegen eines konkreten Verdachtes zu ermitteln. Sogenannte vorbeugende Ermittlung war der Polizei für die Strafverfolgung, nach dem Buchstaben des Gesetzes, nicht erlaubt. Die Polizei ist demnach gehalten, Erkenntnisse „ohne

Verzug“ der Staatsanwaltschaft zu übermitteln. Sie darf ihr bekannt gewordene Straftaten nicht „übersehen“ oder die Weitergabe von Erkenntnissen zurückstellen. Straftaten, die die Polizei bei einer Strafverfolgung be-ging, sind bisher rechtlich nicht zulässig. Diese Bestimmungen des „Legalitätsprinzips“ bei der Strafverfolgung will die Innenministerkonferenz beseitigt sehen. Bei der *Gefahrenabwehr* ist die Polizei durch eine Generalklausel an bestimmte Bedingungen des „Legalitätsprinzips“ nicht gebunden. Die Innenministerkonferenz hält diese Generalklausel aber nicht für ausreichend für eine verdeckt arbeitende Geheimpolizei.

Der Ausschuß der Innenministerkonferenz behauptet, daß die Polizei über die „organisierte Kriminalität“ mit den bisherigen Praktiken über die „organisierte Kriminalität“ keine ausreichenden Informationen mehr für die Strafverfolgung gewinnen könne. Die Polizei müsse daher verdeckt handeln können. Was sind die „Zielgruppen“, für deren Bekämpfung die Innenminister den gesetzlichen Persilschein für bisher illegale Polizei-Methoden verlangen? Aus dem Bericht des Arbeitskreises: „Die Existenz eines kriminogenen Milieus erheblichen Gefährlichkeitsgrades (z.B. Rauschgift-, Waffen-, Hehler- und Terroristenszene, illegales Glückspiel, Zuhälter- und Drogenmilieu) begründet derart die Wahrscheinlichkeit der Begehung von Straftaten ... daß man mit dem Eintritt eines schädigenden Ereignisses ständig rechnen muß.“ Daß die Polizei sich in dem Rauschgift-, Hehler-, Waffen- und damit verwandtem Milieu nicht mehr wie bisher eng vertraut bewegen könne, dürfte ein nicht schwer zu durchschauender Vorwand sein. Der Ausschuß der Innenministerkonferenz verlangt den systematischen Aufbau einer Geheimpolizei, die, von Beschränkungen der Exekutive frei, terroristisch ge-



Hamburg: Der Senat setzte gegen die Springerblockade am 22.10. z.T. ver-mummte zivile Polizeisondereinheiten ein.

gen die unterdrückten Klassen in der BRD vorgehen kann.

Der Ausschuß unterscheidet in seinem Bericht zwei Fallgruppen von Tätigkeiten der Geheimpolizei.

Für die Fallgruppe 1 behauptet der Ausschuß, daß eine ausreichende Rechtsgrundlage schon vorhanden sei. Die Verwendung von Tarnpapieren und Tarnkennzeichen (Reisepaß, Personalausweis, Kfz-Schein, Entlassungsschein von Strafgefangenen, polizeiliches Führungszeugnis usw.) könne nach §34 Strafgesetzbuch gerechtfertigt werden. Das sei dann „rechtfertigender Notstand“. Dieses Gesetz rechtfertigt eine Straftat dann, wenn nur dadurch eine „gegenwärtige Gefahr“ abwendbar ist. Diesen Paragraphen will der Ausschuß der Innenministerkonferenz zur Schutzklausel für die verdeckten Maßnahmen der Geheimpolizei machen. Zu den damit gerechtfertigten Polizeimaßnahmen gehören auch die Beschaffung konspirativer Wohnungen, die Gründung von Scheinfirmen und ihre Eintragung ins Handelsregister. Ebenfalls Verstöße gegen das Versammlungs-, Waffen- und Sprengstoffgesetz.

Für die Fallgruppe 2 verlangt der Ausschuß der Innenministerkonferenz, daß der Bundestag eine Rechtsgrundlage schaffen soll. Gesetzlich gesichert werden soll u.a. das „Abhören des nichtöffentlich gesprochenen Wortes“ durch Spezialmikrophone z.B. „in Lokalen, Lagerhallen, Bahnhöfen“, sowie in Wohnungen.

Der Geheimpolizist soll das Recht bekommen, Straftaten gegen individuelle Güter und gegen Personen begehen zu dürfen. Der Ausschuß der Innenministerkonferenz erklärt, daß durch den §34 StGB für die Geheimpolizei Totschlag und Mord nicht gerechtfertigt sind: „Allerdings wird auf der Basis der nach §34 StGB erforderlichen Güterabwägung eine Rechtfertigung für schwerwiegende Eingriffe, insbesondere für Eingriffe in die Rechtsgüter Leib oder Leben, von vornherein ausgeschlossen sein. In Betracht kommen vor allem Eingriffe geringeren Gewichts, z. B. Beteiligung an Farbschmierereien und an Hausbesetzungen.“ Mit den letzteren „Eingriffen“ verweist der Ausschuß offensichtlich auf Bereiche, wo die Geheimpolizei „organisierte Kriminalität“ bekämpfen soll. Nachdem der Ausschuß auf die noch vorhandene Einschränkung durch den §34 hingewiesen hat, stellt er die Frage, „ob nicht vielmehr eine besondere öffentlich-rechtliche Eingriffsgrundlage vorhanden sein muß“. Die Absicht des Ausschusses der Innenministerkonferenz ist deutlich: So könnte die Einschränkung durch den §34, die „Güterabwägung“, beseitigt werden und „insbesondere für Eingriffe in Leib und Leben“ eine

„Eingriffsgrundlage“ geschaffen werden.

Der Innenausschuß des Bundestages will im Januar 1984 die gesetzlichen Grundlagen für die Banden der Geheimpolizei und beamtete Provokateure beraten.

Quellenhinweis: FAZ, 1.12.83; Arbeiterkampf Nr. 240; Bericht des Arbeitskreises II der Innenministerkonferenz „Neue Methoden der Verbrechensbekämpfung“ – (gba)

Arbeitslosengeld DGB fordert unbefristetes Arbeitslosengeld

Ende November hat der DGB eine Studie herausgegeben, die nachweist, daß mit dem ständigen Abbau von Arbeitslosengeld und -hilfe immer größere Teile der Arbeitslosen und ihrer Familien in die Armut gedrängt werden.

Hier die wichtigsten Untersuchungsergebnisse des DGB: Zusätzlich zu den 2,3 Mio. Arbeitslosen, die im November '83 registriert waren, gibt es weitere 1,6 bis 2 Mio. Erwerbslose zu diesem Zeitpunkt, die keinerlei Arbeitslosenbezüge aus der Versicherungskasse erhalten. Besonders betroffen sind hier von arbeitslose Jugendliche, un- und angelernte Arbeiter, Frauen, Ausländer, gesundheitlich Eingeschränkte, Schwerbehinderte, solche also, die man in Beschäftigungszeiten in den niedrigen Lohngruppen wiederfindet. Nur 7% dieser 1,6 bis 2 Mio. Erwerbslosen beziehen Sozialhilfe. Zur „Gemeinschaftsarbeit“ können sie alle verpflichtet werden und beziehen z.B. bei den Kommunen 3 DM/Std. ohne einen Pfennig Sozialversicherungsleistungen. Sie sind angewiesen auf die Unterstützung der Familie.

Der Anspruch auf Arbeitslosengeld geht rapide zurück. Im Mai 1975 bezogen noch 79% Arbeitslose Arbeitslosengeld, heute sind es unter 50%. Im September '83 waren 21% aller registrierten Arbeitslosen über ein Jahr arbeitslos. 46% davon bekamen weder Arbeitslosenhilfe noch Sozialhilfe, weil der Verdienst des Ehepartners oder der Familie angerechnet wird. Der Anteil der Arbeitslosenhilfeempfänger steigt. Heute sind es 18% der Arbeitslosen, im Mai 1975 waren es 11%. Von diesen Arbeitslosenhilfebeziehern (Mai '83) müssen 31,9% wegen der „Bedürftigkeitsprüfung“ zusätzlich Abzüge im Schnitt von 234 DM/Monat hinnehmen.

In seinen Änderungsvorschlägen fordert der DGB für die Sozialhilfeempfänger die Anhebung der Freibeträge. Die seit 1969 unveränderten Freibeträge für Ehepartner und für Kinder sollen der Entwicklung des Nettoarbeitseinkommens der abhängig Beschäftigten mit einer Steigerungsrate von 138% (1969 – 82) angepaßt wer-

den. Der Anspruch auf Arbeitslosengeld, allerdings ohne die unterschiedlichen Einstufungen aufheben zu wollen, soll zukünftig zeitlich unbeschränkt bleiben.

Für die Finanzierung soll die Bemessungsgrenze in der Arbeitslosenversicherung von 5200 DM (ab '84) angehoben bzw. aufgehoben werden, so daß auch die höheren Einkommensbezieher den vollen Arbeitslosenbeitrag zahlen. Weil die Unternehmer für die Arbeitslosigkeit verantwortlich sind, sollen sie allein für die Kosten der Arbeitslosenunterstützung aufkommen. Forderungen zu Absicherungen



DGB-Demonstration gegen die Familienpolitik der Bundesregierung, Bonn, 18.9.83

der Arbeitnehmerkontrolle über die Verteilung dieser Gelder stellt der DGB nicht auf. Ebenso verzichtet er auf eine Forderung nach einheitlicher Anhebung des Arbeitslosengeldes. Das Arbeitslosenheer drückt die Beschäftigten auch in den anstehenden Tarifausschließungen: der Haushalt '84 sieht Kürzungen des Arbeitslosengeldes von Ledigen und Kinderlosen von 68% auf 63% vor.

Quellenhinweis: Die neue Armut: Ausgrenzung von Arbeitslosen aus der Arbeitslosenunterstützung, hrsg. Hans-Böckler-Stiftung, Graue Reihe Nr. 4 – (moh)

Zwangsäumungen Starke Zunahme in Großstädten

Nach über einem Jahr Regierungspolitik der christlich-liberalen Koalition wird klarer, was mit den neuen Wohnungsgesetzen, dem Mietrecht seit 1.1.83 und der Änderung des Wohnungsgeldgesetzes erreicht werden sollte und worden ist: die Verbesserung der Gewinne in der Wohnungswirtschaft, die Durchsetzung von „marktgerechten“ Preisen. Forciert wurde dieses Programm hauptsächlich in den großen Städten, die wie Düsseldorf oder München Mietsteigerungen im Durch-

schnitt von 27% und 40% vermehren. Größere, billige Wohnungen sollen von Familien mit niedrigem Einkommen geräumt, alleinstehende ältere oder kranke Menschen aus erschwerten Altbauwohnungen mit zwei oder mehr Zimmern in schlechte winzige Wohnungen, Zimmer oder gar Alten- und Pflegeheime verschwinden; freigemacht werden sollen diese größeren Wohnungen für solche, die durch gesicherten Doppelverdienst (da kinderlos) oder durch höhere Stellung im Beruf die erhöhten Preise zahlen können.

Die Zahl der Zwangsräumungen zeigt, wie weit dieser Plan schon gediehen ist: In Köln stiegen diese von 947 (1977) auf 2093 (1982), in München von 50 (1977) auf 600 (1982). In 85% der Räumungen sind Mietrückstände die Ursache. Für einen kleineren Teil folgt die Einweisung in sog. Sozialhäuser oder Obdachlosensiedlungen, die mit 10 m²/Person und den schlechtesten Sanitärbedingungen eher dem Standard einer Hundepension entsprechen als dem von menschlichen Wohnungen. In dem Gesamtbericht 1983 für Obdachlosenhilfe Köln, der das erste Mal wegen der „Brisanz“ als Jahresbericht erschienen ist, belegen folgende Zahlen aus Sozialhäusern, daß genau die oben beschriebenen Schichten eingewiesen sind: 30% haben ein niedrigeres Einkommen als den Sozialhilfesatz, 50% sind Familien mit drei oder mehr Kindern, 22% sind alleinstehende, meist ältere oder kranke Menschen. Der Ausländeranteil steigt.

Für einen anderen, weitaus größeren Anteil (in Köln 2797 Haushalte 1983, bei 189 direkten Einweisungen in Sozialhäuser) folgt entweder die vorübergehende Einweisung in ein „Hotel“ oder die unauffälligeren Maßnahmen der „vorbeugenden Obdachlosenhilfe“ (OH), wo „Schlichtwohnungen“ bereitgestellt werden oder vernachlässigte Altbauten in Selbsthilfe wieder renoviert werden müssen. Wenn die Städte schon Zahlungen übernehmen müssen, dann billig. Wurden 1978 noch 1,8 Mio. DM aus dem Kölner Stadthaushalt für direkte und vorbeugende OH gezahlt, so waren 1982 schon 2,9 Mio. DM für 2520 Haushalte, die „nicht mehr in der Lage sind, ohne die Unterstützung organisierter Hilfsträger die eigene Wohnraumversorgung sicherzustellen.“

Diese Entwicklung wird 1984 weiter verschärft werden: zum einen durch den gesteigerten Verkauf von Sozialwohnungen nach Ablauf der Bindungsfristen, zum anderen durch die Erhöhung der Mieten für Sozialwohnungen um durchschnittlich 40 DM nach Anhebung der Instandhaltungspauschale ab 1.1.84.

Quellenhinweis: Mieterzeitung März August 1983; Gesamtbericht 1983 Obdachlose in Köln (dam)

Großbritannien

Druckgewerkschaft plant neue Streiks – Gewerkschaftsbund TUC gespalten

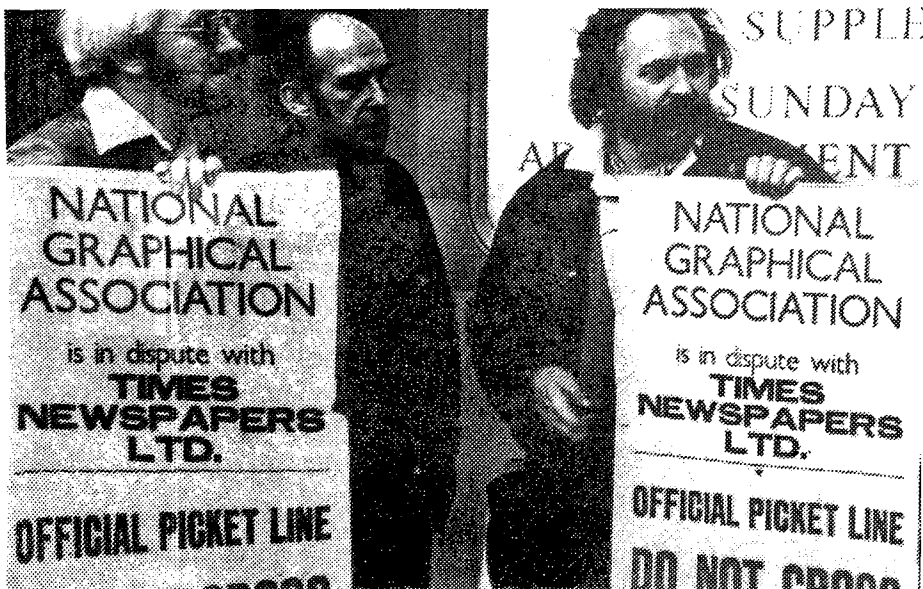
Am Dienstag, den 13.12. gab die britische Druckergewerkschaft NGA bekannt, der für den folgenden Tag geplante landesweite Streik gegen die Zeitungskapitalisten würde verschoben. Der Streik war beschlossen worden, nachdem ein Gericht in Manchester die Gewerkschaft zu weiteren 500000 Pfund (etwa 2 Mio. DM) wegen „Mißachtung einer Gerichtsanordnung“ verurteilt hatte. Gegen den Streikbeschluß hatten 20 Zeitungsverleger bereits am Montag einstweilige Anordnungen beantragt, worauf ein Gericht den Streik verbot. Aber die NGA verschob den Streik nicht wegen der Gerichtsanordnung, sondern wegen der unentschiedenen Haltung des britischen Gewerkschaftsbundes TUC.

Das zuständige TUC-Komitee hatte am Montagabend beschlossen, die NGA zu unterstützen. Aber TUC-

ganisierte Arbeiter eingestellt werden, Shah aber unorganisierte Arbeiter einstellte.

Die Gewerkschaft der Arbeiter, die National Graphical Association, bestreikte den Betrieb und hielt Streikposten, auch aus anderen Betrieben, vor den Toren. Deswegen wurde sie schon im November zu Geldstrafen von 175000 Pfund (700000 DM) verurteilt. Am 29. und 30. November hatte die NGA zu einer Massendemonstration vor der Druckerei aufgerufen, um die Auslieferung der Anzeigenblätter zu verhindern. Fast 5000 Arbeiter demonstrierten. Sie wurden von der Polizei angegriffen. Es gab Schlägereien und Verhaftungen. Am nächsten Tag konnte Shah seine Zeitungswagen ausfahren lassen.

Wegen dieser Streikposten verurteilte Richter Eastham vom High Court in



Erfolgreicher gemeinsamer Streik der Drucker gegen die „Times“ 1979.

Generalsekretär Len Murray sagte am Dienstag, er werde alles tun, um die Entscheidung des Komitees bei einer Sondersitzung des TUC-Generalsrats am Mittwoch aufheben zu lassen. Bei Redaktionsschluß stand das Ergebnis der Sitzung des Generalsrats, in dem die meisten Gewerkschaften vertreten sind, noch nicht fest.

Die Auseinandersetzung um die sechs entlassenen Druckarbeiter in Stockport ist inzwischen zum vorläufig heftigsten Kampf um das neue Gewerkschaftsgesetz geworden. Der Kapitalist Eddie Shah hatte die Arbeiter entlassen, weil sie auf dem „closed shop“ bestanden, d.h. auf der Vereinbarung, daß nur gewerkschaftlich or-

ganisierte Arbeiter eingestellt werden, Shah aber unorganisierte Arbeiter einstellte. Manchester am 9.12. die Gewerkschaft zu weiteren 525000 Pfund, also 2 Mio. DM, Geldstrafe wegen „Nichtbeachtung einer gerichtlichen Anweisung“, nämlich der, keine Streikposten mehr dort aufzustellen. Das Vermögen der NGA in Höhe von etwa 11 Mio. Pfund (40 Mio. DM) war schon vorher unter Zwangsverwaltung gestellt worden, von dem Vermögen wurden die Strafen abgezogen.

Parallel zu diesen Verurteilungen laufen Prozesse der großen, überregionalen Zeitungen gegen die NGA auf Schadensersatz wegen des Solidaritätsstreiks vor zwei Wochen. Bis zu 250000 Pfund, fast eine Mio. DM, kann jede Zeitung verlangen und nach

Westdeutsche Reaktionen auf den Kampf der englischen Druckarbeiter

Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff empfiehlt der Bundesregierung die Anlehnung an Thatcher's Gesetzgebung:

„... die IG Druck und Papier ist so weit gegangen, daß durch Vorstandsbeschluß ohne Urabstimmung ein Streik ausgerufen werden kann ... Das führt uns in englische Gewerkschaftsverhältnisse ... die Bundesregierung (muß) sich überlegen, ob sie ... dagegen tätig werden soll.“ Frage: Welche Möglichkeiten gibt es dafür? „... Man muß sich mal in Großbritannien umsehen ... wir (können) es nicht hinnehmen ... daß kleine gewählte Gremien ... einem großen Teil der Öffentlichkeit ohne jede demokratische Legitimation solche weitreichenden Konsequenzen zumuten können.“ (Neue Osnabrücker Zeitung, 31.10.83)

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung wünscht die Niederlage der englischen Druckarbeiter:

„... Die neuen Arbeitsgesetze ... sind notwendig ... die Gerichte müssen ihnen Geltung verschaffen. Stück für Stück schiebt sich England in die Reihe der Länder, die sich bemühen, durch gesetzliche Regelungen das Gleichgewicht der Kräfte im Arbeitsleben zu wahren ... und die Wirtschaft zu größeren Leistungen zu befähigen.“ (1.12.83)

IG DruPa-Hauptvorstand und Ortsvereine rufen zur Unterstützung der englischen Druckarbeiter auf:

„Liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht um die Existenz unserer britischen Brudergewerkschaft National Graphical Association (NGA). Mit den Antigewerkschaftsgesetzen der Thatcher-Regierung soll sie in ihrer Existenz getroffen werden. Der Hauptvorstand der IG Druck und Papier hat beschlossen, zunächst 50000 DM an den Solidaritätsfonds der Internationalen Grafischen Föderation zu überweisen. Zugleich ruft er alle Mitglieder hiermit auf, durch eine Spende die Existenz der briti-

schen Brudergewerkschaften sichern zu helfen.

Das Spendenkonto: BfG, Stuttgart, Konto Nr. 10905190

Auch bei uns in der Bundesrepublik Deutschland gibt es immer wieder Stimmen, die die Freiheit der Gewerkschaften beschneiden wollen. Die Regierung Thatcher dient als Vorbild; zum Beispiel für die FDP-Pläne eines Verbändegesetzes. Wenn wir heute die NGA unterstützen, verteidigen wir zugleich unsere eigenen Rechte und Freiheiten. Im kommenden Jahr stehen wir selbst vor harten Auseinandersetzungen, wenn es um die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche geht. Wir werden dann die internationale Solidarität der britischen Kolleginnen und Kollegen brauchen.“ (Aufruf des IG DruPa-Hauptvorstandes)

Jahreshauptversammlung des IG DruPa Ortsvereins Bad Harzburg beschließt am 7.12.: Zusätzlich zu einer Spende von 300 DM aus der Ortsvereinskasse eine Sammlung im Ortsverein durchzuführen und somit dem Spendenaufruf des Hauptvorstandes zur Unterstützung der englischen Kollegen zu folgen.

dem gewerkschaftsfeindlichen „Beschäftigungsgesetz“ der Regierung Thatcher wird sie die auch erhalten.

Das Ziel der britischen Kapitalisten und der Regierung ist eindeutig. Die NGA soll exemplarisch bankrott gemacht und zerschlagen werden. Und wenn die Geldstrafen das Gesamtvermögen der Gewerkschaft übersteigen, gehen die Vorstandsmitglieder bei weiteren „Rechtsbrüchen“ ins Gefängnis.

Zur Erinnerung: Das Verbrechen der Gewerkschaft besteht darin, daß sie ihre Mitglieder zum Solidaritätsstreik aufruft, auch wenn die Mitglieder nicht direkt betroffen sein sollten, und daß ihre Mitglieder streikende Kollegen in anderen Betrieben unterstützen. Das ist nach den Gewerkschaftsgesetzen der Regierung von 1980 und 1982 (ein weiteres ist in Arbeit) verboten.

Ob den Zeitungskapitalisten die tatsächliche Zerstörung der NGA gelingt, ist aber mehr als zweifelhaft. Sie hat eine ausgezeichnete Organisation und eine lange Organisationsgeschichte mit schwierigen Kämpfen, in denen sie für ihre Mitglieder hohe Löhne durchsetzen konnte. Die Ortsgruppe Manchester der NGA hat bereits gerichtlich feststellen lassen, daß sie eine selbständige Organisation mit Mitgliedschaft in der NGA sei, worauf die meisten ihrer Gelder freigegeben werden mußten. Größere Summen Geldes wurden auch auf Konten in Irland transferiert. Auch wenn die Gewerkschaft wegen Zahlungsunfähigkeit zwangsaufgelöst würde, wären ihre Gruppen nicht funktionsunfähig.

Die Gewerkschaften im Gewerkschaftsbund TUC sind gespalten. Die Transportarbeitergewerkschaft TGWU ist die größte Einzelgewerkschaft und unterstützt die NGA, ebenfalls die anderen Druckgewerkschaften und die Bergleute. Stahl- und Metallarbeitergewerkschaften sind für „Aktionen im Rahmen der Gesetze“. Moss Evans, Vorsitzender der Transportarbeitergewerkschaft, versprach „Unterstützung bis zum Generalstreik“. Das sind starke Worte, die auch in der Vergangenheit oft nicht eingehalten wurden, aber die direkte Bedrohung der gesamten Gewerkschaftsbewegung durch das Gerichtsvorgehen gegen die NGA hat auch auf der Vorstandsebene einiges in Bewegung gesetzt. Sollten die Kapitalisten sich durchsetzen, können sie in Zukunft in jeder Branche die Gewerkschaften praktisch bewegungsunfähig machen. Jeder einzelne, örtliche Streik kann mit Hilfe der entsprechenden Paragraphen und Gerichte zur Drohung für die gesamte Gewerkschaft werden.

Vor allem die anderen Druckgewerkschaften unterstützen die NGA. Die Journalistengewerkschaft NUJ führt zur Zeit einen ähnlich gelagerten Streik durch. Die zweite Druckarbeitergewerkschaft, SOGAT, streikt gegen eine Großdruckerei wegen der Bedingungen der Einführung neuer Technologien und wurde per Gerichtsbeschluß gerade gezwungen, „illegale indirekte Streikaktionen“ gegen andere Betriebe der Gruppe zu unterlassen.

Am Mittwoch sollen die Streikposten vor Shaws Druckerei, der Stockport Messenger Group, wieder aufge-

stellt werden, nachdem die Gewerkschaft erneut eine Woche erfolglos mit Shah verhandelte. Mehr als 10000 Streikposten werden erwartet, viele aus anderen Gewerkschaften.

Solidaritätserklärungen an: National Graphical Association, 63 – 67 Brompton Road, Bedford, England.

Quellenhinweis: Financial Times, versch. Ausgaben; Economist, 10.12.; BBC-Nachrichten – (hef, moh)

Druckindustrie Forderungen zum Manteltarifvertrag

Die Lage in der Druckindustrie ist gekennzeichnet durch eine rasante Steigerung der Arbeitsproduktivität. Von 1978 bis 1982 betrug der Zuwachs 20,6%. Hingegen sank der Lohnkostenanteil in den letzten acht Jahren von 37% auf 30,8%. Dies wurde erreicht einerseits durch Abbau von Personal – Monat für Monat verschwinden in der Druckindustrie ca. 1000 Stellen – andererseits durch Zergliederung und Verdichtung von Arbeitsprozessen.

In der Druckformherstellung z.B. hat sich die Scanner-Technik (elektronische Anfertigung von Farbausügen) durchgesetzt. Jetzt beginnt sich die Anwendung dieser Technik zu konzentrieren auf größere Repro-Anstalten, in denen die Anlagen rund um die Uhr laufen. Folge ist die Vernichtung von Reproduktions-Kapazitäten in kleineren und mittleren Druckereien sowie

wildeste Arbeitszeitgestaltungen in kleineren Repro-Betrieben. Das geht bis dahin, daß ganze Belegschaften in „freie Mitarbeiter“ verwandelt werden, die je nach Arbeitsanfall in Aktion treten. Mit der jetzt eingeleiteten Kombination elektronischer Bild- und Textverarbeitung sind weitere Auswüchse in dieser Richtung zu erwarten.

In den Bereichen Druck und Weiterverarbeitung kommen in immer kürzeren Abständen neue Maschinengenerationen auf den Markt. So gibt es jetzt eine Anlage, mit der 72 vierfarbige Seiten in 45000 Auflage pro Stunde gedruckt, gefalzt, geheftet und geschnitten werden. Ohne Zweifel ziehen die Anwender solcher Technologie ein wachsendes Auftragsvolumen an sich, während die relativ „zurückgebliebenen“ Kapitalisten ihr Heil suchen in weiteren Lohnsenkungen, Zwang zu Überstunden, Entlassungsterror etc.

In diesem Zusammenhang stehen die Manteltarifforderungen der IG Druck und Papier, die neben der 35-Stundenwoche eine Reihe von Regelungen bezüglich Arbeitsbedingungen und Arbeitsorganisation vorsehen.

1) Neben der generellen Arbeitszeitverkürzung sollen in §3 MTV alle Regelungen auch unter dem Gesichtspunkt überarbeitet werden, daß der „Arbeitsentlastung Rechnung getragen wird“.

2) Gegen Schichtarbeit und Überstundenschinderei ist die Forderung richtig, daß bei Nacht- und Schichtarbeit eine halbe Stunde bezahlte Pause gemacht wird und daß die Mehrarbeit beschränkt wird.

3) Die Absichten der Kapitalisten, durch Änderungen der Arbeitsorganisation die Arbeit immer weiter zu zergliedern und zu intensivieren bei gleichzeitigem Personalabbau, können erschwert werden durch die Forderungen nach mitbestimmungspflichtigen Stellenplänen und einem aufschiebenden Widerspruchsrecht des Betriebsrats bei Kündigungen.

4) Der Rationalisierungsschutzvertrag wurde mit dem Manteltarifvertrag gekündigt und soll durch Neuregelung im MTV zum Schutz vor den negativen Folgen technischer und/oder arbeitsorganisatorischer Rationalisierung ersetzt werden. Dazu gehört u.a.: Mitbestimmung beim Einsatz von Maschinen und bei der Gestaltung von Arbeitsinhalten und Arbeitsorganisation. – Einspruchsrecht des Betriebsrates gegen neue Anlagen, solange keine Einigung über Besitzstand und soziale Folgen erreicht ist. – Im Bereich Gesundheitsschutz: Ausgleich von Leistungsintensivierung durch bezahlte Erholpausen und Recht auf Ablehnung von Arbeit mit Stoffen und Geräten, deren Nachschädlichkeit nicht einwandfrei nachgewiesen ist.

(Quellenhinweis: Druck und Papier 20/83 (kaz))

„Flick-Affäre“

Legale Parteienfinanzierung fürs Kapital

Vor zwei Jahren wurde ein Amnestie-Vorhaben von CDU/CSU, FDP und SPD in eigener Sache bekannt. Die Parteien wollten die umfänglichen Parteispenden der Industrie vor der Kritik der Öffentlichkeit schützen und eine strafrechtliche Verfolgung wegen Bestechlichkeit vorzeitig verhindern. Diese Pläne wurden der Öffentlichkeit durch den „Spiegel“ bekannt gemacht und scheiterten dann auch im Zusammenhang mit der Regierungskrise und dem folgenden Regierungswechsel.

Seit dieser Zeit erstarkte eine fortschrittliche Kritik gegen diese Praktiken. Sie kam von den GRÜNEN. Aber auch anderen Kräfte, wie der liberale Augstein mit dem „Spiegel“ beteiligten sich daran. Sie kritisierten den direkten Einkauf des großen Kapitals in die Parteien. Diese Kritik ergriff große Teile der Mittelklassen. Diese Schichten haben kein Interesse, daß das große Kapital mit Geld einen Ausverkauf der politischen Basis der Parteien finanziert und die Interessen der Mittelklassen nicht respektiert. Zu Recht fürchten die Mittelklassen um ihren politischen Einfluß nicht nur in den Parteien, sondern auch im Staatsapparat und in der öffentlichen Meinung.

Diese Kräfte gingen dazu über, die Interessen des großen Kapitals zu bekämpfen. Die GRÜNEN führten beim letzten Bundestagswahlkampf unter anderem den Wahlkampf gegen die „Flick-Parteien“. Im Bundestag sorgten sie in den Plenardebatten und im Untersuchungsausschuß der „Flick-Spendenaffäre“ dafür, daß der Fall befaßt wurde. Die Zeitschrift der „Spiegel“ recherchierte und veröffentlichte Tatsachenmaterial. Der Schriftsteller Hans Magnus Enzensberger polemisierte im „Spiegel“ über die Tradition des Kapitals, Regierungen zu finanzieren, gegen die Verfilzung des Staatsapparates und schrieb in einer künstlerischen Abhandlung: „Die ‚Parteispitzen‘ sind zu einer Oligarchie geworden, die ihre Entscheidungen außerhalb des Parlaments trifft.“ Auch wenn verschiedene fortschrittliche Kritik vielleicht bewirkt, daß Graf Lambsdorff zurücktreten muß, so ist doch das Gegenteil von dem herausgekommen, was diese Kräfte wollten:

Am 1. Dezember änderte der Bundestag durch eine staatstragende Koalition mit den Stimmen von CDU/CSU, FDP und SPD das Grundgesetz und die Gesetze zur Parteienfinanzierung. Die Bundestagsfraktion der GRÜNEN

stimmte gegen die Gesetzesänderungen, ebenso ein Abgeordneter der SPD. 15 Abgeordnete der SPD und Voigt (fraktionslos und Republikanische Partei) enthielten sich. Mit der Änderung des Parteiengesetzes ist der finanzielle und politische Einfluß des großen Kapitals größer und gesetzlich geschützt. Die Parteien wurden für „gemeinnützig“ erklärt. In der Bundestagsdebatte gestanden die Abgeordneten der vier Staatsparteien ganz frech Geldeinnahmen des Finanzkapitals ein. Abgeordneter Kleinert (FDP):

„Aber ich möchte Ihnen, Herr Schmude, noch sehr dafür danken, daß Sie erwähnt haben, daß auch die Sozialdemokratische Partei in der Vergangenheit an, gelinde gesagt, unerfreulichen Entwicklungen beteiligt gewesen ist; das haben wir gehört. Ich kann mich dem für meine Partei anschließen.“

Die Redner von CDU/CSU, FDP und SPD erklärten, daß jetzt nichts mehr „anonym“ sei. Alle Spenden über 20000 DM müßten in den Rechenschaftsberichten der Parteien auftauchen. Diese Gesetzesbestimmungen reichen dafür, daß die großen Konzerne, übers Jahr verteilt und über die Parteiebenen (Bund, Land und Orte) große Finanzmassen in die Parteien schleusen können. Die geltende Spendenhöchstgrenze von 1800 DM bzw. 3600 DM bei Verheirateten im Jahr, die von der Steuer abzugsfähig sind, wurde abgeschafft. Stattdessen wurde beschlossen, daß Beiträge und Spenden bis zu 5 Prozent der Einkünfte oder 2 von Tausend der Summe aus den gesamten Umsätzen und den im Kalenderjahr aufgewendeten Löhnen und Gehältern als Sonderausgaben von der Steuer abzugsfähig sind. Diese Regelung kommt den Kapitalisten weit entgegen. Sie können hohe Spenden von der Steuer absetzen, wie es in der Geschichte der BRD noch nicht der Fall war. Der Abgeordnete Schily wertete dieses Gesetzeswerk und erklärte zur weiteren Politik der GRÜNEN:

„Es wird also mit diesem Gesetzeswerk nicht besser ... sondern es wird nur versucht, eine miese Praxis der Vergangenheit zu legalisieren. Das wird nicht funktionieren! Solange es ein Bundesverfassungsgericht gibt – und das gibt es erfreulicherweise in Karlsruhe – , glaube ich nicht daran, daß so etwas bei uns Bestand haben kann.“

Ob das Bundesverfassungsgericht fortschrittliche Kritik der Mittelklassen gegen die Interesse des großen Kapitals berücksichtigt, ist zweifelhaft. Vielleicht bemühen sich ja die GRÜNEN oder andere, die Parteienfinanzierung durch das große Kapital in Zukunft genau weiter zu verfolgen.

Quellenhinweis: Der Spiegel 48 bis 50/83; Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht 10/40 vom 1.12.83; Kölner Stadtanzeiger div. Ausgaben – (jöd)

Bundesregierung will die „Freiheit“ retten – die Pfründe der BRD-Imperialisten sollen erhalten bleiben

In der westdeutschen Presse, Rundfunk und Fernsehen findet sich häufig Kritik an den Verhältnissen in Mittelamerika. Diese Berichterstattung gilt zumeist entweder den Greueln der verschiedenen Militärregierungen oder aber den USA, die diese Regierungen politisch, militärisch und wirtschaftlich unterstützen. Wenig Beachtung und noch weniger Kritik hingegen findet der Umstand, daß die westdeutschen Imperialisten mitbeteiligt sind an der Ausbeutung und Ausplünderung der Arbeiter und Bauern in den mittelamerikanischen Staaten und daß sie entsprechend ihren Interessen in dieser Region die Unterdrückung der Arbeiter und Bauern durch eigene Maßnahmen betreiben. Die westdeutschen Imperialisten wollen ebensowenig wie die US-Imperialisten zulassen, daß die langandauernden und erbitterten Kämpfe der Arbeiter, Landarbeiter und kleinen Bauern gegen die Großgrundbesitzer in den jeweiligen Staaten und die Kapitalisten aus den imperialistischen Staaten zu Erfolgen führen, die der imperialistischen Ausbeutung Schranken oder gar ein Ende setzen. Seit 1979 die Volksfront der Sandinista in Nicaragua und die New Jewel Partei in Grenada die Macht in diesen Staaten errungen hatten, wies Bundesaußenminister Genscher in den Jahresberichten der Bundesregierung auf die „Sorge“ der Bundesregierung über die „um sich greifende politische und soziale Unruhe“ und die „krisenhafte Entwicklung“ in Zentralamerika und der Karibik hin, die die „Stabilität der ganzen Subregion“ bedrohten. Da die west-

deutschen Kapitalisten auch in dieser Region eigene Ausbeutungsstätten besitzen, sehen sie sich berufen, mit eigenen Maßnahmen ihre Vorstellungen von „Stabilität“ in Mittelamerika durchzusetzen.

Die Bundesregierung ist treibende Kraft hinter den Tätigkeiten der EG in dieser Region. Die EG unterhält über das AKP-Abkommen zu elf Staaten der Karibik und Mittelamerikas besondere Beziehungen. Außerdem haben Frankreich und Großbritannien immer noch eigene Kolonien in der Karibik. Die Konferenz der europäischen Regierungschefs im März 1982 beschloß, das Entwicklungshilfeprogramm der EG für Zentralamerika und die Karibik auf 220 Mio. DM zu erhöhen und mit diesen Mitteln eine „Agrarreform“ in den Staaten der Region zu unterstützen. Genscher teilte im Oktober dieses Jahres aus Anlaß einer Konferenz der westdeutschen Botschafter in Zentralamerika und der Karibik mit, daß dieser Beschluß auf seine Initiative gefaßt wurde. Die Kommission der EG in Luxemburg teilt mit, daß das Programm „einen echten Beitrag zur Lösung der strukturbedingten wirtschaftlichen und sozialen Probleme . . ., die zu der gegenwärtigen Instabilität der Länder geführt haben“ leisten müsse. Dieser Beitrag müsse eine, „sei es auch nur teilweise Umstrukturierung“ des Agrarsektors zur Folge haben.

Die EG-Imperialisten wollen mit ihrem Programm nicht etwa die in den mittelamerikanischen Staaten vorherrschende Plantagenwirtschaft angreifen und die damit einhergehende Konzen-

tration des fruchtbaren Landes in den Händen einiger weniger Großgrundbesitzer und Nahrungsmittelkonzerne aus den imperialistischen Staaten beseitigen. Sie unterstützten 1982 und 1983 – außer in Nicaragua – die von den Regierungen Guatemalas, Honduras, El Salvadors, Costa Ricas und Panamas gemeinsam mit den USA begonnenen „Agrarreformen“. Die EG-Staaten konzentrieren sich dabei auf folgende Maßnahmen: „Stärkung der Ausbildungs- und Beratungssysteme für die Bauern sowie gegebenenfalls der betreffenden nationalen technischen Dienste; Verbesserung des Agrarkreditsystems, der Produktionsmittelversorgung und der ländlichen Basisinfrastrukturen; Intensivierung der Nahrungsmittelproduktion.“ Dies ist ein schon zimal von den Imperialisten erprobtes sog. „Hilfe zur Selbsthilfe-Konzept“. Es hat erstens keinerlei Beschränkungen des Großgrundbesitzes zum Ziel, sondern befördert die Ausbeutung des Landes durch die Agrarkapitalisten dadurch, daß die durch extensive Bewirtschaftung der Agrarexporteure ausgelaugten Böden an die kleinen Bauern zur Wiederherstellung oder noch nicht erschlossenes Waldgebiet zur Rodung und ersten Bepflanzungen an die Kleinbauern verkauft wird. Dafür müssen sich die Bauern verschulden, denn ohne Düngemittel und Gerät ist weder Wiederherstellung der Böden noch Neuerschließung zu schaffen. Damit die hieraus zu erwartenden Geschäfte nicht etwa anderen Kapitalisten zugute kommen, ist im EG-Plan festgelegt, daß die erforderli-



Landverteilung in Zentralamerika

	Guatemala (1970)	El Salvador (1972)	Costa Rica (1971)	Nicaragua (1971)	Honduras (1974)	Zentral- amerika* (1974)
Arbeiter, Anteil an Bevölkerung	16,5%	15,6%	42,0%	31,4%	26,1%	27,7%
Kleinbetriebe 0,1 – 4 ha	18,6%	12,3%	3,9%	2,7%	8,9%	6,6%
Flächenanteil	87,4%	90,3%	57,6%	43,8%	63,9%	68,6%
Mittlere Betriebe 4 – 17 ha	18,9%	14,9%	41,6%	11,2%	29,9%	4,0%
Anteil an Gesamtbetrieben	10,5%	7,9%	38,9%	31,7%	29,8%	10,4%
Fam. Betriebe 17 – 350 ha	36,6%	52,1%	54,5%	40,0%	41,4%	51,4%
Flächenanteil	2,0%	7,2%	3,5%	22,5%	6,1%	20,4%
Anteil an allen Betrieben	26,0%	20,7%	(1)	46,1%	21,8%	38,0%
Großbetriebe über 350 ha	0,09%	0,40%	(1)	2,00%	0,20%	0,60%
Flächenanteil						
Anteil an allen Betrieben						

* einschließlich Panama und Belize; (1) bei den Betrieben zwischen 17 und 350 ha unterteilt.
Quellen: Boris Rausch, Zentralamerika, Köln 1983

Zum ersten Mal in der Geschichte El Salvadors bilden die Bauern ihre eigene Regierung

Interview mit Arnaldo Ramos, US-Repräsentant der FMLN/FDR

Politische Berichte: Seit der Revolution in Nicaragua, 1979, ist die Militär- und Wirtschaftshilfe der USA nach Mittelamerika sprunghaft angestiegen. Wie beurteilt die FMLN diese Änderung der Mittelamerikapolitik der USA und welche Rolle spielt El Salvador darin?

Arnaldo Ramos: Das Gewicht der politisch-militärischen Krise in Mittelamerika im Rahmen der globalen Strategie der USA hat sich geändert. Sie haben ihre militärische Präsenz in dieser Region verstärkt, um die Sandinista-Regierung in Nicaragua zu stürzen und um die FMLN in El Salvador, die Speerspitze der revolutionären Bewegung in Mittelamerika, zu neutralisieren. Sie haben die ganze Region militarisiert, einschließlich der Karibik. Wir können diese Entwicklung Punkt für Punkt belegen:

- Sie werteten das Südkommando in Panama, das Hauptquartier der US-Truppen in Lateinamerika, mit einem Fünfsterne-General auf.
- Sie riefen CONDECA wieder ins Leben, den mittelamerikanischen Verteidigungsrat, um die Armeen von Guatemala, El Salvador und Honduras in eine einzige Kommandostruktur einzugliedern;
- die Entsendung der US-Flotte;
- sie schufen in Honduras eine permanente Präsenz von US-Truppen, zur Zeit 5000 Mann Bodentruppen, auf dem Höhepunkt der Manöver ca. 30000.
- Sie zwangen Costa Rica, seine Neutralität gegenüber Nicaragua aufzugeben. ARDE, die konterrevolutionären Kräfte, haben ihr Hauptquartier in Costa Rica.
- Die quantitative und qualitative Verstärkung der Angriffe gegen das Sandinista-Regime von Honduras, El Salvador und Costa Rica aus.
- Die Abordnung von acht Kommandeuren der US-Armee zum salvadoranischen Oberkommando als direkte Berater. Der Krieg in El Salvador wird jetzt von US-Militärs geleitet.

Die wichtigste Entwicklung ist, daß die USA die politisch-militärische Krise in Mittelamerika auf eine höhere Ebene gehoben haben. Sie haben sie buchstäblich in ihre globale militärpolitische Strategie integriert. In den ersten Monaten der Reagan-Regierung glaubten sie, daß sie El Salvador in einem Blitzkrieg, Typus Dominikanische Republik oder Grenada, erledigen könnten. Sie mußten aber erkennen, daß die FMLN stär-

ker wurde und daß zu dieser Zeit die europäischen Regierungen, insbesondere die sozialdemokratische Regierung in der BRD und die französische Regierung, direkt oder indirekt eine Verhandlungslösung unterstützten und die FMLN anerkannten und daß sie wegen des Malvinenkrieges Argentinien nicht für ihre Zwecke einsetzen konnten. Sie wußten, daß sie früher oder später intervenieren werden müssen. Also gingen sie daran, die Region politisch und ökonomisch zu isolieren, sei es, daß sie den europäischen Alliierten klarmachten, daß diese Region Einflußbereich der USA ist, sei es, daß sie sie, wie zum Beispiel Frankreich durch die Tschad-Intervention oder Truppen im Liba-



Radiosender der FMLN

non, zu Komplizen ihrer Politik machten. Der qualitative Unterschied ist, daß sie jetzt ihren Erfolg oder Mißerfolg in Mittelamerika als entscheidend für ihr Prestige und ihre Fähigkeit ansehen, die ökonomische und militärische Hegemonie in der Welt zurückzugewinnen.

Welche ökonomischen Interessen der USA stehen in Mittelamerika auf dem Spiel?

Arnaldo Ramos: Sicherlich, das Interesse der USA an dieser Region hat ökonomische Gründe. Ein großer Teil des arabischen Öls wird in der Karibik raffiniert und geht durch den Panamakanal. Ein anderer Faktor ist, daß die jetzige Regierung eine sehr ideologische ist. Bei seinem Amtsantritt machte Reagan die früheren Regierungen für den Verlust von Vietnam, Iran, Angola, Nicaragua und Grenada verantwortlich und versprach, daß seine Regierung den Verliererkurs in Siege umwandeln werde. Ich glaube deshalb,

daß die strategische Bedeutung Mittelamerikas für sie ideologisch begründet ist. Wenn sie nicht in El Salvador siegen können, wo sonst können sie siegen. Sicherlich, es gibt eine Menge Ausbeutung der sehr billigen Arbeitskräfte wie in Süd-Korea oder Taiwan. Aber das ist wirklich minimal verglichen mit den Milliarden, die sie dort und in anderen Teilen der Welt investiert haben. Diese gilt es durch einen Sieg in El Salvador zu sichern.

Auf welche Schichten stützen sich die USA in El Salvador?

Arnaldo Ramos: Ein bedeutender Faktor, der in Europa nicht so bekannt ist, ist das intime soziale, ökonomische Verhältnis zwischen den lokalen Oligarchien Mittelamerikas und der Oligarchie in den USA. In El Salvador umfaßt die Oligarchie weniger als 1% der Bevölkerung, aber besitzt 80% des Landes. Ihre ökonomische Macht beruht auf dem Anbau von Kaffee, Baumwolle und Zucker. Sie kontrollieren das Land, die Exporthäuser und die Banken. Um 1980 änderte die USA jedoch ihre Politik. Als direkte Antwort auf das Anwachsen der revolutionären Bewegung und der Massenbewegung versuchten sie, das Banner des Fortschritts an sich zu reißen und verbündeten sich mit dem politischen Zentrum, der Kleinbourgeoisie, der christdemokratischen Partei insbesondere. Aber die Oligarchie war ganz entschieden gegen jede Änderung, selbst die kosmetischen Reformen der Zentrumsparteien. Die Reformisten hatten niemals irgendeine Macht im Land. 1979 brachten die USA nach einem Putsch eine reformistische „zentristische“ Regierung an die Macht gegen den ausgesprochenen Widerstand der Oligarchie. Nach den Wahlen letzten März liegt die Macht jetzt bei der konstituierenden Versammlung, die von der ARENA, der Partei der Oligarchie, kontrolliert wird.

Aus welchen Klassen kommen die revolutionären Kräfte der FMLN?

Arnaldo Ramos: Ideologisch grundlegend ist das Bündnis von Bauern und Arbeitern. Die Bewegung in El Salvador ist vielleicht die an Klassenbewußtsein am weitesten entwickelte in der Geschichte Lateinamerikas. Wir haben in der FMLN Organisationen, die von Arbeitern und Bauern geleitet werden und sie sind sehr stolz auf ihre Klassenherkunft und ihr Klassenbewußtsein. Die hauptsächlich Verbündeten kommen aus dem kleinbürgerlichen Teil der Intelligenzia und dem Universitätssektor der katholischen Kirche. 60% der Bevölkerung sind Bauern, obwohl das schwierig zu schätzen ist, weil etwa 20% der Bevölkerung umgesiedelt sind, etwa 650000 sind außerhalb des Landes und etwa 300000 wurden

innerhalb des Landes umgesiedelt. Et was unter 25% gehören zur Arbeiterklasse. Die Mittelklasse ist ziemlich klein, unter 10%.

Wie ist die Lage in den befreiten Gebieten und wie ist sie in den noch nicht befreiten Gebieten?

Arnoldo Ramos: Die militärische Situation ist dadurch gekennzeichnet, daß die FMLN nach wie vor die taktische Initiative des Krieges in der Hand hat. Wir bestimmen, wie und wann wir kämpfen. Die Gegenoffensive der Regierung im Sommer mit 7000 Mann haben wir nach taktischem Rückzug für zwei Monate vollständig geschlagen. Sie haben versucht, „Befriedungs“operationen wie in Vietnam durchzuführen, die wir taktisch besiegt haben. Vorher hatten wir 20% des Staatsgebietes kontrolliert, jetzt haben wir praktisch die Kontrolle über zwei große nördliche Provinzen und wir haben einen Korridor vom Osten bis ganz in den Nordwesten des Landes. Auf der Gegenseite steht eine auseinanderfallende, demoralisierte Armee. Einheiten ergeben sich ohne viel Kampf. Man darf nicht vergessen, daß diese Armee 1980 12000 Mann stark war und heute ungefähr 40000 Mann zählt. Das bedeutet, daß zwei Drittel der Armee in den letzten drei Jahren unter Zwang rekrutiert wurden.

Die wichtigste politische Entwicklung bei der FMLN ist die Errichtung der Volksmacht in den von uns kontrollierten Zonen gewesen, zum Beispiel der ganzen Provinz Chelaltenango. Zum ersten Mal in der Geschichte El Salvadors haben die Bauern Wahlen und bilden ihre eigenen Regierungsformen, ihre eigene Wirtschaft und ihre eigenen Lebensformen.

In den Regierungsgebieten ist die Massenbewegung in Opposition zur Regierung gewachsen, hauptsächlich wegen der wirtschaftlichen Bedingungen und der Unterdrückung. Eine weitere bedeutende politische Entwicklung ist, daß wir den Konsensus, der bis letztes Jahr zwischen der Regierung und den Mittelklassen gegen eine politische Verhandlungslösung bestanden hat, mehr und mehr gebrochen haben. Jetzt wollen selbst bedeutende Teile der Armee den Krieg beenden.

Wie schätzt die FMLN/FDR die sogenannte zweigleisige Taktik der USA, Verhandlungsangebot und militärische Drohung, ein?

Arnoldo Ramos: Alle diese sogenannten diplomatischen Initiativen – zum Beispiel die sogenannte zweigleisige Politik – sind ganz genau ein Manöver, um die Weltöffentlichkeit zu gewinnen, den Kongress zu überreden und öffentliche Unterstützung in den USA zu gewinnen. Wir haben einen

Friedensvorschlag gemacht, der auf der Grundlage eines Dialoges mit der USA und der salvadoranischen Regierung zu einer nationalen Debatte in El Salvador unter Teilnahme aller politischen Kräfte des Landes führt. Die Debatte mag zu Verhandlungen und zur Bildung einer provisorischen Regierung führen, an der wir beteiligt sind. Und danach werden Wahlen stattfinden. Die Antwort der USA war, die Flotte und 5000 Mann nach Honduras zu schicken und Guatemala und Honduras auf uns zu hetzen. Die Stone-Initiative ist ziemlich eingefroren. Seine eigentliche Aufgabe war, die europäischen Regierungen von den ernsthaften Verhandlungsabsichten der USA zu überzeugen. Die Kissinger-Kommission hat den Zweck, überparteiliche Unterstützung für die gegenwärtige Politik unter welcher Regierung auch immer zu gewinnen.

Welche Rolle spielen die europäischen Staaten, insbesondere die EG-Staaten, in El Salvador? Gibt es starke ökonomische Interessen der europäischen Länder, speziell Kapitalinvestitionen in El Salvador?

Arnoldo Ramos: Investitionen sehr wenig. Was immer da war, ist zurückgezogen worden angesichts der Instabilität der Regierung. Natürlich gibt es ein paar Firmen, die dort Geschäfte machen. Es gibt Vorschläge der deutschen Regierung und der italienischen, die Wirtschaftshilfe für das Regime in EL Salvador wieder aufzunehmen. Über private Kanäle, von Partei zu Partei, den Christdemokraten in Deutschland und Italien aus, hat es das schon gegeben. Es gibt eine Kampagne, die Beziehungen der europäischen Staaten zu den beiden Paria-Regimes, Guatemala und El Salvador, zu normalisieren. Die offizielle politische Unterstützung von den europäischen Staaten hat sich verschlechtert.

Wie wichtig ist die Unterstützung in den USA und in Westeuropa?

Arnoldo Ramos: Die Unterstützung in den USA ist grundlegend, denn die einzige Kraft, die die fortgesetzten Interventionen der USA mit der Gefahr eines wirklich globalen Konfliktes in Mittelamerika und der Karibik verhindern können, ist die amerikanische Öffentlichkeit. Die Europäer können eine entscheidende Rolle dabei spielen, indem sie versuchen, diese öffentliche Meinung zu beeinflussen, indem sie ihre eigenen Regierungen beeinflussen. Im gleichen Sinn bitten wir die europäischen Völker noch einmal, ihre materielle Solidarität für uns zu erhöhen. Sie können Geld schicken oder Medikamente, sie können eine Menge tun.

chen Produktionsmittel aus der EG kommen müssen. Zweitens zielt die vor allem von den europäischen Imperialisten immer wieder geforderte „Intensivierung der Nahrungsmittelproduktion“ darauf, die in der für die Selbstversorgung nötigen Landwirtschaft gebundenen Arbeitskräfte freizusetzen für die Ausbeutung in der industriellen Produktion. Ein solches Agrarprogramm entspricht auch den Interessen der westdeutschen Imperialisten, die sich in Mittelamerika als Ausbeuter in Industrie und Landwirtschaft und als bedeutende Handelsmacht betätigen.

Außenhandel zentralamerikanischer Staaten 1980

Staat	Ausfuhr in Mrd. \$	größter Abnehmer	zweitgrößter Abnehmer
Guatemala	1,460 USA (24%)	BRD (8%)	
Belize	0,103 USA (50%)	Gr.B. (22%)	
Honduras	0,820 USA (52%)	BRD (13%)	
Nikaragua	0,500 USA (28%)	BRD (10%)	
El Salvad.	0,790 USA (33%)	BRD (22%)	
Costa Rica	1,090 USA (34%)	BRD (12%)	
Panama	0,317 USA (40%)	BRD (8%)	
	Ein- fuhr	größter Im- porteur	zweitgröß- ter Imp.
Guatemala	1,500 USA (37%)	Japan (9%)	
Belize	0,141 USA (46%)	Gr.B. (22%)	
Honduras	0,905 USA (37%)	Japan (9%)	
Nikaragua	0,750 USA (24%)	Vene. (11%)	
El Salvad.	0,900 USA (34%)	BRD (20%)	
Costa Rica	1,190 USA (31%)	Japan (12%)	
Panama	1,540 USA (34%)	Ecua. (14%)	

Quellen: Stat. Jahrbuch BRD 1983; Diercke Weltstatistik 1983/84

Die Importe der BRD-Imperialisten aus diesen Staaten bestehen zu 87% aus Agrarprodukten, vor allem Kaffee, Bananen und Baumwolle. In Guatemala und El Salvador haben westdeutsche Handelskapitalisten den Export von all den Produkten in der Hand, die nicht auf den Ländereien der US-Nahrungsmittelkonzerne produziert werden. In Verbindung mit der Deutsch-Südamerikanischen Bank, die zur Deutschen Bank gehört, treten diese Kapitalisten nicht nur als Händler, sondern auch als Kreditgeber für die Produktionsmittel der nächsten Ernte gegenüber den einheimischen Großgrundbesitzern und Bauern auf. Die kommende Ernte steht als Pfand für den Kredit. Die Händler können also, da sie die Kreditbedingungen beeinflussen, auch den Preis, den sie zahlen, drücken. So treiben sie die Großgrundbesitzer zu weiterer Schinderei der Landarbeiter und zwingen die Bauern zu äußerster Anspannung ihrer Arbeitskraft.

Die Direktinvestitionen der westdeutschen Kapitalisten in Mittelameri-

ka betragen ohne Bankinvestitionen ca. 500 Mio. DM. Sie beuten ca. 10000 Lohnabhängige in den mit diesem Kapital geschaffenen Fabriken aus. Die Chemiekonzerne BASF, Bayer, Beiersdorf, Boehringer, E. Merck lassen z.B. in Guatemala, Nicaragua, El Salvador, in der Dominikanischen Republik und in Panama Pflanzenschutz- und pharmazeutische Produkte herstellen – sie sind in diesen Ländern schon seit Anfang der 60er Jahre tätig. Sie vertreiben die hier hergestellten Produkte vor allem an die Agrarkapitalisten in der Region. Die westdeutsche Ölgesellschaft Deminex ist mit eigenen Bohrungen auf dem Territorium der ehemals britischen Kolonien Trinidad und Tobago tätig.

Seit Anfang der 70er Jahre exportieren zunehmend auch andere westdeutsche Bourgeois Kapital nach Mittelamerika. Die Regierungen der mittelamerikanischen Staaten mußten den Kapitalisten aus den imperialistischen Ländern Produktionsbedingungen ga-

rantieren, die ihren Ausbeutungsvorhaben keinerlei Schranken setzt. In allen Ländern existieren sog. „Industriefreizonen“, in denen weder die Arbeits- noch die Steuergesetze der jeweiligen Staaten gelten. Die Kapitalisten brauchen faktisch keine Steuern zahlen; die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter ist verboten; selbst die Gesetze über die – ohnehin unter dem Existenzminimum liegenden – Mindestlöhne für Arbeiter gelten in diesen Zonen nicht. Die Sicherung dieser Produktionsbedingungen liegt in den meisten Fällen in den Händen der Privatarmeen der in den Zonen tätigen Kapitalisten. Eine Studie aus den USA schätzt, daß mehr als 75% der gesamten industriellen Produktion in Mittelamerika in solchen Zonen konzentriert ist. Das sind Bedingungen, die z.B. die Siemens-Kapitalisten lockten, über ihre Tochtergesellschaft in den USA seit 1974 allein drei Produktionsstätten in Industriefreizonen zu errichten. Siemens läßt in Panama, Costa Rica und Honduras elektronische Bausteine und

andere Bauteile für seine Produktion in den USA herstellen. Die Bosch GmbH Stuttgart hat seit 1970 eine eigene Zündkerzenproduktion in Guatemala, die nicht in der dortigen Industriefreizone liegt. Dafür haben sie durchsetzen können, daß die gesetzliche Steuerbefreiung, die ausländischen Kapitalisten in den ersten fünf Jahren gewährt wird, immer weiter verlängert wurde, diese Regelung gilt auch für die ins Ausland verbrachten Gewinne.

Westdeutsche Kapitalisten profitieren also beträchtlich von den für die Arbeiter und Bauern erdrückenden Verhältnissen in den mittelamerikanischen Staaten. In Guatemala, Belice, Nicaragua, Honduras, Costa Rica und Panama arbeiten über 60% der Bevölkerung in der Landwirtschaft, von der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche gehört 35% den aus Europa eingewanderten Großgrundbesitzern, 38% den ausländischen, vorwiegend US-amerikanischen, Lebensmittelkonzernen. Sie besitzen die fruchtbarsten Böden und lassen auf ihren Plantagen

Umtriebe westdeutscher Kaffeemonopole in Mittelamerika

Die westdeutschen Kaffeemonopole sind nach den USA die zweitgrößten Kaffeimporteure. Traditionell beziehen die zwanzig westdeutschen Importfirmen – die größte ist die Bernhard Rothfos AG, die etwa 10% der gesamten Welternte von Kaffee umsetzt – den größten Teil ihres Kaffees aus Mittelamerika. Durchschnittlich gingen in den letzten Jahren 25% der mittelamerikanischen Kaffee-Exporte in die BRD. Schon ein Blick auf den Anteil, den die Kaffeeausfuhr an den Gesamtexporten verschiedener mittelamerikanischer Länder ausmacht, sowie auf den Anteil der Kaffeeausfuhr, der in die

BRD geht, weist auf die Abhängigkeit dieser Länder von den BRD-Imperialisten hin (s. Tabelle).

Die westdeutschen Kaffeemonopole haben ihre Position systematisch ausgebaut. Im Hamburger Hafen besitzen sie Lager- und Umschlagskapazitäten, über die der größte Teil der Lieferungen nach Nord- und Mitteleuropa läuft. Weil die BRD-Kaffeekonzerne erhebliche Teile der Ernte aufkaufen und einlagern können, besitzen sie auch die Möglichkeit, die Abkommen der in der Internationalen Kaffeeargamentorganisation (ICO) zusammengeschlossenen Produzentenländer zur Preisstabilisierung zu umgehen. Für El Salvador etwa konnten die Imperialisten durchsetzen, daß die Ernte nicht entsprechend den von der ICO festgelegten Quartalsquoten allmählich auf den Markt gelangt, sondern im vollen Um-

fang sofort nach der Ernte nach New York, Amsterdam und Hamburg gelangt. In Hamburg sind etwa 50% der Gesamternte El Salvadors eingelagert.

Die größten westdeutschen Kaffeemonopole kontrollieren teilweise aber auch die Zwischenverarbeitung des Kaffees in den mittelamerikanischen Ländern und sind darüber an der Ausbeutung der Kleinbauern beteiligt. So etwa ist die Jacobs AG in Guatemala Besitzer der größten und modernsten Aufbereitungsanlage für den Rohkaffee. Die Kleinbauern liefern in der Regel direkt an diese Aufbereiter, die im allgemeinen erheblich niedrigere Preise zahlen als die staatlichen Kaffeekaufleute – allerdings sofort, während die staatlichen Kaffeeaufkäufer erst zahlen, wenn der Kaffee sicher auf dem Weltmarkt abgesetzt ist.

Westdeutschen Kaffeemonopole sind selbst am Großgrundbesitz von Kaffeepflanzungen beteiligt. So z.B.



Wandgemälde am alten Tchibo-Haus in Hamburg

Kaffee-Exporte in die BRD aus den wichtigsten lateinamerikanischen Lieferländern

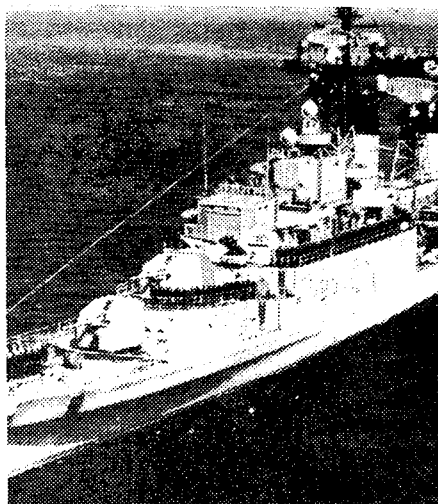
Land	Kaffee-Export in Mio Sack (1980)	in % des Gesamtexportes	Kaffee-Export in die BRD in % (wertm.)	%-Anteil an Kaffee-Einfuhren der BRD	Kaffee-Export in % d. BRD
Kolumbien	10694	53%	25%	34,0%	83%
El Salvador	2325	57%	50%	13,9%	90%
Brasilien	12621	14%	4%	8,4%	14%
Guatemala	2010	24%	18%	4,5%	73%
Nicaragua	809	37%	22%	2,3%	76%

Quelle: Schwarzbuch Hamburg

vor allem Kaffee, Bananen, Baumwolle für den Export in die USA und nach Europa anbauen. Die Landarbeiter müssen ihre Arbeitskraft als Saisonarbeiter zu Löhnen verkaufen, die im Durchschnitt mehr als 50% unter dem Existenzminimum liegen. Häufig verrechnet der Agrarkapitalist die Löhne mit der Pacht für die winzigen Landparzellen, die die Landarbeitern für den Anbau eigener Lebensmittel benötigen. Obwohl alle diese Länder vor allem landwirtschaftliche Produkte exportieren, müssen sie Lebensmittel importieren. Guatemala z.B. exportierte 1980 für 1,8 Mrd. US-Dollar Kaffee, Zucker, Baumwolle und Fleisch in die USA und nach Europa. Zur Deckung des eigenen Lebensmittelbedarfs mußte das Land Weizen, Weizenmehl, Bohnen, Reis, Milchkpulver, Sojabohnen etc. für mehr als 1 Mrd. US-Dollar importieren. Dabei können sich diese importierten Lebensmittel sowieso nur die Reichen leisten. Der durchschnittliche Pro-Kopf-Verbrauch von Fleisch z.B. sank seit 1960 von 48 Pfund im

Jahr auf weniger als 23 Pfund im Jahr 1978, in diesen Berechnungen ist der Verbrauch der Touristen inbegriffen. Die übergroße Zahl der Arbeiter und Bauern kann also nie Fleisch essen. Diese Entwicklung fand in ähnlichem Umfang in allen Staaten Mittelamerikas und der Karibik, außer in Kuba, statt.

Mehrfach ist bekannt geworden, daß US-amerikanische Konzerne und Regierungen zur Aufrechterhaltung dieser Ausbeutungsverhältnisse und der brutalen Unterdrückung der Arbeiter und Bauern die von ihnen gewünschten Militärregierungen installiert und ausgerüstet haben. Doch auch die westdeutschen Imperialisten sind in dieser Richtung tätig. Die SPD erwähnt in einer Anfrage zur Mittelamerikapolitik der Bundesregierung die be-



Mit eigenen Schiffen beteiligte sich die BRD am NATO-Manöver „Readex 82“ in der Karibik

absichtigte „Ausrüstungshilfe der honduranischen Armee mit Fernmeldegerät“. Die Bundesregierung hat angekündigt, daß sie auch den von der vorletzten Regierung abgezogenen Botschafter in El Salvador wieder einsetzen will – dafür erteilte ihr der SPD-Abgeordnete Wischnewski in der Haushaltsdebatte die ausdrückliche Zustimmung. Die CDU/CSU-Fraktion hatte bereits im Februar 1982 einen Antrag für ein besonderes „Entwicklungsprogramm Karibik und Zentralamerika“ gestellt, der vom letzten Bundestag nicht mehr behandelt wurde. Diesen Antrag brachte sie im Juni 1983 erneut ein, diesmal gemeinsam mit der Fraktion der FDP. In diesem Antrag heißt es:

„1. Angesichts der krisenhaften Entwicklung in Zentralamerika und der Karibik wird die Bundesregierung aufgefordert, ihre politischen Anstrengungen in diesem Bereich zu verstärken, sie zu einem Gesamtkonzept weiterzuentwickeln, dieses im westlichen Bündnis abzustimmen und es dem Deutschen Bundestag vorzulegen. In

diesem Konzept soll die Entwicklungszusammenarbeit einen zentralen Stellenwert einnehmen. Alle Maßnahmen sollen – indem sie den Ländern dieser Region helfen, sich friedlich und frei zu entwickeln – zugleich den wohlverstandenen Sicherheitsinteressen des Westens und dem Weltfrieden dienen. 2. Im einzelnen sollen mit einer solchen Politik folgende Ziele erreicht werden:

2.1. Stärkung der Unabhängigkeit und Sicherung der Souveränität der Länder dieser Region.

2.2 Schaffung der Voraussetzungen für den inneren und äußeren Frieden und die Verwirklichung der elementaren Menschenrechte.

2.3 Förderung des Aufbaus freiheitlich-pluralistischer Staats- und Gesellschaftsordnungen.

2.4 Festigung sozialer und wirtschaftlicher Stabilität ...“

Die Regierungsfractionen wollen die Bundesregierung deutlich ermuntern, der „Freiheit“ des Kapitals in den mittelamerikanischen Staaten mit vermehrter eigener Tätigkeit zur „Stabilität“ zur verhelfen. Noch immer haben die westdeutschen Imperialisten unter der „Sicherung der Souveränität“ fremder Länder vor allem die Sicherung ihrer eigenen imperialistischen Ausbeutertätigkeiten gegen antiimperialistische Bestrebungen in diesen Ländern verstanden. Jedesmal versuchen sie, solche Bestrebungen als „von außen gesteuert“ darzustellen. Daß das Recht auf Ausbeutung in fremden Ländern zu ihren „elementaren Menschenrechten“ gehört, ist ihnen selbstverständlich. Die Regierungsfractionen im Bundestag bereiten mit diesem Beschluß die direkte Einmischung in die Tätigkeiten der mittelamerikanischen Regierungen vor. Daß sie dieses Unternehmen nicht ohne Unterstützung der anderen europäischen und der US-Imperialisten beginnen wollen, geht aus dem Antrag hervor.

Die Bundesregierung muß sich in der nächsten Zeit zu dem von den Regierungsfractionen vorgelegten Antrag und zur Anfrage der SPD äußern und ihre Vorhaben verdeutlichen. Zahlreiche Organisationen und Komitees in der BRD haben die Unterstützung der Völker Mittelamerikas zu ihrer Aufgabe gemacht. Schade ist, daß wir in ihren zahlreichen Publikationen kaum Anhaltspunkte gefunden, daß sie sich mit den oben beschriebenen Umtrieben und Absichten der westdeutschen Imperialisten befassen.

Quellenhinweis: Th. Barry u.a., Dollars & Dictators, The Ressource Center, New Mexiko 1982; M. Wöhlke, Die Karibik im Konflikt entwicklungspolitischer und hegemonialer Interessen, Baden-Baden 1982; Europa-Archiv, Nr. 8-1982, Nr. 5/1983; Deutscher Bundestag, Drucksache Nr. 10/239 u. 10/279; Bulletin der Bundesregierung, Nr. 103 v. 5.10.83; Bericht der EG-Kommission an den Rat v. 18.7.82; F. Fröbel u.a., Die neue internationale Arbeitsteilung, Hamburg 1977; D. Boris, R. Rausch, Zentralamerika, Köln 1983; Zeitschrift für Lateinamerika, Wien, Nr. 2/82 – (uid, ger u. her (USA), alk)

die „deutsch-stämmige“ Familie Nottebohm. Seit etwa 1890 bis 1944 hatte sich die Hamburger Kaufmannsfirma als Kreditgeber an Kaffeepflanzer in Guatemala betätigt. Wenn Kredite nicht zurückgezahlt werden konnten, hat Nottebohm die Plantagen übernommen, so wurde sie neben der United Fruit Co. zum größten Grundbesitzer in Guatemala. Zu Beginn der Revolution von 1944 zwar enteignet, konnten sich die Nottebohms nach dem Putsch von 1954 wieder etablieren. Auf ihren eigenen Plantagen produzieren sie allein 80000 bis 100000 Sack der nationalen Ernte. Als einer der größten Exporteure hält die Familie die Kontrolle über einen weitaus größeren Teil der Gesamtproduktion Guatemalas. Zugleich ist Nottebohm an dem größten westdeutschen Kaffeemonopol Rothfos beteiligt.

In El Salvador hat sich die Rothfos AG inzwischen eine Monopolstellung im Kaffeegeschäft verschafft. Die Rothfos-Gesellschaft Ibero de El Salvador wickelt nahezu vollständig den Kaffee-Export in die BRD ab, immerhin 50% der gesamten Kaffee-Ausfuhr des Landes. Die Deutsch-Südamerikanische Bank, in deren Beirat Herr Cuno Rothfos sitzt, finanziert der staatlichen Kaffeegesellschaft Incafe die Aufkaufsumme vor, die zum größten Teil an die 14 Großgrundbesitzerfamilien fließt. Bleibt noch zu erwähnen, daß Cuno Rothfos Honorar-Generalkonsul von El Salvador in Hamburg ist.

Quellenhinweis: Arbeitsgruppe Hamburg – Dritte Welt (Hrsg.), Schwarzbuch Hamburg Dritte Welt, Mai 1983

Graubremse-VK für 60 DM plus 2%

Heidelberg. Auf der Vertrauenskörpersitzung am 13.12.83 stieß die Vorstandsempfehlung von 3–3,5% Tariflohnforderung auf Ablehnung. Laut Vorstand solle „Gesamtmetall in der Öffentlichkeit nicht sagen können, die IGM fordere im Gesamtvolumen über 20%“. Ein Materialblatt eines Vertrauensmannes für 140 DM Festgeld bzw. 100 DM plus 2% wurde im Grundsatz für richtig befunden. Angesichts des Vorstandsbeschlusses und der Lage in anderen Tarifbezirken wurde der Vorschlag 60 DM Sockel + 2% angenommen. Im Durchschnitt sind dies 103 DM, für Lohngruppe II 90 DM Tarifierhöhung.

DGB-Frauen gegen Verschärfung des §218

Hamburg. Auf einer Veranstaltung der Frauenausschüsse der Gewerkschaften IGM, IG DruPa, HBV, ÖTV, GEW und GdP wurden vor ca. 160 Teilnehmerinnen die Maßnahmen der CDU und ihrer klerikalen Hilfstruppe zur Beseitigung der sozialen Indikation scharf angegriffen – vor allem das Dortmunder Urteil, wo-

Seit dem 1.12. halten die 1200 Beschäftigten von Wibau, Gründau (Hessen), die Werkstore besetzt (Bild), um den Abtransport von Maschinen zu verhindern. Im Zusammenhang mit dem Konkurs der SMH-Bank hatte Wibau zunächst Vergleich, dann Konkurs angemeldet. Der Vergleichsverwalter hatte verlangt, daß die Arbeiter für die Novemberlöhne einen Kredit aufnehmen mußten. Die Banken fordern als Sicherheit die Abtretung von Ansprüchen der Beschäftigten gegenüber dem Arbeitsamt auf Kurzarbeits- und Konkursausfallgeld.

nach selbst Schwangerschaftsabbrüche nach Vergewaltigung und bei Schädigung des Kindes nicht von den Kassen bezahlt werden sollen. Sog. Hilfsmaßnahmen wie die Stiftung „Mutter und Kind“ wurden abgelehnt und von der Bundesregierung u.a. gefordert, die Streichung des Mutterschaftsgeldes und die Verschlechterung der Krippen- und Kindergartenversorgung zurückzunehmen. Über Arbeitsgruppen soll jetzt in den Gewerkschaften die Front gegen die Verschärfung des § 218 aufgebaut werden.



GAL-Antrag gegen Kriegsgerichte

Hamburg. Von den ca. 900 Justizbeamten, die sich seit 1962 freiwillig am Aufbau von Kriegsgerichten beteiligen und dazu mindestens alle 2 Jahre für sog. „Fortbildungsveranstaltungen“ freigestellt werden, kommen 31 aus Hamburg. Wie kürzlich berichtet, erfolgt der Aufbau dieser Gerichte nach einem geheimen „Schubladengesetz“. Sämtliche dafür notwendigen Mittel wie Roben, Aktenordner, Schreibmaschinen sowie umfangreiche Dienstvorschriften sind seit Jahren vorhanden. Gegen diese Kriegsvorbereitung hat die Fraktion der „Grün-Alternativen-Liste“ einen Antrag gestellt, in dem sie die Bürgerschaft auffordert, die Teilnahme von Hamburger Justizbeamten an diesen Gerichten zu verhindern und sich im Bundestag für die ersatzlose Streichung des Artikels 96 Abs. 2 Grundgesetz einzusetzen. Die Debatte ist Mitte Januar.

Krupp: Tarifvertrags- bruch durchgesetzt

Essen. Die Betriebsführungen der Krupp Stahl AG und von Krupp-Südwestfalen konnten die Verschiebung der Auszahlung des Weihnachtsgeldes für die insgesamt 31000 Beschäftigten beider Betriebe teilweise durchsetzen. Beide wollten nur die Hälfte des Weihnachtsgeldes – für die Stahlindustrie NRW und Südwestfalen 110% des durchschnittlichen Monatslohns – in diesem Jahr, am 21.12., zahlen. Die andere Hälfte sollte erst im März 1984 gezahlt werden. Begründet wurde dieser Vorstoß gegen

Tarifrechte, bei dem es um insgesamt 110 Mio. DM geht, mit Zahlungsschwierigkeiten. Mit außerordentlichen Betriebsversammlungen, Warnstreiks in Dillenburg und Siegen und einer Demonstration von über 3000 Stahlarbeitern in Siegen protestierten die Belegschaften dagegen. Das Arbeitsgericht Siegen verpflichtete Krupp in einer Entscheidung über 4000 Klagen am 7.12., das volle Weihnachtsgeld bis zum 31.12. zu zahlen, „empfohl“ allerdings gleichzeitig, vom Vollzug des Urteils „Abstand“ zu nehmen. In diesem Sinne hat sich der Gesamtbetriebsrat der Krupp-Stahl AG inzwischen auf eine Vereinbarung eingelassen, nach der Krupp bis zum 21.12. nur 75% zahlen muß, den Rest erst zum 1.2.1984.

Abkehr von Wieder- vereinigungsgedanken

Göttingen. Auf der Kreisdelegiertenkonferenz der ÖTV am 8.11.83 verlangte ein Antrag der Vertrauensleute der Unikliniken die Streichung einer Passage in Paragraph 1, Absatz 2 der Satzung der ÖTV. Dieser lautet: „Die ÖTV wird ihren Sitz in Berlin, der Hauptstadt Deutschlands, haben. Der vorläufige Sitz ist Stuttgart.“ Diese Passage soll ersetzt werden durch: „Die Gewerkschaft ÖTV hat ihren Sitz in Stuttgart.“ Dieser Antrag wurde von knapp 100 Delegierten bei zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung angenommen. Eine inhaltliche Debatte fand allerdings nicht statt. Zur Änderung aufgefordert ist der 10. ordentliche Gewerkschaftstag der ÖTV, der im Herbst 1984 stattfindet.



Die Beschäftigten auf den US-Werften haben Angriffe der Kapitalisten zurückschlagen können. Die Arbeiter und Angestellten der größten US-Werft in Newport News, 18200 Beschäftigte, stimmten mit großer Mehrheit dafür, daß die Stahlarbeitergewerkschaft weiterhin die Belegschaft in Verhandlungen gegenüber den Kapitalisten vertritt. Damit schlugen die Beschäftigten den Versuch der Geschäftsleitung zurück, die Belegschaftsvertretung durch eine von den Kapitalisten abhängige Organisation wahrnehmen zu lassen. (Bild: nach dem Erfolg). Wenige Tage darauf setzte die Stahlarbeitergewerkschaft einen neuen Lohn-tarifvertrag durch, der über die 43 Monate Laufzeit eine Lohnerhöhung von 25% vorsieht. – Nach einem zweimonatigen Streik haben die 10000 Werftarbeiter von 9 Schiffswerften an der Westküste einen neuen Lohn-tarifvertrag durchgesetzt, der eine Inflationsanpassung der Löhne während der drei Jahre Laufzeit vorsieht. Die Kapitalisten mußten ihre Forderung nach einer Senkung der Löhne um zehn Prozent zurücknehmen.

Betriebsversammlung: Die Gangstärken müssen gesetzlich festgelegt werden

Hamburg. Am 7.12. fand die Betriebsversammlung des Gesamthafenbetriebs (GHB) statt. Für die seit fast zwei Jahren dauernde Kurzarbeit ist noch kein Ende in Sicht. Ab 1.12.83 wird aber für jeden Arbeiter, der nicht zur Hafenarbeit vermittelt werden kann, das Kurzarbeitergeld auf 100% des Schichtlohns der jeweiligen Lohngruppe aufgestockt. Dies konnte vom Betriebsrat durch eine Betriebsvereinbarung abgesichert werden. Seit 1. Februar 1983 erhielten die Arbeiter, die für drei Tage oder auch einen ganzen Monat auf Kurzarbeit gesetzt wurden, nur 80% des Schichtlohns. Für plötzlich auftretende Beschäftigungsspitzen waren die auf Kurzarbeit gesetzten Arbeiter aber nicht einsetzbar. Es müssen jetzt also alle täglich zur Vermittlung erscheinen, es wird aber der volle Lohn gezahlt.

Nach Angaben der Geschäftsleitung wurde von 1.1. bis 30.11.83 bereits 12,7 Mio. DM an Garantielohn gezahlt. Der Bestand von 1100 Gesamthafenarbeitern soll aber gehalten werden. Herr Manthey, der Vertreter der Geschäftsleitung, berichtete dann von Bestrebungen innerhalb des Unternehmensverbandes Hafen Hamburg, die Existenz des GHB anzugreifen. Er sagte, es sei ein „Gebot der wirtschaftlichen Not“, daß sich verschiedene Firmen zusammenschließen, um ihre Arbeiter untereinander auszutauschen und eine Bestellung von Gesamthafenarbeitern zu umgehen.

So haben sich sieben Betriebe zu einer Kapitalgesellschaft Südwest-Terminal zusammengeschlossen, und die Arbeiter erhalten alle neue Arbeitsverträge dieses neuen Betriebs. So hat Buss, die größte Stauerei, einen 33% Kapitalanteil von der Lager- und Speditionsgesellschaft übernommen und stellt jetzt auch das Management dieses größten privaten Kaibetriebes. Ein Antrag auf gegenseitigen Arbeitertausch ist bereits angekündigt. Herr Manthey zog den Schluß, daß „durch diese Entlegung unsere Arbeitsplätze gefährdet sind“ und die Gesamthafenarbeiter „den Arbeitgebern in den Hafeneinzelbetrieben keine Veranlassung bieten sollen für Beanstandungen“, daß sie kurzgesagt „funktionieren sollen“.

Ein Mitglied des Betriebsrates brachte Beispiele, was in der gegenwärtigen Lage von den Hafenbetrieben unter „funktionieren“ verstanden wird. Obwohl genügend Hafenarbeiter zur Ver-

fügung stehen, täglich für Hunderte Garantielohn bezahlt wird, werden in der schweren Arbeit im Sackgut nur vier Leute in den Gang geschickt und Tonnageleistungen von über 200 Tonnen pro Schicht erwartet. Wer das bringt, der „funktioniert“. Wer *alleine* mit dem Palettengeschirr schnell anheken kann, statt auf dem zweiten Mann zu bestehen, der „funktioniert“. Der Betriebsrat berichtete, daß er zwei Tage zuvor als Bordkranfahrer abgelöst wurde, weil er „zu langsam gefahren“ sei. Der Viz habe dann zwar schneller gearbeitet, aber auch die Unfallverhütungsvorschrift nicht eingehalten. Die vom Vertreter der Geschäftsleitung an-



Für Hafenarbeiter über 55 Jahre Rente ohne irgendwelche Kürzungen.

geführte „wirtschaftliche Not“ wurde auch zurückgewiesen in Bezug auf die Betriebe und die Banken, die ja zum erheblichen Teil Besitzer der Hafenbetriebe sind und in den letzten Jahren ein Rekordergebnis nach dem anderen einfahren. „In wirtschaftliche Not kommen die Arbeiter, die nur 80% des Lohns erhalten oder die sich die Knochen kaputtarbeiten“.

Ein Ewerführer forderte, daß Schluß gemacht werden muß mit der Preisdrückerei durch die Firmen, die mit zu wenig Arbeitern umschlagen. „Es ist doch ganz klar, wenn diese Betriebe bei der gleichen Arbeit einen Mann weniger stellen, dann können die billiger sein auf unsere Knochen. Da muß ein Gesetz her, das die Gangstärke festlegt. Da muß sich die ÖTV drum kümmern. Das sichert Arbeitsplätze.“

Ein Vertrauensmann: „Ich glaube nicht, daß wir auch nur einen Arbeits-

platz beim GHB sichern durch Wohlverhalten; auch nicht durch totales Wohlverhalten. Wenn die Arbeitgeber den GHB auflösen wollen, wird das woanders entschieden.“

Nachdem weitere Arbeiter u.a. noch für Arbeitszeitverkürzung, für Senkung des Rentenalters, für bessere Fahrverbindungen, gegen die Schinderei der älteren Kollegen eingetreten sind, konnte der Vertreter der GHB-Geschäftsleitung antworten. Angesichts der zahlreichen Beispiele über die Vorstellungen der Kapitalisten, wie wir „funktionieren“ sollen, antwortete er: „Es ist bedrückend, daß immer mehr Arbeit unter Zeitdruck läuft. Zeitgebundene Abfertigung zu Miniraten, und die Leidtragenden sind die Leute“. Weiter: „Man muß halt sehen, wie man die Arbeitsplätze sichert. VW versucht es z.B. über eine Jahresarbeitszeit“.

Im Schlußwort sagte der Betriebsratsvorsitzende: „Wenn wir aufgefordert werden, in diesem Hafen zu funktionieren, so heißt das für uns: umsichtig arbeiten, die Sicherheit einhalten. In diesem Sinne sind wir dafür. Es ist ja schließlich unser Leben, was wir einsetzen und nicht das der Geschäftsleitung.“ – (obj)

Ruhrgebiet

Angriffe auf Lohn- und Tarifrechte

Duisburg. „Das Revier muß leben. Menschen wollen Arbeit. Menschen brauchen eine Zukunft“, unter diesen Parolen hatte der DGB am Freitag, 2. Dezember, zu einer Großkundgebung in Duisburg aufgerufen. 6000 Gewerkschafter kamen zu der Kundgebung. Die erneuten Entlassungspläne bei Krupp, Thyssen und im Bergbau, eine Arbeitslosenquote von 15% im Ruhrgebiet und zunehmende Verelendung bei Arbeitslosigkeit durch Kürzungen bei den Arbeitslosenversicherungen – z.B. sind in Essen inzwischen 25% der Sozialhilfeempfänger Arbeitslose – waren der Anlaß.

Wenig erfreulich war es, daß der DGB NRW-Ministerpräsident Rau, dem es keineswegs um die Verteidigung der Arbeits- und Lebensbedingungen der arbeitenden Menschen ging, als Kundgebungsredner eingeladen hatte. Und was soll man davon halten, wenn der Vorsitzende des DGB-NRW Geuenich an die soziale Verantwortung der Unternehmer und des Staates appellierte und weitere Subventionen für die Industrie forderte?

Ministerpräsident Rau, dessen Landesregierung die Rationalisierungsmaßnahmen der Stahlkapitalisten zu-

sammen mit der Bundesregierung mit Milliarden subventioniert, erntete auf der Kundgebung dann auch heftigen Protest, der zeitweise seine Rede über-tönte. Besonders als er zur Überwin-dung der Krise die „Solidarität aller Steuerzahler“ forderte. Der „Auf-schwung“ im Ruhrgebiet, den NRW-Arbeitsminister Farthmann schon be-scheinigt, soll auf Kosten der Lohnab-hängigen erbracht werden.

CDU-Landtagsoppositionsführer Worms hat zu diesem Zweck der Lan-desregierung kürzlich einen „Stabili-tätspakt“ vorgeschlagen. Die großen Metall- und Stahlkapitalisten im Ruhr-gebiet gehen zum offenen Angriff auf die Löhne und Tarifverträge über. Bei Krupp wurde in diesem Jahr das Weih-nachtsgeld bisher nicht ausbezahlt. Die Stahlkapitalisten in NRW kündigen die Rationalisierung von weiteren 30000 Arbeitsplätzen an und sagen klipp und klar: „Lohnerhöhungen sind deshalb ebenso ausgeschlossen, wie die 35-Stundenwoche bei vollem Lohnaus-gleich ...“ Gesamtmetall-Chef Kirchner fordert: „Wenn die Arbeitskraft im Ruhrgebiet nicht gefragt wird, muß sie etwas billiger werden ...“

DGB-Vorsitzender Geuenich stellte dagegen immerhin fest: „Die Gewerk-schaften werden verhindern, daß sich



DGB-Kundgebung am 2.12. in Duisburg ARBED bei Krupp, Thyssen, Klöckner oder Hoesch schon morgen wiederholt ... Wir bitten nicht, wir fordern.“ Tatsächlich kommt es darauf an, die Angriffe der Kapitalisten auf den Lohn und auf die Tarifrrechte zurückzuschla-gen und endlich auch die Angriffe auf die Arbeitslosenversicherung. Die Er-pressungsversuche in punkto Lohn und Tarifrrechte können nur gelingen, wenn Arbeitslosigkeit nacktes Elend bedeutet; das ist vielfach schon so. (mab)

und Boden zu Schleuderpreisen und Erschließungsmaßnahmen (S-Bahn-Bau für Siemens Neu-Perlach) dürfen keine Selbstverständlichkeit ohne Ge-genleistung sein.“ Langfristig wollen die Münchner Grünen den Nulltarif im innerstädtischen Verkehr durchsetzen und begründen dies folgendermaßen: „Die Teilnahme am öffentlichen Ver-kehr ist eine Mischung aus erzwunge-nem und freiwilligem Verhalten. ÖV ist nicht nur in Großstädten ein not-wendiger Teil der Daseinsvorsorge. Der Tarif kann und soll deshalb auch nie kostendeckend sein. Der Kosten-deckungsgrad ist nirgends festgeschrie-ben, sondern der politischen Willens-bildung überlassen.“ Der Auffassung, daß „nirgends“ der „Kostendeckungs-grad“ festgeschrieben sei, können wir nicht folgen, weil die „Bayerische Ge-meindeordnung“ andere Grundsätze enthält (Kostendeckung) und die aus dem Jahre 1938 stammende Eigenbe-triebsverordnung, mit geringfügigen Änderungen, bis heute Rechtsgrundla-ge für die Führung der kommunalen Eigenbetriebe ist: „(Soll) der Jahresge-winn des Eigenbetriebes so hoch sein, daß neben angemessenen Rücklagen ... mindestens eine marktübliche Ver-zinsung des Eigenkapitals erwirtschaf-tet wird.“ Dies bedeutet nichts ander-es, als daß die kommunalen Versor-gungsleistungen nach den Prinzipien der kapitalistischen Profitwirtschaft zu erbringen sind.

Die Münchner Grünen stellen im Programmentwurf im Kapitel Verkehr fest: „Der Nulltarif im innerstädti-schen Verkehr kann finanziert werden – über die Grundsteuer, in die das Merkmal „Verkehrslage“ eingearbei-tet ist. Das Merkmal ist in den meisten Mieten bereits enthalten. Eine Abwäl-zung der Grundsteuererhöhung auf die Mieten ist deshalb nicht gerechtfertigt. – über eine Planungsgewinnabschöp-fung durch die Kommune (neues Bo-denrecht),



Die Stadtratskandidaten

Gemeindewahl

Forderungen der Münchner Grünen zu den MVV-Tarifen

München. Für die am 18. März 1984 stattfindende Gemeindewahl werden neben der CSU, FDP, SPD und DKP die Münchner Grünen mit einer offe-nen Liste zusammen mit der Alternati-ven Liste München (ALM) kandidie-ren. Die Stadtverwaltung hat jetzt in einer Bekanntmachung dazu aufgefor-dert, die Wahlvorschläge für die Wahl des Oberbürgermeisters und die Wahl der Stadtratsmitglieder einzureichen. Auf der offenen Liste der Münchner Grünen haben die ALM die vorderen Plätze 4 und 8 erhalten, und die Liste wird angeführt vom 36jährigen Di-plomvolkswirt und Juristen Georg Welsch, der zum Oberbürgermeister-kandidaten gewählt wurde.

Die Münchner Kommunalpolitik wird seit Jahren von der CSU be-herrscht, die insbesondere den Interes-sen der in München und Umgebung angesiedelten großen Konzerne kom-munalpolitisch zum Durchbruch ver-hilft. Der Münchner OB Erich Kiesl (CSU) hat jüngst in einer Rede zum Stadtetat 1984 die im Stadthaushalt 1984 vorgesehenen 1,27 Milliarden Mark für Investitionen als großartigen Beitrag zur Senkung der Arbeitslosen-zahlen angepriesen. Die großen Inve-

stitionsschwerpunkte der Stadtverwal-tung sind „Wohnungen, U-Bahn und Kanäle“. OB Kiesl: „Unser U-Bahn-Netz in Verbindung mit den übrigen Verkehrsmitteln des MVV (Münchner Verkehrsverbund, d. Red.) ist für un-sere Stadt schon heute von unschätzba-rem Wert für eine saubere Umwelt als preiswertes und zuverlässiges, schnelles Verkehrsmittel für unsere Bürger. Wir werden sicherlich bald pro Tag 700000 Fahrgäste auf dem erst knapp zur Hälfte fertigen Gesamtnetz haben. Man muß sich vorstellen, was passie-ren würde, wenn diese 700000 Fahrgä-ste jeden Tag versuchen würden, ihr Ziel in der Stadt mit dem Auto zu er-reichen.“ Davon abgesehen, daß diese 700000 Fahrgäste größtenteils gar kein Auto besitzen, würde diese Vorstellung vor allem dazu führen, daß die Groß-konzerne kaum in der Lage wären, um sieben Uhr morgens ihre Fabriktore zu öffnen und den riesigen Strom von Ar-beitern und Angestellten aufzuneh-men. Deshalb läuft der „U-Bahn-Bau auf Hochtouren“.

Die Münchner Grünen und die ALM stellen nun zu dieser Situation fest: „Steuer geschenke und Steuernachlässe für Großbetriebe, Verkauf von Grund-

- durch eine Abgabe besonders bedienter Betriebe,
- durch Einsparung des gesamten Tarif- und Kontrollapparates (allein die Kontrolleure kosten ein Mehrfaches von dem, was sie einnehmen).“

Kurzfristig treten die Münchner Grünen u.a. dafür ein, daß Arbeitslose Vergünstigungen erhalten und daß keine Tarifierhöhungen stattfinden. Da, wie schon kurz erwähnt, 1984 319 Millionen DM für den U-Bahn-Bau ausgegeben werden sollen und der städtische Anteil daran bei 147 Millionen DM liegt (gegenüber 1978 245,7 Mio. DM und 69,7 Mio. DM städtischer Anteil), wird die von der CSU beherrschte Stadtverwaltung mit entsprechenden Tarifierhöhungen versuchen, die Finanzierung dieses Bauprogramms auf sichere Beine zu stellen. Dies zu verhindern wird nicht einfach sein, weil mit „Finanzierungshilfen durch Bund und Freistaat Bayern“ ein Instrumentarium zur Verfügung steht, Interessen der großen Konzerne durchzusetzen und Interessen der Werktätigen abzuschmettern. Nach dem Kommunalabgabengesetz sollen Kommunen Benutzungsgebühren erheben, „wenn und soweit eine Einrichtung überwiegend dem Vorteil einzelner Personen oder Personengruppen dient, sofern nicht ein privatrechtliches Entgelt erhoben wird.“ Die Reproduktionsbedürfnisse der arbeitenden Bevölkerung fallen unter gebührenpflichtige, weil dem Vorteil einzelner Personen dienende kommunale Dienstleistungen.

Quellenhinweis: Entwürfe des Kommunalwahlprogramms der Münchner Grünen, Münchner Stadtanzeiger vom 15.11.83; Materialien BWK-Seminar zum Kommunalwesen – (dill)

Kommunalhaushalt ÖTV gegen Haushaltsplan der Stadt Stuttgart

Stuttgart. Die ÖTV-Kreisverwaltung Stuttgart gab erstmals Mitte November eine Stellungnahme zum Haushaltsplan 1984 an die Gemeinderäte und Oberbürgermeister Rommel ab.

Insbesondere wendet sich die ÖTV gegen die Personalpolitik der Stadt. Sie fordert: Aufhebung der Beschlüsse, in den Jahren 1984 bis 1986 jeweils 1% der Personalstellen abzubauen, im Angestelltenbereich erst nach einem halben Jahr freigewordene Stellen wiederzubesetzen, und der dreimonatigen Beförderungssperre für Beamte. Außerdem werden mehr Ausbildungsplätze gefordert.

Es ist richtig und sinnvoll, daß sich die ÖTV in die Haushaltsdebatte einschaltet, vor allem jetzt, wo Oberbürgermeister Rommel immer stärker als

Vorreiter in reaktionärer Personalpolitik auftritt. Neueste Variante: Oberbürgermeister Rommel erklärte, er halte es für ungerecht, daß „in Zeiten großer Arbeitslosigkeit bei einem Ehepaar beide Partner im Öffentlichen Dienst gut verdienen und bei einem anderen beide arbeitslos sind.“ Nur noch ein Ehepartner soll beschäftigt werden.

Zur Finanzierbarkeit seiner Forderungen fordert der Kreisvorstand der ÖTV die Erhöhung der Gewerbesteuer.

Nach Stadtrat Lutz (CDU) gibt es „keine deutsche Großstadt über 300 000 Einwohner, die einen niedrigeren Gewerbesteuer-Hebesatz hat als Stuttgart. Allerdings halten wir es unter den gegenwärtigen Umständen



Rommel: „Dieser Finanzplan und dieser Haushalt beruhen auf Prämissen, die z.T. recht couragiert sind.“

nicht für vertretbar, den Betrieben zusätzliche Lasten aufzubürden ...“. Lobend erwähnt derselbe: „Die sogenannte ‚Rotstifttrunde‘ der Verwaltung hat durchaus gute Arbeit geleistet.“ Weitere Maßnahmen werden im Unterausschuß vorbereitet.

Eine dieser Maßnahmen ist schon auf dem Tisch: Steigerung der Personalausgaben bei dem Haushalt 1984 nicht vorgesehen. Die Kreisverwaltung der ÖTV weist auf das Ablaufende des Lohn- und Tarifvertrags am 31. August 1984 hin: „Die Stadt befindet sich völlig im Irrtum, wenn sie annimmt, für das Jahr ‘84 keine weiteren Lohnkostensteigerungen einkalkulieren zu müssen.“

Das Plenum der Fachgruppe Erzieher der Gewerkschaft ÖTV hat ebenfalls zu diesem Punkt an den Gemeinderat Stellung genommen: „Wir sind nicht gewillt, eine sogenannte Nullrunde hinzunehmen. Die Arbeitsintensität in unserem Bereich wächst ständig aufgrund der Personalpolitik des Gemeinderats. Neu zu besetzende Stellen werden monatelang verzögert ...“ (unb)

Schulen CDU-Hatz auf Friedensbewegung

Hamburg. „Psychoterror“, „einseitige Beeinflussung der Schüler durch Linksideologen“ und „ein unverantwortliches Verbrechen, mit Kindern umzugehen“ haben Hamburgs Christdemokraten aufgespielt. Es ist die Rede vom Friedenstag an den Schulen. An etwa 350 von 492 Hamburger Schulen hatten im Oktober Aktionen gegen die sog. Nachrüstung, für Frieden stattgefunden. In einer Dokumentation unterstellt die CDU, es sei dabei „zur Intoleranz, zur Diffamierung Andersdenkender, in Einzelfällen sogar zu Androhung und Anwendung körperlicher Gewalt“ gekommen. Trotz wochenlanger Unterstützung durch die Springer-Presse krankte das CDU-Unternehmen an dürre Beweislage. Da wird schon das Basteln von Friedenstauben oder Singen von Friedensliedern zum „Meinungsterror“ gemacht. Nun hofft die CDU durch Einrichten eines „Sorgen-Telefons“ auf neues Material: „Wir möchten den schweigenden Eltern und Lehrern Mut machen, dagegen anzugehen“. Denunziation ist gefragt.

Die CDU-Angriffe sind nicht nur äußerst unverschämt, sondern auch ernst zu nehmen. Wo sie nicht, wie in Hamburg, Oppositionspartei ist, droht die CDU nicht nur, sondern schlägt zu. So z.B. in Westberlin, wo gegen 1200 Lehrer ermittelt wird. Jenseits von „Frieden in Freiheit“ mit NATO und Bundeswehr betritt die CDU Feindesland. Der Rücktritt des Schulsenators Grolle, der „den letzten Damm gegen Indoktrinierung eingerissen“ habe, wird zum xten Mal gefordert. Die Gegenwehr der SPD bleibt schwach, solange der CDU nicht „der Wille zum Frieden“ bestritten wird. Zwar konnten Hamburger Lehrer im Oktober relativ unbehelligt „fünf vor zwölf“ ihre Arbeit niederlegen, mittlerweile aber wird gegen drei Lehrer ermittelt, die an Schülerdemonstrationen gegen die Nachrüstung während der Schulzeit teilgenommen haben sollen. Die CDU erklärte zuletzt die Hetzkampagne zu ihrem politischen Schwerpunkt.

In der Situation ist es von Vorteil, daß am Tag der Stationierungsdebatte erneut vielfältige Aktionen an Hamburger Schulen stattfanden und daß der GEW-Gewerkschaftstag beschlossen hat, im Kampf gegen die Nachrüstung sich die Möglichkeit des politischen Streiks offenzuhalten.

Quellenhinweis: verschied. Ausgaben der FAZ; Hamb. Lehrerzeitung 9. 11. 83; Hamburger Abendblatt v. 10.12.83 – (rad)

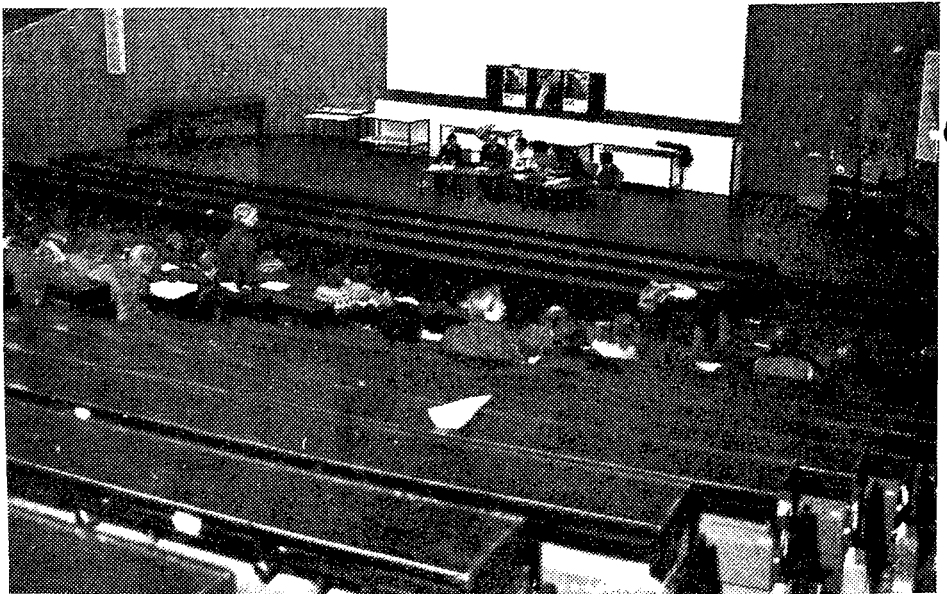
Urabstimmungen und Aktionstage Studentenbewegung sucht Linie gegen die Kriegsvorbereitungen

Braunschweig. Vom 5. bis 9. sowie am 12. Dezember fanden an den meisten niedersächsischen Hochschulen Aktionstage und „selbstorganisierte Volksbefragungen“ gegen die Stationierung neuer US-amerikanischer Mittelstreckenraketen statt. Insgesamt waren an über 50 Hochschulen in der BRD Streiks sowie an 139 Hochschulen Urabstimmungen gegen die Stationierung und z.T. zur Unterstützung der Forderung nach Volksbefragung beschlossen worden. Die Beteiligung an diesen Urabstimmungen war gut, die Ablehnung der NATO-Aufrüstung ist breit verankert. Etwa 261 000 Studenten nahmen an den Abstimmungen teil. Das sind mehr als sich in den letzten Semestern überhaupt, also einschließlich der Rechten und an allen Hochschulen, an Wahlen zu den studentischen Vertretungsorganen beteiligt haben. Davon stimmten 228 000 (87,5%) gegen die Stationierung. Der Anteil, der die Forderung nach Volksbefragung unterstützt, ist bundesweit (noch) nicht erhoben worden, weil dies nicht an allen beteiligten Hochschulen abgestimmt wurde. Wo dies aber der Fall war, wird die Forderung nach Volksbefragung ebenfalls klar unterstützt, z.B. an der Uni Hannover von 88,6%, in vier Fachschaften an der TU Braunschweig von 74 bis 91%.

Umstritten dagegen ist, wie die Studentenbewegung handeln soll. Besonders gilt dies für die Frage Aktionstage und/oder Streik, wobei unter letzterem stets das Umfunktionieren oder Boykottieren von Lehrveranstaltungen, nie aber das völlige Lahmlegen des gesamten Hochschulbetriebs verstanden wird. Während MSB und SHB sowie Teile der JUSO-Hochschulgruppen solche Art Streiks als stärkstes politisches Mittel zur Demonstration studentischen Willens propagieren, werden sie vor allem von basisgruppennahen Kräften und dem Rest der JUSOs genauso entschieden abgelehnt. Charakteristisch für die Diskussion ist dabei, daß fast ausschließlich formal argumentiert wird: für und wider die Mobilisierungsfähigkeit, für die Fortsetzung der guten, kämpferischen Tradition oder wider die Fortsetzung des schlechten, perspektivlosen Rituals usw. Das macht die Auseinandersetzung um die Ziele schwierig bis unmöglich. Eine Streikdiskussion mit der Frage „Was soll mit welchen Mitteln erreicht werden?“ hat an den Hochschulen Seltenheitswert. Dies liegt weniger an „blindem Aktionismus“, wie man-

che Basisgruppenanhänger öfter festzustellen glauben, sondern an der weit verbreiteten Unklarheit über die politischen Ziele. In besonderem Maße gilt dies auch für die jetzige „Friedens“-diskussion.

So kommen kunterbunte Ergebnisse an den verschiedenen Orten zustande. In Göttingen gibt es die durchschnittlich gute Beteiligung an der Urabstimmung, das selbstgesteckte Quorum von 75% für einen Streik wird jedoch ver-



Weniger als 30 Leute erschienen im Audi-Max der TU, wo der RCDS für eine „gesamteuropäische Friedenssicherung“ trommeln wollte.

fehlt. In Braunschweig entscheidet die TU-VV gegen Urabstimmung und gegen Streik, vier Fachschaften führen jedoch nach VV-Beschlüssen eigene Urabstimmungen durch, die durchweg eine höhere Beteiligung als bei Wahlen erreichen, z.T. das Doppelte. Am Fachbereich Sozialwesen in Hildesheim stimmen 406 von 407 Studenten gegen die Stationierung, am FB Sozialwesen der Fachhochschule Braunschweig finden weder Urabstimmung noch Streik noch sonst etwas statt.

Die Reaktionäre an den Hochschulen konzentrieren sich daher meist auf Agitation gegen Streik oder versuchen, die Beteiligung an den Urabstimmungen lächerlich zu machen. Wo sie zum Thema zu sprechen versuchen, sehen sie schlecht aus. In einem Flugblatt in Braunschweig weicht der RCDS soweit zurück, daß er formuliert, er würde ja auch die Aktionen der Friedensbewegung unterstützen, wenn nur Bitteschön auch was gegen die SS 20 gesagt würde. Da das erfreulicherweise nicht

so (oft) passiert, bleibt ihm nur der Aufruf zum Boykott aller linken Veranstaltungen. An der TU kündigen die Reaktionäre eine Podiumsdiskussion zum Thema „Frieden in Europa – Konzepte für eine europäische Friedenssicherung“ an. Kurzfristig erstellt eine Aktionseinheit aus AStA, einem Fachschaftsrat, MSB, Bunt-Autonomien und der KHG ein Flugblatt dagegen. Einerseits werden die Machenschaften des RCDS an den Hochschulen als Speerspitze der Reaktion angegriffen, andererseits sein Propagieren von NATO-Frieden in der Türkei, in Grenada, El Salvador, das Begrüßen jedweder NATO-Aufrüstungsmaßnahmen sowie die Offensive für Wiedervereinigung und ein Deutschland in den Grenzen von 1937. Am Abend

bleibt das Audi-Max leer: Nicht einmal 30 Leute wünschen, den Ausführungen der auch nicht vollständig erschienenen Referenten zu folgen.

Solche inhaltlichen Angriffe auf die Reaktion bleiben leider die Ausnahme. Besonders die eigenständigen Kriegsziele des BRD-Imperialismus werden kaum angegriffen. Ungeklärt bleibt zudem die Weiterführung des Kampfes gegen die Kriegsvorbereitungen in Zusammenhang mit den anstehenden Aufgaben der Studentenbewegung gegen die sich rasant verschlechternde soziale Situation und gegen die drohende HRG-Novellierung. Positiver Ansatzpunkt für eine Politik, die diese Aufgaben verbindet, kann der Beschluß des GEW-Gewerkschaftstages sein, „... bei künftigen Stellungnahmen zum Bundeshaushalt eine drastische Kürzung der Verteidigungsausgaben zu verlangen.“ Gewerkschaftlich orientiert muß die Politik der Studentenbewegung sowieso sein bzw. werden. (ank)

Die Kriegsforschung angreifen!

Ein positiver Effekt der verschiedenen Aktionen gegen die Nachrüstung ist, daß an mehreren Hochschulen Initiativen ergriffen wurden, die dort betriebene Kriegsforschung stärker anzugreifen.

In Braunschweig haben sich mittlerweile neben der uniweiten Friedens-Arbeitsgruppe zwei AGs gegründet, die in ihren Bereichen (Wirtschafts- und Naturwissenschaften) spezielle Fragen bearbeiten wollen.

Zugleich wird dies in unterschiedlichem Maße von den linken Studentenorganisationen als Aufgabe anerkannt und zum Teil bereits praktisch unterstützt. Die Kommunistischen Studenten, der Studentenverband der KPD, hat eine Broschüre zum Thema „Rüstungsforschung und Hochschulen“ veröffentlicht (1), der MSB hat nach der Enthüllung über die Forschung für biologische Waffen in Hohenheim jetzt eine Liste mit Forschungstiteln veröffentlicht, die von der Bundeswehr finanziert werden (2).

Die Basisgruppen fordern, daß „jede Vorlesung, jedes Institut, wo Kriegsforschung betrieben wird, nicht mehr weiter unangefochten bleiben“ darf.

„Neben der direkten Auftragsforschung gibt es auch alltäglichere indirektere Ausdrucksformen z.B. in der Informatik oder in der Psychologie aufzugreifen ... Wir schlagen darüberhinaus vor, eine Tagung/Konferenz gemeinsam mit Gewerkschaften, oppositionellen Betriebsgruppen und kritischen Wissenschaftlern durchzuführen, um eine Bestandsaufnahme von Rüstungsforschung, militärpolitischem Einsatz von Drittmitteln, Aufbau neuer Kriegsforschungsinstituten (zum Beispiel Frauenhofer-Institut) und Möglichkeiten der Produktionsumstellung in Betrieben durchzuführen.“ (3)

Der Beschluß der VDS-Mitgliederversammlung zu den Friedensaktivitäten läßt sich auf dieses Thema nicht ein, spricht aber immerhin davon, „die spezifischen Ressourcen der Wissenschaft für die Friedensbewegung zu nutzen“.

(1) erhältlich über: Verlag Roter Morgen, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30; (2) Rote Blätter 11 und 12/83; (3) Papier der BGI-Fraktion auf der 3. a.o. VDS-MV Ende Oktober.

Schleswig-Holstein Schulschließungen in Kiel geplant

Im August gab das Kultusministerium Schleswig-Holstein bekannt, daß zum Schuljahr '84/85 die Lehrmittelkosten zu erheblichen Teilen auf die Eltern abgewälzt werden sollen. Trotz erheblicher Proteste von Seiten der Eltern und Lehrer wurde diese Maßnahme jetzt beschlossen. Künftig sollen die Eltern die Hälfte der Lehrmittelkosten selbst tragen. Jetzt wurden außerdem beabsichtigte Schulschließungen bekannt: Ab 1.8.84 nimmt die Grundschule Sternstraße keine 1. Klassen mehr auf, die Ludwig-Richter-Hauptschule in der Gellertstraße und die Carl-Löwe-Realschule in der Legienstraße keine 5. Klassen mehr. Alle drei Schulen liegen im Südwesten Kiels.

Vor allem die geplante Schließung der Carl-Löwe-Schule hat den Protest von Eltern, Lehrern und Schülern hervorgerufen. Ihre Gründe: 1. Viele Schüler kommen aus der südlichen Umgebung Kiels (vor allem aus Meimersdorf und Kronsburg). Ihr ohnehin weiter Schulweg würde sich weiter verlängern, die Verbindungen wären schlechter. 2. Das Verhältnis zwischen Eltern, Lehrern und Schülern ist ausgezeichnet. 3. Das Niveau der Schule wird als gut bezeichnet. 4. Die Schule hat rund 500 Schüler. Diese Größe könnte gehalten werden, da jetzt wieder drei 5. Klassen angefangen haben. 5. Wenn die Schule „ausläuft“, verschlechtert sich für die verbleibenden Kinder das Lehrangebot. 6. Die Schulversorgung im Südwesten Kiels würde sich mit den geplanten Schließungen weiter verschlechtern.

Diese Gründe sind von den Betroffenen, der GEW und dem Ortsverein Süd der SPD gegenüber dem Kultusministerium und in Leserbriefen an die Kieler Nachrichten dargelegt worden. Es zeigt sich, daß diese Gründe gegen das Hauptargument des Ministeriums, die sinkenden Schülerzahlen, nicht reichen. Der Elternbeirat der Realschulen wurde bereits „überzeugt“, daß eine der vier im Südwesten liegenden Realschulen geschlossen werden muß, wenn nicht die Carl-Löwe-Schule, dann eben eine andere. Richtig ist an der Argumentation des Kultusministeriums nur, daß im Moment die Schülerzahlen sinken. Spätestens Ende der 80er Jahre werden sie wieder steigen. Darüberhinaus gilt für Realschulen in Schleswig-Holstein immer noch, daß Klassen erst bei mehr als 32 Schülern geteilt werden dürfen. Klassenstärken von 30 Schülern sind keine Seltenheit.

Gleichzeitig ist der Anteil der bis zu neunjährigen Kinder im ganzen Süd-

westen der Stadt (außer Hassee) höher als im Durchschnitt der gesamten Stadt (Durchschnitt 8,2%; Moorsee 10%, Meimersdorf 8,6%, Russee 9,1%; Stand 1981; Strukturatlas Kiel).

Um die Schließung der Carl-Löwe-Schule gegen den erklärten Protest durchsetzen zu können, kocht das Ministerium gerade etwas Neues aus: Bisher konnten die Eltern selbst entscheiden, welche weiterführende Schule ihr Kind besuchen soll. Jetzt sollen zumindest die Realschulen genau wie die Grund- und Hauptschulen Bezirken zugeordnet werden, d.h. die Kinder eines Wohnbezirkes dürfen dann nur eine bestimmte Schule besuchen. Die südlichen Randgebiete sollen dann nicht mehr zur Carl-Löwe-Schule gehören, sondern einer weiter entfernt liegenden Schule zugeordnet werden.

Landtag Hessen Verhandlungen Grüne/SPD Hessen

Frankfurt. Die SPD-Landtagsfraktion Hessen führt nun doch Verhandlungen über eine Zusammenarbeit mit den Grünen. Der Landtagswahlsieg fiel für die SPD knapper als erhofft aus, so nimmt Börner sein kategorisches „Nein“ zu Verhandlungen mit den Grünen zurück: „Die SPD muß die staatspolitisch wichtige Aufgabe übernehmen, diese neuen Schichten, die sich der grünen Protestpartei angeschlossen haben, für unsere parlamentarische Demokratie zu gewinnen.“ (SPD-Resolution zur Landespolitik, 5.11.1983).

Politische Rückendeckung bekommt die SPD im Zweifelsfall allemal von CDU und FDP im Landtag. So tritt Börner in den Verhandlungen auch entsprechend entschieden gegen die wichtigsten Forderungen der Grünen



Die Blockade des US-Militärdepots in Frankfurt Hausen (Montage von Pershing II) gelang trotz Verbot mehrere Stunden am 9.12.83.

auf, z.B.: Keine Inbetriebnahme der Startbahn-West auf dem Frankfurter Flughafen!, nimmt sie als Willensbekundung zur Kenntnis, weist die Forderungen aber als für die SPD zu grundsätzlich ab. Genauso geht es den Grünen bei der als unverzichtbar dargestellten Forderung nach Stilllegung des Blocks A und B des Kernkraftwerkes Biblis —, „die Landesregierung habe gute Gründe, es bei A und B zu belassen“, so Börner. Die Forderung, die Frankfurter Autobahn nicht zu bauen, verweist Börner an eine Unterkommision, um den Punkt zu vertagen.

Prinzipiell wird die Forderung nach Streichung des § 218 zurückgewiesen. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ bemerkt, man könne gespannt sein, wie die grüne Verhandlungsfraktion ihren Mitgliedern auf dem nächsten Parteitag erklären wolle, die Verhandlungen, nachdem ihre wichtigsten Forderungen abgelehnt wurden, nicht sofort abgebrochen zu haben.

„Entgegen“ kommen sich beide bei „Frauenfragen“, wo die Grünen „mehr Bildungsgerechtigkeit“ wollen und Börner erfreut den Ausbau der schon existierenden Förderstufe propagiert und interessiert den Vorschlag einer C4-Professur für Frauenforschung verfolgt. Auch bei Investitionshilfen für alternative mittelständische Wirtschaftsformen (von Löhnen und Arbeitsbedingungen keine Rede) und daß das Bundesemissionsschutzgesetz „so restriktiv wie möglich“ ausgelegt werden soll, können sie sich näherkommen.

Die bei den Verhandlungen von den Grünen angekündigte Blockadeaktion des US-Militärdepots Hausen (Pershing II-Stationierung) störte die „familiäre“ Atmosphäre (FR 8.12.83) nicht. Das Blockadeverbot wurde nämlich vom Ordnungsamt der CDU-regierten Stadt Frankfurt entlassen. — (rst)

Wasserversorgung Zentralisierung durch Talsperrenausbau

Goslar. Gegen die Pläne der Harzwasserwerke des Landes Niedersachsen und des niedersächsischen Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, im Rahmen der sogenannten „Mehrschrittlösung“ den Granestaudamm um 15 Meter zu erhöhen, haben in den vergangenen Monaten verstärkt Aktionen stattgefunden: neben der Demonstration am 11.11. (Bild), bei der der Protest quer durch alle Ratsfraktionen ging, auch erneute Unterschriftensammlungen sowie eine frühere Demonstration beim Besuch des Ministers Glup in Langelsheim.

Ende der 70er Jahre ist das zunächst angestrebte Projekt „Große Siebertalsperre“ aus politischen Gründen fallengelassen worden. Es hätte die Umsiedlung einer ganzen Ortschaft (260 Einwohner) u.a.m. erfordert und war auf entsprechenden Widerstand gestoßen. Jetzt setzen Ministerium und Harzwasserwerke bei der Durchsetzung ihres „Generalplan Wasserwirtschaft“ von 1974 auf die „Mehrschrittlösung“ — im wesentlichen den Bau einer siebten Westharztalsperre (Untere Siebertalsperre) und eines umfangreichen Stollensystems, durch welches das Wasser den hauptsächlichlichen Trinkwasserspeichern (Söse- und Granetalsperre) zugeführt werden soll. Hier sind technisch riskante Stau-



200 demonstrierten am 11.11. von Langelsheim zur Granetalsperre gegen die geplante Staudammerhöhung

dammerhöhungen um 5 bzw. 15 m geplant. Wurden 1935 erst 10 Mio. Kubikmeter (cbm) Trinkwasser im Jahr aus dem Harz abgezogen, Anfang der 50er Jahre 30 Mio. und heute durchschnittlich 70 Mio. cbm, so soll sich nach diesen ehrgeizigen Plänen die Entnahme zunächst auf 110, später auf 180 Mio. cbm jährlich steigern.

Hochwasserschutz sowie Niedrigwasseraufhöhung geschieht schon heute unzureichend, die „verkaufsorientierte“ Politik zielt allein ab auf die Trinkwasserabgabe. Zwar dürfen die angeblich „gemeinnützigen“ Harzwasserwerke keinen Gewinn erzielen, aber über Billigtarife für Großabnehmer sowie Steuern und Konzessionsabgaben an den Staat rentiert sich solche Politik schon. Zentralisierung der Wasserversorgung Niedersachsens einerseits und Schließung von kommunalen Grundwasserwerken andererseits bewirken zumindest, daß die Verdrückung von Flüssen und Grundwasser durch die kapitalistische Industrie fortschreiten kann und Wasserpreiserhöhungen gegen die Haushalte eher durchzusetzen sind — von Möglichkeiten der Trinkwasserrationierung in „Notstandszeiten“ einmal ganz abgesehen.

Quellenhinweis: Harzwasserkrise? Hrsg. von der „Arbeitsgemeinschaft Harzwasser“ / K. Binneweis, Hagenberg-Verlag, 3342 Hornburg (mio)

Busse-Prozeß

Ankläger hatten „Mitleid“ mit Neo-Nazi

München. Am 25. November 1983 fällt das Bayerische Oberste Landesgericht das Urteil gegen Friedhelm Busse, Sohn eines SA-Mannes, NPD-Mitglied und nach seinem Ausschluß aus der NPD (angeblich wegen zu extremistischer Einstellung) Gründer der Volkssozialistischen Bewegung Deutschland/Partei der Arbeit.

Von Busses Haus in Neubiberg bei München aus wurden am 20. Oktober 1981 vier Rechtsextremisten von der Polizei verfolgt und in der Putzbrunner Straße gestoppt, wobei Klaus Uhl und Kurt Wolfgram von der Polizei erschossen wurden, Peter Fabel angeschossen, wodurch er heute zu 40% erwerbsvermindert ist. In ihrem Auto fand man Waffen und Handgranaten. Sie sollten im Rahmen des „Kommando Omega“ einen Banküberfall ausführen, mit dem erbeuteten Geld sollte der gelernte Drucker Busse den „Völkischen Beobachter“ drucken.

Das Urteil: Drei Jahre und neun Monate Haft wegen Begünstigung, Strafvereitelung, Hehlerei und Waffendelikten. Das Gericht ging damit sechs Monate unter den Antrag der Staatsanwaltschaft.

Zur Begründung: Die Bundesanwaltschaft sah in Busse „keinen politischen Überzeugungstäter“, nur „ein Mann des Wortes, nicht der Tat“. Zugute wurde ihm seine „finanzielle Notlage“ gehalten und daß er aus einem früheren Banküberfall 8000 DM erhalten hat, wodurch er sozusagen „an der Leine“ lag und bei weiteren Aktionen „unter einem gewissen Druck“ stand. Die Zugehörigkeit zu dem rechtsextremistischen Kommando Omega wurde mangels Beweisen fallengelassen. Außerdem sei Busse nach einem Gutachten „besonders strafempfindlich“.

Dieses Urteil ist in zweierlei Hinsicht ein Skandal. Daß die bürgerlichen Gerichte neonazistische Aktivitäten herunterspielen, ist bekannt. Man erinnere sich nur an die Untersuchungen zum Attentat auf das Oktoberfest.

Setzt man nun aber dieses Urteil in Beziehung zu dem Vorgehen der Polizei an jenem 20. Oktober 1981, so wird die Erschießung der beiden Rechtsextremisten Uhl und Wolfgram zur blanken Exekution. Daran ändert auch die im nachhinein erfolgte richterliche Unterstellung nichts, bei den beiden handele es sich um „Chefplaner“.

Erinnert sei im Vergleich an Strafmaße, zu denen deutsche Gerichte fanden, wenn es um Sympathisanten der RAF ging.

Münchner Merkur, 26./27.11.1983 — (heb)

Die „Ausländerprobleme“ der Westberliner Kapitalisten: CDU propagiert weitere Sondergesetze

Westberlin. Zweimal in diesem Jahr wurde Westberlin Konzentrationspunkt reaktionärer und faschistischer Angriffe auf die ausländische Arbeiterbevölkerung. Im Rahmen revanchistischer Betätigung zum 17. Juni plante die „Konservative Aktion“ einen Aufmarsch gegen die Wohngebiete der ausländischen Arbeiter; Ende Oktober anlässlich des Länderspiels gegen die Türkei versuchte die inzwischen für verboten erklärte „Aktionsfront Nationaler Sozialisten“ (ANS/NA), Pogrome gegen die türkische Arbeiterbevölkerung zu inszenieren. Ein spontaner und starker Widerstand, der von den Gewerkschaften unterstützt wurde und bis weit in die SPD reichte, konnte die Provokationen dieser Hilfstruppen der Reaktion unterbinden.

Jedoch die Auseinandersetzung mit dem Vorgehen der Reaktion zur weiteren Verschärfung der Unterdrückung

länderpolitik des Senats ... Die Einschränkung des Familiennachzugs und der Zuheirat durch den Berliner Senat ist aus der Sicht der Berliner Arbeitgeberverbände ein erster wichtiger Schritt in die richtige Richtung, dem weitere Maßnahmen folgen müssen.“

Die Wirkung dieser Untersuchungs-politik kommt zunächst in der CDU-Erfolgsmeldung zum Ausdruck, daß erstmals 1983 ein leichter Rückgang der ausländischen Wohnbevölkerung auf 245000 festzustellen sei. Mit einer im September auf einer Klausurtagung verabschiedeten Erklärung bekräftigt die CDU-Fraktion des Abgeordneten-hauses die Entwicklung dieser Politik und schließt sich mit ihren Forderungen den im Februar 1983 veröffentlichten Vorstellungen der Kommission „Ausländerpolitik“ der Bundesregierung an (Auszüge s. S. 27). Als Ergebnis der Forderungen der CDU-Frak-

Wohnbevölkerung ausländischer Staatsangehörigkeit an den hiesigen Durchschnitt aufgehoben und rückgängig gemacht werden. Dies betrifft die Angehörigen der „1. Generation“, die sich erst zu ca. 40% seit acht bis zehn Jahren hier aufhalten und die in den zurückliegenden Jahren erst teilweise ihren Anspruch auf Zusammenleben mit ihrer Familie verwirklichen konnten. Es betrifft im besonderen weiter die Altersgruppe der bis 20jährigen. Diese Altersgruppe, die sog. „2. Generation“, umfaßte 1981 mit ca. 85000 ein starkes Drittel der in Westberlin lebenden Wohnbevölkerung mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Für die Angehörigen dieser „2. Generation“ wird eine Heirat z.B. in der Türkei entweder ausgeschlossen oder zumindest durch die Verhinderung der Zusammenführung hier für ihren Einsatz als Arbeitskraft praktisch unwirksam. Mit diesen Sondergesetzen wird somit gewaltsam im besonderen gegen die Bevölkerung türkischer Staatsangehörigkeit hier das Interesse der Kapitalisten geltend gemacht, Wanderarbeiter zur Verfügung zu haben, deren Reproduktion weder die Aufzucht von Kindern noch erhebliche Sozialversicherungskosten wie z.B. Alters- oder Erwerbsunfähigkeitsrenten einschließen sollen.

Eine weitere wesentliche Sonderbestimmung ist die Forderung der CDU-Fraktion, die Bildung sog. Rückkehrerklassen, für die die Schulpläne außer Kraft gesetzt würden, zu erproben. Diese Forderung steht im Zusammenhang mit der bereits jetzt stattfindenden Überprüfung der weiteren Aufenthaltsberechtigung für 18jährige und ist darauf angelegt, die Aussortierung ausländischer Schüler zu gewährleisten entsprechend der Arbeitskraftnachfrage der Kapitalisten und nach ihrer Bereitschaft, sich auch den widerwärtigsten Ausbildungs- und Beschäftigungsverhältnissen oder sog. Eingliederungsmaßnahmen unter Verzicht auf jegliche Ausbildungsansprüche zu unterwerfen.

Das sog. Ausländerproblem ergibt sich so ausschließlich aus den Interessen der Kapitalisten in bezug auf die Einsatzbedingungen der Arbeitskräfte mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Die Schärfe, mit der die Reaktion die Verstärkung der Unterdrückung der ausländischen Arbeiterbevölkerung betreibt, steht in deutlicher Beziehung sowohl zu Änderungen der Beschäfti-



In Schichtbetrieben leisten in der BRD und in Westberlin durchschnittlich 39% der Deutschen, aber 47% der Ausländer Schichtarbeit

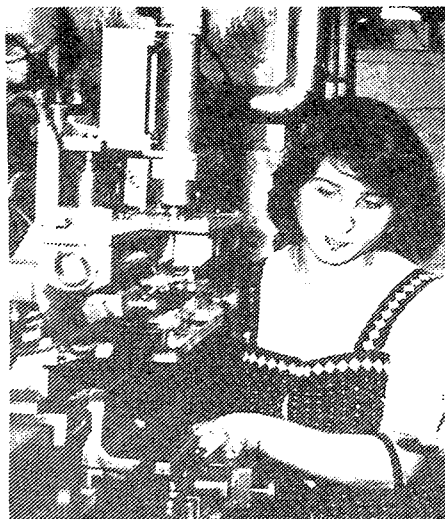
der ausländischen Arbeiterbevölkerung ist damit überhaupt nicht erledigt. Bei zögernder verbaler Distanzierung von den Aktivitäten benutzte die CDU diese Auseinandersetzungen geschickt, um die Forderung nach weiteren Maßnahmen zur Abwendung der „Verschärfung des Ausländerproblems“ zu einem Zentralthema ihrer Landespolitik zu machen. Die Zentralvereinigung Berliner Arbeitgeberverbände quitierte bereits im Jahresbericht für 1981: „Die Berliner Arbeitgeberverbände unterstützen die Aus-

tion sollen die Sondergesetze gegen die ausländische Arbeiterbevölkerung weiter ausgebaut werden.

Zentraler Punkt ist die weitere Beschränkung der Familienzusammenführung bzw. -bildung der ausländischen Beschäftigten durch den generellen Ausschluß des Nachzugs eines Ehegatten und die Beschränkung der Nachzugsmöglichkeit für Kinder von gegenwärtig noch bedingt bis zu 16 Jahren auf das Einschulungsalter. Mit diesen Bestimmungen soll die Annäherung der Erwerbsquote unter der

ungsstruktur und des Arbeitsmarktes einerseits und einer deutlichen Zielsetzung der Kapitalisten zur Förderung sog. „intelligenter Produktionen“ andererseits.

Noch 1980 war die Hälfte der ausländischen Arbeiter im verarbeitenden Gewerbe beschäftigt. In der Elektroindustrie als größtem Wirtschaftszweig stellten 16390 Ausländer jeden vierten Beschäftigten. Zwei Drittel der ausländischen Arbeiter sind in ungelernten oder angelernten Tätigkeiten beschäftigt. Sie gehören also zu den Lohnabhängigen, die die Hauptlast der Produktion zu tragen haben, deren Arbeitsplätze am stärksten von den Rationalisierungen betroffen und am deutlichsten konjunkturabhängig sind. Dieser Vorgang führte z.B. in der Elektroindustrie Westberlins zu einem Rückgang der Beschäftigung von 97000 1970 auf 58000 1982. Angesichts dieser Entwicklung ist es nicht erstaunlich, daß die ausländischen Beschäftigten einen deutlich überproportionalen Teil des Arbeitslosenheeres inzwischen bilden.



Andererseits vertreten die Kapitalisten in Westberlin, mit bedingt sicher auch durch die enormen Subventionierungsmittel und Präferenzen, die Ansicht, daß das Heil ihrer Profite in der Schwerpunktbildung von ihnen sog. „intelligenter Produktionen“ zu suchen sei: Robotereinsatz, automatisier-

ten Produktionen und dergleichen mehr.

Unabhängig davon, wie weit solche Kapitalverwertung im Umfang der Produktion zu Buche schlagen oder Masche der „Berlinwerbung“ sein mag: mit solchen Vorstellungen und Plänen wächst zwingend auf Seiten der Kapitalisten das Interesse an einer brutalen Steigerung der Ausbeutung der zwar verringerten, aber die Last der Produktion nach wie vor tragenden Zahl der Arbeiter. In diesen Zusammenhang gestellt, wäre die vom Senat betriebene weitere Verschärfung der Sondergesetze gegen die Arbeiter ausländischer Staatsangehörigkeit passende Vorarbeit, wäre die Senkung des Lebensstandards für eine erhebliche Zahl der Arbeiter auf ein die Familienbildung nicht mehr gestattendes Niveau bloß die Kehrseite der Kapitalistenträume von Profiten durch „intelligente Produktionen“.

Quellenhinweis: Miteinander leben – Ausländerpolitik in Westberlin, Hrsg. v. Senator für Familie, Soziales u. Gesundheit 1982; Der Senator für Inneres: Bericht über die Ausländerprobleme, Okt. 81; CDU-Fraktion des Abgeordnetenhauses Sept. 83; Ausländerpolitik für Berlin – (haj, maw, wie)

Lummers Verwaltungsvorschriften zum Ausländererlaß: Scharf kalkulierte Auslesewirkung

In der Öffentlichkeit wurde der sog. Lummer-Erlaß mit den Grenzen der Integrationsfähigkeit begründet, die bei einem Ausländeranteil von 12,5% „längst ausgeschöpft“ wären. Daß die Zielvorstellungen der mit diesem Erlaß verfolgten Politik ganz andere sind, als etwa einfach, die Zahl der in Westberlin lebenden Ausländer zu begrenzen, belegen Äußerungen Lummers, die er wenige Tage nach der Bekanntmachung seiner Verwaltungsvorschriften in ihrer heutigen Form von sich gab. Gegenüber der „Rheinischen Post“ erklärte Lummer damals, er halte Schritte für denkbar, die dazu führen, daß für arbeitslose Ausländer, die erst kurze Zeit hier lebten, „der Aufenthalt beendet werden kann“. In diesem Zusammenhang bedauerte er, daß nicht von Anfang an gegenüber ausländischen Arbeitern das Rotationsprinzip praktiziert worden sei. Auf Dauer hierbleiben dürfe nur, wer integrationsfähig sei und das hieße, sich zu entscheiden, ob man „Deutscher werden will oder nicht“. Verbunden damit sei der Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft. Wer sie nicht annehme, wie viele in Westberlin lebende Türken, müsse „die Konsequenzen ziehen“. Die Maßnahmen des Senats gegenüber Asylbewerbern, wie Unterbringung in Sammellagern und die Verpflichtung zum Arbeitseinsatz, bezeichnete der

Innensenator offen als „Instrumentarien, um abzuschrecken“.

Daß auch dem Lummer-Erlaß die Absicht zugrunde liegt, die Ausländerbevölkerung nach den Erfordernissen des Arbeitsmarktes zurecht zu schneiden, die in der Produktion Verschlissenen auszusondern und Terror auszuüben, wird deutlich, wenn man die langfristigen Wirkungen der nachfolgend wiedergegebenen Vorschriften zusammenfaßt: Ältere ausländische Arbeiter, deren noch in der Heimat geborene Kinder nicht mehr zu ihren Eltern dürfen oder mit 18 abgeschoben werden, müssen, nachdem sie ihre Haut hier zu Markte getragen haben, zurückkehren, wenn sie in der Familie leben wollen. Die Jüngeren müssen im harten Konkurrenzkampf „beweisen“, daß sie die „besseren Deutschen“ sind. Bleiben sie auf der Strecke, folgt die Ausweisung.

– Kinder, die das 16. Lebensjahr vollendet haben, dürfen nicht mehr zu ihren in Westberlin lebenden Eltern nachziehen;

– Kinder unter 16 Jahren dürfen nur dann nachziehen, wenn beide Elternteile in Westberlin leben;

– Ausländer, deren Eltern zum Arbeiten nach Westberlin gekommen sind, dürfen selbst ihre ausländischen Ehegatten nur nachziehen lassen, wenn sie sich ununterbrochen seit acht Jahren hier aufgehalten haben, eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis oder die

Aufenthaltserlaubnis besitzen, 18 Jahre alt sind, die Ehe seit einem Jahr besteht und sie den gemeinsamen Lebensunterhalt aus eigenem Einkommen bestreiten können;

– Kinder und Ehegatten dürfen nicht nachziehen, wenn der hier lebende Ausländer die Aufenthaltserlaubnis nur zum Zweck der Aus- und Fortbildung erhalten hat;

– Kinder ausländischer Familien werden mit Vollendung des 18. Lebensjahres ausgewiesen, wenn sie nicht sich schon seit fünf Jahren hier aufgehalten haben oder sich in einer schulischen oder beruflichen Ausbildung befinden oder an einer Maßnahme zur beruflichen oder sozialen Eingliederung (MBSE) teilnehmen oder diese abgeschlossen haben oder in einem Arbeitsverhältnis stehen oder die Aufnahme eines Arbeitsverhältnisses „alsbald“ zu erwarten ist oder in besonderem Maße auf die Fürsorge ihrer Eltern angewiesen sind oder ihr weiterer Aufenthalt in besonderem Maße zur Förderung der Familie erforderlich ist.

Quellenhinweis: Dienstblatt des Senats v. 12.8.82

Wir verstehen uns spielend



Miteinander leben in BERLIN

Gewerkschaften zur Ausländerpolitik

Entschließung der GEW Vertreterversammlung Westberlin Nov. 1981 gegen den Ausländererlaß (Auszüge)

„Die GEW verurteilt den am 20.11.1981 vom Senator für Inneres in Kraft gesetzten Ausländererlaß ... In einer Zeit der größten Wirtschaftskrise seit der Nachkriegszeit wird jeder Versuch unternommen, die Krise dadurch zu bewältigen, daß die Arbeitslosen abgeschoben werden. Die Quote der arbeitslosen Jugendlichen liegt in Berlin derzeit bei 10,8%, die der ausländischen Jugendlichen bei über 30%, nicht eingerechnet diejenigen ohne Arbeitserlaubnis.

Die angebliche Besorgnis um Überfremdungsgefahr und Identitätsschwierigkeiten ... lenkt nur von der Tatsache ab, daß die Ausländer als industrielle Reservearmee zur Zeit nicht gebraucht werden. Die Behauptung des Senators für Inneres, daß mit einem Anteil von ca. 12% ausländischer Bevölkerung eine Schallmauer von Integrationsfähigkeit erreicht sei, bei deren Überschreitung Bürgerkriegsgefahr drohe, ist nur noch ausländerfeindliche Stimmungsmache. Das Problem ist, daß es sich um eine diskriminierte Bevölkerungsgruppe handelt. Statt Rahmenbedingungen zu schaffen und Mittel bereit zu stellen, die es möglich machen, die sozialen Probleme zu lösen, ... wählt der Senat den Weg der Massendeportation ...

Die politischen Auswirkungen dieses Erlasses ... bedeuten eine bewußte Erzeugung von ausländerfeindlicher Gesinnung. Diese Art Politik, die die Lösung von sozialen Konflikten nur noch darin sieht, die Benachteiligten und die sozial Schwächeren abzuschieben, führt zu einer Verrohung der politischen Auseinandersetzungsformen, die von uns nicht hingenommen werden kann. Wir fordern daher mit allem Nachdruck die sofortige Rücknahme dieses Erlasses ... Die GEW Berlin setzt eine Arbeitsgruppe ein, die das Ziel hat, die Gesetze und Verordnungen zu diesem Themenbereich aus der Zeit des Faschismus dem Text des geltenden Ausländergesetzes und -Erlasses gegenüber zu stellen und die Ergebnisse zu veröffentlichen.“

Entschließung „Ausländische Arbeitnehmer“ des IG Metall Gewerkschaftstages 1983 (Auszüge)

„Der 14. o. Gewerkschaftstag der IG Metall ... lehnt die Empfehlungen des Bundesinnenministers zur Novellierung des Ausländerrechts, die das Ziel verfolgen, Verschlechterungen am Rechtsstatus der ausländischen Arbeitnehmer vorzunehmen, entschieden ab. Darüber hinaus lehnt die IG Metall das Hinausdrängen der ausländischen Arbeitnehmer durch sogenannte Rückkehrprämien entschieden ab. Deshalb spricht sich der Gewerkschaftstag gegen eine Kapitalisierung von Beiträgen aus der Solidarversicherung aus ...

... beauftragt den Vorstand der IG Metall, auf den Gesetzgeber einzuwirken, daß die vorhandenen Gesetze und Verordnungen so zu novellieren sind, daß eindeutige und unmißverständliche Bestimmungen den Aufenthalt sichern und die Gleichbehandlung in allen Bereichen gleichermaßen gewährleisten.

Deshalb fordert die IG Metall, - daß nach zehnjährigem rechtmäßigen Aufenthalt in der BRD eine Ausweisung nicht mehr möglich ist, - daß den ausländischen Arbeitnehmern nach fünfjährigem Aufenthalt in der BRD der Aufenthaltsberechtigung ohne weitere Kriterien erteilt wird, ... - daß für ausländische Arbeitnehmer, die in ihren Heimatländern ihren Wehrdienst ableisten müssen, das Arbeitsplatzsicherungsgesetz Anwendung findet, - daß allen volljährigen ausländischen Arbeitnehmern nach fünfjährigem Aufenthalt in der BRD das aktive und passive Kommunalwahlrecht gewährt wird, ... - daß der Rechtsanspruch auf eine Arbeitserlaubnis nach erfolgter Familienzusammenführung verwirklicht wird, - daß die Vorrangstellung der Deutschen und EG-Angehörigen bei der Vermittlung von Arbeitslosen beseitigt und auch hier die Gleichbehandlung verwirklicht wird, - daß der Bezug von Arbeitslosen- oder Sozialhilfe auf keinen Fall als Grund zur Ausweisung genommen wird, ... - daß Ausweisungen wegen des sogenannten „unzureichenden“ Wohnraums ausgeschlossen werden.“

Ausländische Beschäftigte nach Altersgruppen
Verarbeitendes Gewerbe Berlin (West) Juli 1980

	Beschäft. Gesamt	Ausländ. Beschäft.	Ausländ. in %	Altersverteilung Gesamt	Ausl.
Unter 20	11 648	1 965	16,9%	5,4%	4,4%
20 - 25	19 603	4 212	21,5%	9,1%	9,4%
25 - 30	22 095	6 380	28,9%	10,3%	14,3%
30 - 35	27 735	10 343	37,3%	12,9%	23,1%
35 - 40	35 560	9 132	25,7%	16,6%	20,4%
40 - 45	34 619	7 319	21,1%	16,1%	16,4%
45 - 50	23 967	3 671	15,3%	11,2%	8,2%
50 - 55	19 139	1 146	6,0%	8,9%	2,6%
55 - 60	14 923	392	2,6%	7,0%	0,9%
60 u. mehr	5 374	140	2,6%	2,5%	0,3%
Gesamt:	214 663	44 700	20,8%	100%	100%

Quelle: Berliner Statistik, Statistisches Landesamt März 1981

„Ausländerpolitik für Berlin“: Auszüge aus den Forderungen der CDU-Fraktion des Westberliner Abgeordnetenhauses (Sept. 83)

„(Integration) verlangt von den Ausländern erhebliche eigene Anstrengungen zur Einordnung in die deutschen Lebensverhältnisse. Voraussetzung für ein spannungsfreies Zusammenleben sind die Integrationswilligkeit und Integrationsfähigkeit der Ausländer

Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung und Anteile der lohnabhängig Beschäftigten bei Deutschen und Ausländern

Jahr	Ausl. in %	Anteil der Wohn-Gesamt lohnab. Besch. bev. deutsch ausl.
1965	40	1,8% — 33%
1973	178	8,3% — 52%
1977	190	9,4% 34% 43%
1978	196	9,8% 35% 43%
1979	211	10,5% 36% 42%
1980	233	11,7% 36% 41%
1981	246	12,4% 36% 37%

Quelle: Bericht des Innensenats 1981

... Ein langfristiges Ziel der Integration ist die Einbürgerung von Ausländern, insbesondere der zweiten und dritten Generation, die ihre Integrationsbereitschaft im Sinne einer dauernden Hinwendung zu Deutschland bewiesen haben ... Jede Integrationspolitik in Berlin hängt in ihrem Erfolg von einer Begrenzung der Zahl der Ausländer ab ... Die Bundesrepublik Deutschland ist kein Einwanderungsland ... Die CDU-Fraktion spricht sich deshalb für die Begrenzung des weiteren Zuzugs von Ausländern, für die Förderung der Rückkehrwilligkeit und für die Unterstützung der Rückkehr aus ... - Der bestehende Anwerbestopp von Ausländern muß uneingeschränkt aufrechterhalten bleiben. - Die Möglichkeiten zum Zuzug von Familienangehörigen müs-

sen stark eingeschränkt werden:

a) Der Zuzug von Ehegatten ist grundsätzlich nicht zuzulassen.

b) Um durch den rechtzeitigen Besuch der deutschen Schule Möglichkeiten zum Erwerb eines Abschlusses zu geben und damit die Integrationschancen zu verbessern, muß die Familienzusammenführung bis zum Einschulungsalter der Kinder abgeschlossen sein. Die Visumspflicht wird auf alle nachziehenden Kinder ausgedehnt ... Der Senat wird aufgefordert, einen Schulversuch der sog. „reinen Ausländer-Rückkehr-Klassen“ zu erproben ... Bei den bereits vom Senat verabschiedeten Umzugs- und Fahrtkostenhilfen handelt es sich um eine Maßnahme, die sich in erster Linie an den Bedürfnissen rückkehrwilliger arbeitsloser Familien orientiert ...

Asylpolitik ... Das Asylrecht im Sinne des Grundgesetzes mit Leben zu erfüllen, ist nicht nur ein Gebot unserer Verfassung und des darin zum Ausdruck gekommenen christlichen und humanitären Gedankenguts, sondern auch eine in der Geschichte unseres Volkes begründete Verpflichtung. Es ist daher nötig, alle rechtlich möglichen und praktisch gebotenen Maßnahmen zu ergreifen, um einer Gefährdung dieses Rechts und seines Ansehens in der Bevölkerung entgegen zu wirken. Eine solche Gefährdung des Asylrechts stellt insbesondere sein ... Mißbrauch dar ... mehr als 90% der Asylbewerber (sind) aus überwiegend wirtschaftlichen Gründen in die Bundesrepublik gekommen und (haben) sich durch mißbräuchliche Berufung auf das Asylrecht den Zutritt zu unserem Land und den Zugriff auf seine sozialstaatlichen Leistungen erschlichen ...“

Frankreich: Automobilarbeiter im Streik

Seit dem 7. Dezember streiken 7000 Arbeiter im Werk Poissy des französischen Automobilkapitalisten Peugeot-Talbot. Zum Streik haben der Gewerkschaftsbund CGT und der christliche Gewerkschaftsbund CFTD gemeinsam aufgerufen. Der Streik richtet sich gegen den Versuch der Kapitalisten, mit Hilfe von langfristigen zinsverbilligten Staatskrediten umfassende Rationalisierungsmaßnahmen in Poissy durchzuführen. Sie wollen in Poissy die Bandstraßen durch Einsatz von Robotern modernisieren. 2095 Arbeiter sollen entlassen, mehr als 4400 Arbeiter für unbestimmte Zeit kurzarbeiten. Ein Vertreter der CGT im Werk charakterisierte die Pläne der Kapitalisten: „Sie wollen sich die Produktionsumstellung vom Staat und aus der Arbeitslosenversicherung zahlen lassen ... Dann entlassen sie qualifizierte Arbeiter und zahlen den übrigen weniger Geld, obwohl sie mehr Leistung verlangen ... Ich kann mich noch an die Einführung der automatischen Bandstraßen erinnern. Damals haben sie viele ausländische Arbeiter geholt, denen haben sie erst

Grönland: Parlament bekräftigt EG-Austritt

Das grönländische Parlament in Nuuk hat der Europäischen Gemeinschaft das Ultimatum gesetzt, entweder über Fangquoten, Fischereikontrollen und Lizenzen selbst zu entscheiden, oder aber, falls anders auf der EG-Ministertagung am 19./20.12. entschieden wird, die Mitgliedschaft einseitig aufzukündigen, um nach Ablauf der Ausscheidungsfrist aus der EG von einem Jahr selbständig operieren zu können. Regierungschef Motzfeld (Bild) erklärte, Grönland würde zwar anderen Fischereinationen Fangrechte weiterhin zugestehen, dies aber



nicht länger über das EG-Gremium Brüssel, sondern nur in eigener Regie und mit jährlich neuer Festschreibung. Die BRD drängt auf Festlegung der Quoten durch die EG, denn sie holt 87% (1980) ihres

Fischfangs aus der grönländischen See. Der Staatssekretär im Bundesernährungsministerium von Geldern empfiehlt mittels einer Delegation nach Grönland „die zukünftige Zusammenarbeit“ abzuklären. Dabei setzt er auf die weiteren Forderungen Grönlands, zollfreien Zugang zum EG-Markt zu bekommen und größere finanzielle Zuwendungen von der EG für den Aufbau einer eigenen Fischereiindustrie zu erhalten. Sein Kalkül ist eine Einigung auf Grundlage von EG-Zuschüssen, um gleichzeitig die BRD-Fangrechte festzuschreiben. Das wird auch das Vorgehen der BRD auf der EG-Ministerratstagung im Dezember sein.

mal weniger als den Mindestlohn gezahlt.“ Die CGT will die Entlassungen verhindern und verlangt für die Kurzarbeiter Ausgleichszahlungen von den Kapitalisten.

Boykott der Gemeindewahlen

In Azania hat das südafrikanische Siedlerregime zur Bestätigung seines Unterdrückungsregimes und zur Befestigung der Rechtslosigkeit der Schwarzen

in den letzten beiden Wochen Kommunalwahlen in den Gemeinden der Schwarzen durchgeführt. Nach offiziellen Angaben haben sich nur 20% der Azanier beteiligt. Die Beteiligung wird in Wirklichkeit noch weit geringer gewesen sein. In Soweto, der größten Gemeinde mit 1,5 Mio. Bewohnern, beteiligten sich nur 10%. Insbesondere die Vereinigte Demokratische Front und das Nationale Forum hatten zum Boykott aufgerufen.

Erneut Generalstreik in Bolivien

Der Bolivianische Gewerkschaftsbund (COB) hat für den 13. und 14. Dezember erneut einen Generalstreik, diesmal über 48 Stunden, angekündigt. Bereits am 21. November hatte der Gewerkschaftsbund zu einem 24-stündigen Generalstreik aufgerufen. Die Hauptforderung des Gewerkschaftsbundes, die gegen die Regierung und Kapitalisten durchgesetzt werden soll: Garantie eines Mindestlohnes und automatische Anpassung des Lohnes an die Preiserhöhung. Arbeiter aus den Bergwerken des Landes demonstrierten in Protestmärschen zur Hauptstadt La Paz, um den Generalstreik zu unterstützen. Die Regierung hatte im November die Preise für Nahrungsmittel um 70 Prozent und für Benzin um 200 Prozent erhöht. Sie steht unter dem Druck des internationalen Währungsfonds, der weitere Kreditbewilligungen von Preiserhöhungen abhängig macht.

Libanon: Imperialistische Truppen bleiben

Am 8. Dezember haben die Außenminister Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und der USA im Rahmen der NATO-Außenministerkonferenz in Brüssel auch über ihr weiteres Vorgehen im Libanon beraten. Die drei westeuropäischen Imperialisten stellen die größten Kontingente im Rahmen der imperialistischen „Friedenstruppen“ im Liba-

non: Großbritannien 120 Mann, Frankreich 2000 Mann und Italien 2200 Mann. Die US-Imperialisten geben 1700 Mann im Libanon an und lassen ihre Flotte vor der Küste kreuzen. Das Oberkommando über die US-Einheiten hat NATO-Oberbefehlshaber Rogers. Über die Ergebnisse ihrer Beratungen ließen die Außenminister nichts verlauten. Man

habe beraten, „wie die multinationalen Truppen ihre Unterstützung für die Regierung Gemayel erhöhen können“, hatte US-Außenminister Shultz tags zuvor vor einer Beratung mit dem italienischen Außenminister Andreotti berichtet. Die Bundesregierung, die mit der libanesischen Regierung bereits ein Abkommen zwecks Ausbildung von Grenzschutzbeamten abgeschlossen hat, wird die imperialistischen Truppen im Libanon künftig nun auch direkt unterstützen: Einen Tag nach der Außenministerkonferenz billigte der Bundestag mit der Abstimmung über den Haushalt 1984 auch den darin enthaltenen Etat von 7 Mio. DM zwecks Unterstützung dieser „Friedenstruppen“ durch das Auswärtige Amt. Ein Antrag der GRÜNEN, diesen Etat zu streichen, wurde abgelehnt. Noch vor der Außenministerkonferenz hatte das britische Unterhaus einen Antrag der Labour-Partei abgelehnt, die britischen Truppen sofort zurückzuziehen. Bild: britische Truppeneinheiten in Beirut.



Streiks in der Dominikanischen Republik

Die Zuckerarbeiter streiken seit dem 22.11., dem Beginn der Erntesaison. Sie fordern die Garantie eines Mindestlohns in der Höhe des amtlichen Existenzminimums, die wöchentliche und bare Auszahlung der Löhne und die Beschränkung der Arbeitszeit auf zehn Stunden pro Tag. Seit dem 26.11. streiken außerdem 4000 Krankenschwestern. Alle Gewerkschaften des Landes unterstützen den Streik.

Gipfel geplatzt – Bundesregierung sieht „heilsame Aspekte“

Die Konferenz der Regierungschefs und Ministerpräsidenten der EG-Staaten vom 4. bis 6.12. in Athen ist ohne irgendwelche Beschlüsse, selbst ohne gemeinsame Abschlusserklärung auseinandergegangen. Die Teilnehmer der EG-Konferenz haben keine gemeinsame Erklärung über die Gründe für das Scheitern der Konferenz veröffentlicht. So bleibt jeder beteiligten Regierung die Möglichkeit, die Verantwortung für das Scheitern den jeweils anderen in die Schuhe zu schieben und im eigenen Land die Interessen der eigenen Bourgeoisie als „europäisches Interesse“ vorzuführen.

Bundeskanzler Kohl deutete vor dem Bundestag am 7.12., zwar blumig verkleidet, aber deutlich erkennbar, das Vorgehen der Bundesregierung auf der Athener Konferenz an:



Die scharfe Konkurrenz in der EG treibt die Kapitalisten zu immer heftigeren Angriffen auf die Arbeiter. Bild: Streik Peugeot-Poissy

„Ich verhehle überhaupt nicht meine Enttäuschung über diese Entwicklung, aber – das füge ich hinzu – ich habe auch keinen Anlaß, an dieser Stelle Schuldzuweisungen gegenüber Kollegen aus anderen Ländern vorzunehmen ... Die Haushaltskrise in der Gemeinschaft und der Mißerfolg in Athen werden, wie ich hoffe, den Prozeß des Umdenkens und damit die Notwendigkeit wachsender Kompromißbereitschaft fördern. Dieser Prozeß – das war offenkundig – war in Athen noch nicht weit genug vorangeschritten, jedenfalls nicht weit genug, um einen Abschluß zu ermöglichen.“

Die mangelnde Kompromißbereitschaft beklagt Kohl bestimmt nicht bei sich selbst. Dem Gesagten ist zu entnehmen, daß der Bundesregierung *noch* nicht gelungen ist, ihre Vorstellungen von Finanz- und Agrarreform

gegenüber den anderen Mitgliedsländern durchzusetzen. Da sie aber keinesfalls vor hat, von ihrem Vorhaben abzulassen, hat sie den Gipfel platzen lassen. Ihre Vorhaben charakterisierte Kohl in derselben Rede genüßlich: „Diese Maßnahmen greifen tief in nationale Interessen und auch Besitzstände ein.“ Genscher ergänzte, mehrere Staaten hätten an den – unter westdeutscher Führung im vergangenen Sommer beschlossenen – „Stuttgarter Fesseln“ gerüttelt.

Der „Bonner Generalanzeiger“ deutet die Richtung an, in die die Bundesregierung marschiert:

„Das Scheitern des Gipfels hat einen möglichen heilsamen Aspekt. Denn der Mißerfolg war immerhin der bisher geübten Praxis vorzuziehen, um des EG-Friedens willen einfach den Finanzrahmen auszudehnen ohne Bedingung.“

Die italienische Zeitung „Corriere de la Serra“ hingegen ist viel präziser in der Festlegung der Verantwortlichen, sie polemisiert gegen die Bundesregierung und stellt fest:

„Die ersten deutschen Kommentare beklagen in allgemeiner Form den Vorrang ‚nationaler Egoismen‘, die alle Länder in Athen an den Tag gelegt hätten. Es ist aber für niemanden ein Geheimnis, daß Deutschland neben England zu denjenigen gehört hat, die am erbittertsten die eigenen Interessen vertreten haben, z.B. durch die Ablehnung eines Verzichts auf die Grenzausgleichszahlungen und durch die Zurückweisung des in letzter Minute durch Griechenland vorgelegten Kompromißplans. Indem er die in der Vergangenheit von Deutschland getragenen finanziellen Lasten unterstrichen und deren Senkung verlangt hat, hat sich Kohl auf eine Position begeben, die sich nicht sehr von der Frau Thatchers unterscheidet.“

Der „Grenzausgleich“ geht zurück auf die von den westdeutschen Kapitalisten in den letzten Jahren erzwungenen Abwertungen der Währungen ihrer Konkurrenten in der EG. Angeblich, um die westdeutschen Bauern vor billigen Agrareinfuhren infolge dieser Abwertungen zu schützen, haben die westdeutschen Imperialisten seitdem einen Zollschutz gegen Agrareinfuhren aus der EG unter dem Namen „Grenzausgleich“ errichtet, während sie gleichzeitig ihre Agrarausfuhren in die anderen EG-Staaten mit dem gleichen Hinweis auf die Abwertungen der anderen Währungen beständig aus EG-Kassen subventionieren lassen.

Die britische Regierung hat als einzige von Anfang an mitgeteilt, daß sie das Scheitern der Konferenz einkalkuliert habe. Die Zeitung „The Guardian“ berichtet:

„Mrs. Thatcher beschwerte sich energisch, daß den britischen Vorschlägen nicht ... sorgfältig Rechnung getragen wurde. Dies werde beim nächsten Mal anders sein, sagte sie mit grimmigem Wohlbehagen voraus.“

Auch Bundeskanzler Kohl wartet auf den nächsten „Gipfel“, bis dahin müsse die Regierung vor allem „die Nerven behalten“, erklärte er im Bundestag. Bis dahin – das legt das Haushaltsverfahren der EG fest – darf der Haushalt 1984 nur monatlich festgelegt werden und nicht höher sein als 1983. Bis dahin ist also auch festgeschrieben, daß keine Erhöhung der Agrarpreise, also auch nicht der Erzeugerpreise für die Bauern, stattfinden darf. Bis dahin ist auch eine weitere Festlegung der Stahlquotenregelung offen. Das paßt den westdeutschen Stahlmonopolen nicht übel, so können sie ihren Konkurrenzfeldzug gegen andere europäische Stahlmonopole ungehindert fortsetzen. Schließlich haben die Bundesregierung und die britische Regierung durch das Verhindern jeglicher Beschlußfassung auch eine EG-offizielle Verurteilung der Spaltung Zyperns vermieden, diesen Beschluß hatte die griechische Regierung angestrebt.

Quellenhinweis: Handelsblatt v. 1. bis 12.12.; Corriere de la Serra, Le Figaro, The Guardian v. 7.12.; Bulletin der Bundesregierung Nr. 135 v. 9.12.83 – (uld)

Niederlande

Niederlage im Kampf gegen Lohnsenkung

Am 2. Dezember haben die vier Gewerkschaften in den Niederlanden, die in den vergangenen Wochen die Kundgebungen, „Dienst nach Vorschrift“-Aktionen und Warnstreiks der Beschäftigten im öffentlichen Dienst gegen die Lohnsenkungspläne der Regierung organisiert hatten, ihre Mitglieder zum Abbruch der Kampfaktionen aufgefordert. Wenige Tage zuvor hatten Kapitalisten und Regierung weitere Gerichtsurteile gegen die Streikenden erwirkt, in denen verschiedene Gerichte – nach dem Verbot weiterer Aktionen bei der Brief- und Paketzustellung der Post durch ein Gericht in Den Haag – nun auch den Lohnabhängigen bei der Müllabfuhr und bei den kommunalen Verkehrsbetrieben eine Fortführung ihrer Aktionen untersagten.

Diese Niederlage ist gleich in mehrfacher Hinsicht bitter. Erstens, weil die 1 Million Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst damit zum 1.1.84 die tariflich vereinbarte halbjährliche „Inflationsanpassung“ ihrer Löhne in Höhe von 2,5% nicht gezahlt bekommen und zudem eine nominale Senkung ihrer Löhne um weitere 3% hinnehmen müssen – zusammen sind das bei der

gegenwärtigen Teuerung in den Niederlanden Reallohnsenkungen von 9,5%. Zweitens wird die niederländische Regierung diesen Erfolg zum Anlaß nehmen, das Streikrecht der Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst, ohnehin nicht gesetzlich verankert und jederzeit durch einzelne Gerichtsurteile – wie nun geschehen – aufhebbar, nun weiter einzuschränken und wenn möglich ganz zu beseitigen. Drittens hat das niederländische Parlament nach dem Abbruch der Aktionen am 9. Dezember auch den übrigen Haushalt der Regierung für 1984 gebilligt und damit weitere Senkungen der Renten, der gesetzlichen Mindestlöhne, des Kranken- und des Arbeitslosengeldes um ebenfalls nominal 3% zum 1.1.84 in Kraft gesetzt. Und viertens werden die niederländischen Kapitalisten den Erfolg der Regierung gegen die Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst nun dazu zu nutzen versuchen, um auch ihrerseits in den Tarifaueinandersetzungen mit den Gewerkschaften – der Metalltarif etwa läuft Ende März/Anfang April aus – weitere Lohnsenkungen durchzusetzen.

Nur in einem Punkt hat die Regierung gegenüber den Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst nachgeben müssen. Ihre anfängliche Ankündigung, auch in den Jahren 1985 und 1986 die Gehälter im öffentlichen Dienst weiter senken zu wollen, mußte die Regierung zurücknehmen. Die Gewerkschaften wollen nun in Verhandlungen mit der Regierung auf schriftliche Zusicherungen drängen.

Quellenhinweis: taz, 5.12.83; Handelsblatt, 3.12. bis 13.12.83; Wall Street Journal, 30.11.83 – (rull)

Italien

BRD will Stahl-Konkurrenten ausschalten

Eine Einschränkung der Stahlproduktion um 7,8 Mio. Tonnen, etwa ein Drittel, hat EG-Kommissar Davignon von der italienischen Regierung verlangt. Das EG-Dekret läuft auf die Schließung von zwei der vier größten Stahlwerke, Stilllegung zahlreicher kleinerer und dauernde Abhängigkeit von Stahlimporten, vor allem aus der BRD, hinaus.

Eine Sonderquote von 1,2 Mio. Tonnen für das Stahlwerk Neapel-Bagnoli, mit 7000 Arbeitern und vielen Zulieferbetrieben eine wirtschaftliche Stütze der verelendeten Stadt, hat die EG abgelehnt. Die Regierung wiederum macht von der Gewährung der Sonderquote die Wiedereröffnung des vor einem Jahr unter dem Vorwand von Modernisierungsarbeiten „vorübergehend“ geschlossenen Werkes abhängig. Der staatliche Stahlkonzern

Finsider, zu dem auch Bagnoli gehört, will seine Belegschaften von jetzt 84000 auf 59000 abbauen, größtenteils durch vorzeitige Verrentung. Um die Arbeiter zu demoralisieren, stellen die Finsider-Bosse die Auszahlung des Weihnachtsgeldes in Frage, wegen „Liquiditätskrise“.

In den letzten Jahren hat die italienische Stahlindustrie – zum Teil durch Umgehung der EG-Quoten – ihre Produktion halten können, während der Ausstoß in der BRD und Frankreich von 1979 bis 1982 um ein Fünftel, in England sogar um mehr als ein Drittel gesunken ist. Italien ist der zweitgrößte Stahlproduzent in der EG. Mit den jetzt verfügbaren Produktionseinschränkungen würde den westdeut-



Neapel: Eisenbahnblockade gegen die Schließung des Stahlwerks Bagnoli.

schen Stahlkonzernen der einzige ernsthafte Konkurrent innerhalb der EG vom Halse geschafft.

Die großen Stahlwerke mit eigener Erzverhüttung sind in den 70er Jahren mit hochmodernen Anlagen ausgerüstet worden. Das hat die italienische Stahlindustrie zu einem aggressiven Preiskampf um Marktanteile ebenso befähigt wie – wegen der hohen Finanzierungskosten – gezwungen.

Andererseits wird mehr als die Hälfte des italienischen Stahls – mehr als irgendwo sonst in der EG – in Elektrostahlwerken aus Schrott gewonnen. Ein großer Teil davon geht, vor allem als Baustahl, ins Ausland. Aber: die Hälfte des Schrotts muß eingeführt werden. Das nutzen die BRD-Imperialisten jetzt zu einem Vernichtungsschlag gegen den lästigen Konkurrenten. Seit einigen Monaten werden Schrottlieferungen in Drittländer umgelenkt, was die italienischen Stahlkapitalisten zu Importen aus den USA zwingt. Schrott kostet in Italien jetzt 80% mehr als zu Jahresbeginn.

Quellenhinweis: l'Unità Nov./Dez.; Rassegna Sindacale 35/82, 35/83 – (ulg)

Greyhound Nach vier Wochen Streik Einigung

Am 3.11. waren 12700 Beschäftigte der Greyhound-Buslinien in den Streik getreten. Nach Auslauf des Dreijahres-Tarifvertrages am 31.10.83 hatten die Kapitalisten ultimativ von den Arbeitern Kürzungen der Löhne und Sozialleistungen verlangt, die nach Angaben der Gewerkschaft ATU (Vereinigte Verkehrsgewerkschaft) 20 bis 25% Einbußen bedeutet hätten. Schon vor Ablehnung ihres „Angebotes“ hatte Greyhound begonnen, Streikbrecher als Busfahrer im Schnellverfahren auszubilden. Nach 14 Tagen Streik versuchten sie mit Streikbrechern am 17.11. vergeblich, den Busverkehr wieder aufzunehmen. Der AFL/CIO hatte gleichzeitig seine Mitglieder zum Boykott des Unternehmens aufgerufen. In vielen Städten fanden Solidaritätsdemonstrationen anderer Gewerkschaften statt, um zusammen mit den Streikenden die Ausfahrt der Streikbrecher zu verhindern. So blockierten 50 Lastwagen der Teamster Gewerkschaft (Transportarbeitergewerkschaft) den Busbahnhof in Philadelphia. Tausende demonstrierten in Boston. Über 100 Arbeiter wurden verhaftet und in einigen Städten wurden Spezialeinheiten der Polizei gegen die Streikenden eingesetzt. Nach drei Wochen Streik legten die Kapitalisten ein „verbessertes Angebot“ vor, das nach Angaben der Gewerkschaft immer noch ein Minus von mehr als 19% bedeutete. 96% der Gewerkschaftsmitglieder lehnten ab. Verhandlungen über einen Vermittler haben am 3.12. zu einer vorläufigen Einigung geführt. Die Gewerkschaft will den Streik weiterführen, bis der neue Tarifvertrag unterzeichnet ist.

Die Greyhound-Kapitalisten hatten ihre unverschämten Forderungen mit den am 20. November 1982 in Kraft getretenen Änderungen der Gesetzgebung für das Transportgewerbe begründet. Vorher waren unter anderem Mindestfahrpreise festgelegt, die sichere Profite auf viel benutzten Buslinien brachten. Dafür mußte der Busunternehmer aber weniger profitliche Linien auf dem Lande und zwischen kleinen Städten betreiben. Die Ausgabe von Lizenzen und Betreiben einer Buslinie war beschränkt. Wie Continental-Airline lassen die Greyhound-Kapitalisten sich nun als „Opfer“ der neuen Gesetzgebung darstellen: Um gegen die nun freie und gewachsene Konkurrenz anderer Unternehmer bestehen zu können, müßten sie ihre Personalkosten drastisch senken, und wenn nicht mit gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten, dann eben mit anderen.

Die Gewerkschaften nennen eine solche Politik Union-busting (die Gewerkschaft zerschlagen). Begonnen hatte diese Politik im großen Stil die Reagan-Regierung: Mit der Entlassung von 12013 streikenden Fluglotsen 1981. Fortgeführt hatten diese Politik die Continental-Airline-Kapitalisten, die kurzerhand Bankrott anmeldeten, um die gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten, die sich immer noch im Streik befinden, entlassen zu können. Greyhound versucht es nun ohne solchen Vorwand, ihre Geschäftsberichte weisen steigende Gewinne aus.

In dieser Situation haben die Greyhound-Arbeiter die aktive Unterstützung aller AFL/CIO-Gewerkschaften und nach vier Wochen Streik so wie der jetzt angekündigten Einigung sieht es nicht so aus, als ob die Greyhound-Kapitalisten damit durchkommen würden, 12700 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter durch Streikbrecher zu ersetzen und damit die Gewerkschaft aus ihrem Geschäft zu vertreiben. Vor-aussehbar ist jedoch soviel: Dieser Sieg wird von den Beschäftigten mit materiellen Einbußen teuer bezahlt. Die jetzige Empfehlung, die den Gewerkschaftsmitgliedern zur Abstimmung vorliegt, sieht eine Lohnkürzung um 7,8% vor. Andere Kürzungen und Verschlechterungen konnten z.T. gemildert, z.T. verhindert werden. Die Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses wird für den 20.12. erwartet.

Quellenhinweis: AFL/CIO News, Philadelphia Inquirer, versch. Ausgaben bis 12.12.83 - (her)

DDR

Stellung des FDGB zur Schichtarbeit

Auf den Tagungen des ZK der SED nehmen die Klagen über unzureichende Arbeitsdisziplin und Arbeitsorganisation zu. Seit Anfang der 70er Jahre rücken bei der Begründung für die Erhöhung des Arbeitstempos und die Zunahme der Schichtarbeit mehr und mehr die „Erfordernisse des Weltmarkts“ in den Vordergrund. So heißt es z.B. im Bericht des Politbüros auf der 3. Tagung des ZK der SED Ende 1981: „Heute muß man sagen: Was zur Bewältigung der außenwirtschaftlichen Anforderungen beiträgt, was gut für unseren Außenhandel ist, das ist von ausschlaggebender Bedeutung für unsere ganze Volkswirtschaft, ist gut für die DDR. Man kann schon sagen, mit unerbittlicher Härte hat sich der Konkurrenzkampf zugespitzt.“

Die Ausdehnung der Schichtarbeit wird vom FDGB etwa folgendermaßen verteidigt: „Es geht ... um die volle Auslastung der hochproduktiven Maschinen, um zum Wohle des Volkes ei-

nen hohen Leistungszuwachs der Volkswirtschaft zu sichern. Deshalb nehmen wir als Gewerkschaft darauf Einfluß.“ (FDGB-Rundschau 2/83)

Die Schichtarbeit ist in der DDR im letzten Jahrzehnt kontinuierlich ausgeweitet worden. 1965 lag die zeitliche Ausnutzung hochproduktiver Maschinen in der Industrie bei 11,2 h, 1981 bei 15,1 h. 1972 arbeiteten 59% der Industriearbeiter einschichtig, 15% zwei- und 26% dreischichtig, 1981 waren es 58% (einschichtig), 13% (zweischichtig) und 29% (dreischichtig) – bei steigender Anzahl der Industriearbeiter.

Das Bemühen des FDGB zielt vor allem darauf, die Arbeits- und Lebensbedingungen der Schichtarbeiter zu verbessern. Die Schichtprämien, die alle Schichtarbeiter („ausgenommen Direktoren und Fachdirektoren“) bekommen, betragen 50% des Tariflohns, wobei eine Mindestprämie festgelegt ist, und werden für Steuer und Sozialversicherungsabgaben nicht angerechnet.

Schichtarbeiter erhalten auch bis zu neun Tage mehr Urlaub (z.B. Frauen mit Kindern im Vorschulalter). Die Arbeitszeit in der Nachtschicht beträgt nur sechs Stunden. Schichtarbeiter werden bei der Wohnungszuweisung bevorzugt behandelt, ebenso bei Ferienplätzen und der Vergabe von prophylaktischen und Heilkuren. Für schwangere Frauen und stillende Mütter sowie für Jugendliche unter 18 Jahren ist Nacharbeit verboten. Frauen mit Kindern im Vorschulalter können Nacharbeit ablehnen.

Gegenwärtig bemüht sich der FDGB darum, die Versorgung der Arbeiter in allen Schichten mit warmen Mahlzeiten sicherzustellen. 72% aller Arbeiter in Schichtbetrieben können in jeder Schicht warme Mahlzeiten essen.

Quellenhinweis: FDGB-Rundschau, Tribüne, Arbeitsgesetzbuch der DDR, Statistisches Taschenbuch der DDR, 1982 - (doz)

Indien

Kohl lotet Expansionsmöglichkeiten aus

Am 6. November besuchte H. Kohl die indische Ministerpräsidentin I. Gandhi, wobei er betonte, daß dies nicht sein letzter Besuch in Indien sein werde. Das glaubt man ihm gerne, nachdem jetzt verschiedene imperialistische Länder zunehmend ins Schwärmen geraten über die „verlockenden Möglichkeiten des indischen Marktes“ (Neue Zürcher Zeitung). Dies konnte allerdings erst geschehen, nachdem Indien bisher bestehende Importbeschränkungen für ausländische Kapitalisten erheblich gelockert hatte. Dies war im Zusammenhang mit der Vergabe des

IWF-Kredits von rd. 5 Mrd. Dollar 1982 zur Auflage gemacht worden.

Das Engagement der Bundesregierung kommt nicht von ungefähr gerade jetzt. Nachdem erst einmal die Kreditfähigkeit Indiens geprüft worden war (von einem 1982 gewährten Kredit über 7,6 Mio. DM sind jetzt 3,3 Mio. DM zurückgezahlt), westdeutsche Kreditinstitute eingeführt (die Bundesregierung kürzte 1982 die Entwicklungshilfeforderungen und bot an, die Restsumme für die eigentlich vorgesehenen 360 Mio. DM durch Kredite der „Kredit-Bank für Wiederaufbau“ (KfW) aus Frankfurt auffüllen zu lassen, die indische Regierung sagte zu), will jetzt die Kölner „Deutsche Gesellschaft für Investitionen in Entwicklungsländern“ (DEG) ab Januar 1984 einen ständigen Vertreter nach Indien entsenden, der dort auskundschaften soll, wo westdeutsche Kapitalisten die besten Anlagemöglichkeiten haben.

Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Warnke (CDU) war bereits im September in Indien gewesen, um dort die bereits laufenden Projekte westdeutscher Kapitalisten zu inspizieren. Dabei äußerte er sich erfreut über die verbesserten Importmöglichkeiten für ausländische Kapitalisten. Indien selbst dagegen hat es äußerst schwer, Produkte in die EG und die BRD zu importieren. Selbstverständlich besichtigte Warnke die in erster Linie von Siemens/Kraftwerksunion errichteten und betriebenen Kraftwerke in Hardwar, Tiruchi und Hyderabad. Siemens hat einen Löwenanteil der Aufträge der indischen Regierung für die Modernisierung des indischen Elektrizitätsverbundes erhalten, wobei zwar das indische Großunternehmen BHEL beteiligt ist, kleinere indische Unternehmen aber ausgebootet wurden. Proteste dagegen waren von der Regierung zurückgewiesen worden.

Indien hatte noch in den letzten Jahren versucht, eigene Industrie, besonders Elektro- und Maschinenbau, zu installieren und zu fördern. Nachdem allerdings ausländische Kapitalisten unter Ausnutzung der schlechten Wirtschaftslage Indiens (1980 war ein extrem schlechtes Erntejahr) und der Ausnutzung der Auflagen des IWF verstärkt auf den indischen Markt gedrungen waren, war das nicht mehr gelungen.

Da Indiens Regierung unter I. Gandhi gegen Streiks und Arbeitskämpfe (s. a. Textilarbeiterstreiks in Bombay) insbesondere in den Schlüsselindustrien äußerst hart vorgeht, ist das „Klima“ jetzt wohl so, daß die Bundesregierung „mehr als zufrieden“ (Warnke in Indien) sein kann.

Quellenhinweis: Neue Zürcher Zeitung, 8.11.1983; Far Eastern Economic Review 6.10.1983; The Hindu, Madras, 7.9.1983 - (cog)

Ziele der Frontorganisationen und die Stellung der Gewerkschaften

Die Gründungsdokumente der beiden 1983 in Azania gebildeten Frontorganisationen, Vereinte Demokratische Front (UDF) und Nationales Forum (NFC), spiegeln die Fortschritte der Widerstandsbewegung gegen die kapitalistische Herrschaft der weißen Minderheit wieder. Sie drücken das Bedürfnis aus, alle Kräfte, die ein Interesse daran haben können, die Einheit des Volkes in Azania herzustellen, zu erreichen und ihnen eine Organisation zu bieten, die gemeinsames Handeln organisieren kann. Beide Organisationen sind Zusammenschlüsse von mehreren hundert Einzelorganisationen. Beiden gemeinsam ist die Zielsetzung, die Verfassungsreform der Regierung zu bekämpfen sowie alle weiteren Gesetze, die ausschließlich die Spaltung des Volkes und die endgültige Austreibung der schwarzen Azanier in Reservate, die Konzentrationslager sind, bewirken und besiegeln sollen. Beide umschließen vielfältige Anliegen, die aus der Gegnerschaft zur derzeitigen Regierung entspringen und bemühen sich, die Aktionseinheit gegen die genannten staatlichen Maßnahmen herzustellen. Sie erklären, daß sie nicht gegeneinander gerichtet sind und weisen eine Reihe von Doppelmitgliedschaften auf.

Die Unterschiede sind jedoch erkennbar, und die heftige Debatte, die Fragen wie die Klassenzusammensetzung, die eine Frontorganisation haben sollte, mögliche Teilnahme der „weißen Linken“ sowie die Stellung gegenüber dem Rassismus der herrschenden weißen Klasse behandelt, wird geführt, um Punkte, über die offensichtlich Uneinigkeit herrscht, zu klären.

Das nationale Forum, das seine Ziele im „Manifest des azanischen Volkes“ niedergelegt hat, spricht sich für die selbständige Organisation der Arbeiterklasse aus und hat das Koalitionsrecht in den Forderungskatalog aufgenommen. Mit dem Festhalten am Prinzip des „Antirassismus“ und mit dem Ziel der Errichtung einer „antirassistischen Arbeiterrepublik“ sucht das NFC Verbündete zu gewinnen für die Erkämpfung einer sozialistischen Demokratie in Azania, in der die Arbeiterklasse das Volk führt. Schwierigkeiten bestehen in der Bestimmung des Verhältnisses der schwarzen Arbeiterklasse zu den Interessen der Farbigen. Dem in diesem Jahr erneut gebildeten Indischen Kongreß von Transvaal (TIC) wirft das NFC vor, er organisiere ethnische Sonderinteressen. Das NFC kennt zwar die Furcht der ethnischen

Minderheiten, auf den Standard der schwarzen Bevölkerung herabgedrückt zu werden, hegt jedoch nicht grundlos Bedenken, die Inder, in ihrer Mehrheit dem Kleinbürgertum und den besser ausgebildeten und bezahlten Arbeiter- und Angestelltenschichten zugehörig, könnten von liberalen Organisationen vom Widerstand abgespalten werden. Nur gestreift ist in der Plattform eins der bedeutendsten Probleme, die Berücksichtigung der Interessen der Landarbeiter und landlosen Bauern in der Frontorganisation.

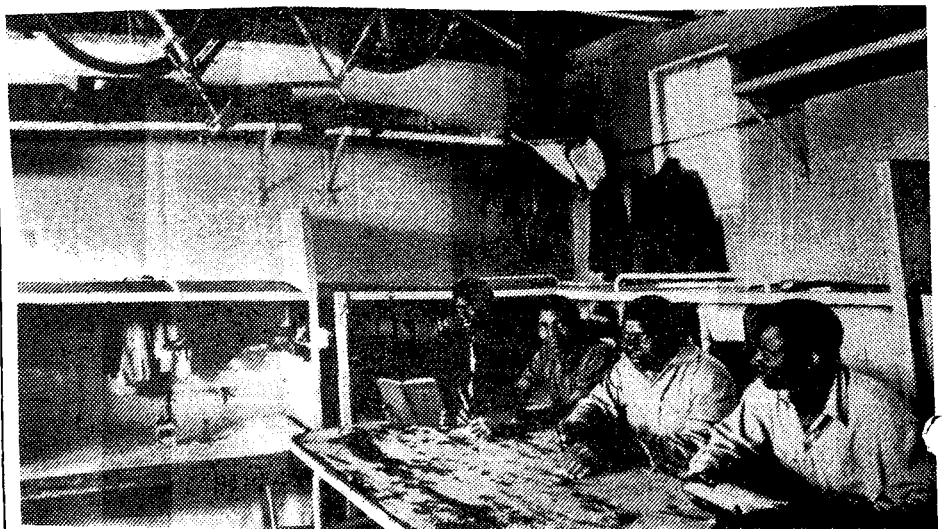
Anders verfährt die Vereinte Demokratische Front in den genannten Fragen. In ihrer „Erklärung“ verzichtet sie auf alle Forderungen, die sich auf eine bestimmte Klasse beziehen. Desgleichen sind in ihrem Forderungskatalog keine Forderungen enthalten, die sich direkt auf die Arbeits- und Repro-

den, definiert werden soll. Offen bleibt nicht zuletzt, ob die Front sich gegebenenfalls mit einem kapitalistischen System, in dem bloß die Apartheid beseitigt ist und die Gleichstellung aller Einwohner des Landes als Bürger hergestellt ist, einverstanden erklären könnte.

Unter den Organisationen, die Mitglied in den Frontorganisationen geworden sind, finden wir eine Reihe von Gewerkschaften, deren Funktionäre auch für die Teilnahme an den Leitungsgremien gewonnen werden konnten. Andererseits gibt es Gewerkschaften mit großer Mitgliedschaft, die einen Beitritt nicht für richtig halten.

Die Gründe, die sie vorbringen, entspringen einerseits der Sorge, daß eine spalterische Wirkung zustandekäme, wenn sie einer der beiden Frontorganisationen beitreten und der anderen nicht, weil in der Regel Gewerkschaftsmitglieder in der einen oder der anderen arbeiten. Wohlerwogene Gründe anderer Art wollen wir darstellen am Beispiel der Workers' Union (GWU, Allgemeine Arbeiterunion). Sie arbeitet vor allem in der Kapregion und umfaßt rund 10 000 Mitglieder.

Der Generalsekretär der GWU, David Lewis, legte die Gründe, die gegen



Unterkunft für Wanderarbeiter

duktionsbedingungen der Arbeiter bezögen. Grund dafür ist ihre Vorstellung, daß eine breite Front im national-demokratischen Kampf gebildet werden muß, die alle Gruppen und Schichten, die das Apartheidsystem und alle neueren zu seiner Aufrechterhaltung geschaffenen Gesetze bekämpft. Die einbeziehenden Kräfte erstrecken sich nach ihrer Vorstellung auch auf Teile der Kleinbourgeoisie und schließen Weiße, Farbige und Schwarze ein. Die Indischen Kongresse von Transvaal und Natal sind Mitglieder in der UDF. Unklar ist, wer von der „wirklichen Demokratie“ ausgeschlossen sein wird und wie die Nation, die alle „Südafrikaner“ bilden wer-

den Beitritt sprechen, in einem Interview mit der in Südafrika erscheinenden Zeitschrift „World in Progress“ dar. Er sieht zwei hauptsächliche Schwierigkeiten. Die eine liegt in der unterschiedlichen organisatorischen Struktur. Die Mitgliedsorganisationen der UDF seien in der Regel Zusammenschlüsse von Aktivisten, die ihre Verbindung zu den Massen durch Propaganda herstellen. Ihre politischen Ansichten seien gleich, denn sie bildeten die Grundlage für ihren Organisationszweck. Dies sei nicht der Fall bei Gewerkschaften. Sie könnten nicht einfach die politischen Ansichten ihrer Mitglieder zusammenfassen und in einem anderen Zusammenschluß wie der

Dokumente der Frontorganisationen

Das Nationale Forum Komitee (NFC) führte im Juni 1983 einen nationalen Kongreß durch, auf dem das folgende „Manifest“ für die Diskussion mit allen Interessierten beschlossen wurde. Eine weitere Beratung über das Manifest soll im Frühjahr 1984 stattfinden. Die Vereinigte Demokratische Front (UDF) führte ihren nationalen Gründungskongreß im August durch. Aus der Gründungserklärung dokumentieren wir Auszüge.

Manifest des Azanischen Volkes

Unser Kampf für nationale Befreiung richtet sich gegen das System des rassistischen Kapitalismus, das das Volk von Azania zum Nutzen einer kleinen Minderheit weißer Kapitalisten und ihrer Verbündeten, den weißen Arbeitern und reaktionären Teilen der schwarzen Mittelklassen, in Fesseln hält. Der Kampf gegen Apartheid ist nichts weiter als der Ausgangspunkt für unsere Befreiungsbemühungen. Apartheid wird erst mit dem System des rassistischen Kapitalismus ausgerottet werden.

Die schwarze Arbeiterklasse, inspiriert von revolutionärem Bewußtsein, ist die treibende Kraft unseres Kampfes. Sie allein kann das heute bestehende System überwinden, denn nur sie hat überhaupt nichts zu verlieren. Sie hat eine Welt zu gewinnen in einem demokratischen, anti-rassistischen und sozialistischen Azania. Es ist die historische Aufgabe der schwarzen Arbeiterklasse und ihrer Organisationen, die städtischen und ländlichen Armen zusammen mit den radikalen Teilen der Mittelklasse zu mobilisieren, um dem System der Unterdrückung und Ausbeutung durch die herrschende weiße Klasse ein Ende zu bereiten.

Die erfolgreiche Leitung des nationalen Befreiungskampfes hängt von der festen Grundlage von Prinzipien ab, die uns garantieren, daß der Befreiungskampf nicht durch verräterische und opportunistische „Führer“ gegen unser Volk gerichtet wird. Die wichtigsten dieser Prinzipien sind:

- Anti-Rassismus und Antiimperialismus
- Keine Kollaboration mit dem Unterdrücker und seinen politischen Instrumenten
- Unabhängige Organisation der Arbeiterklasse

– Opposition gegen alle Bündnisse mit Parteien der herrschenden Klasse

In Übereinstimmung mit diesen Prinzipien fordert das unterdrückte und ausgebeutete Volk von Azania unverzüglich:

- a) das Recht auf Arbeit;
- b) das Recht, Gewerkschaften zu bilden, die das revolutionäre Arbeiterbewußtsein stärken;
- c) die Errichtung einer demokratischen, anti-rassistischen Arbeiterrepublik in Azania, in der die Interessen der Arbeiter durch Arbeiterkontrolle über die Produktionsmittel, Distribution und Austausch an erster Stelle stehen sollen;
- d) Staatliche Maßnahmen zur Einführung allgemeiner Schulpflicht und freier Zugang zur Erziehung, die auf die Befreiung des azanischen Volkes und von allen Formen der Unterdrückung, Ausbeutung und Unwissenheit ausgerichtet ist;
- e) staatliche Bereitstellung angemessener und annehmbarer Wohnungen;
- f) staatliche Bereitstellung freier Gesundheits-, Rechts-, Erholungs- und anderer Gemeinschaftsdienste, die auf die tatsächlichen Bedürfnisse der Bevölkerung eingehen werden;
- g) Entwicklung einer fortschrittlichen nationalen Kultur im Verlauf des Kampfes;
- i) die Nutzung des Landes und seiner Früchte solle darauf ausgerichtet sein, alle Formen und Mittel der Ausbeutung zu beenden.

Um diese Forderungen des azanischen Volkes zu verwirklichen, verpflichten wir uns, unermüdlich zu kämpfen für:

1. die Abschaffung aller Gesetze, die unser Volk auf der Grundlage von Hautfarbe, Geschlecht, Religion und Sprache diskriminieren;
2. die Abschaffung aller Zwangskontrollmaßnahmen und Paßgesetze;
3. die Abschaffung aller Zwangsumsiedlungen und Umsiedlungen nach dem Gesetz zur Schaffung von Gruppenregionen;

4. Wiedereingliederung der Bantustans, der Schuttbladeplätze für Menschen, in ein geeintes Azania.

Gründungserklärung der Vereinten Demokratischen Front (UDF)

Wir, das freiheitsliebende Volk von Südafrika, bekunden der ganzen Welt mit einer Stimme: Wir werden an der Vision eines vereinten demokratischen Südafrika auf der Grundlage des Volkswillens festhalten und durch vereinte Aktionen gegen das Übel der Apartheid und ökonomische und alle anderen Formen von Ausbeutung für die Einheit unseres ganzen Volkes eintreten und uns auf unserem Weg zu einem freien und gerechten Südafrika von diesen ehrenhaften Idealen leiten lassen:

Wir treten ein für die Schaffung einer wirklichen Demokratie, in der alle Südafrikaner an der Regierung unseres Landes teilnehmen werden.

Wir treten ein für ein einziges, nicht-rassistisches, nicht zerstückeltes Südafrika, ein Südafrika frei von Bantustans und Regionen für die einzelnen Gruppen.

Wir sagen: alle Formen der Unterdrückung und Ausbeutung müssen enden ...

Wir beschließen daher, in unserem gemeinsamen Kampf Schulter an Schulter zu stehen und verpflichten uns zusammenzuarbeiten, um alle Gemeinde-, Arbeiter-, Studenten-, Frauen-, Religions- und andere Organisationen unter dem Banner der Vereinten Demokratischen Front zu organisieren und zu mobilisieren, unser Volk regelmäßig und gewissenhaft zu konsultieren und unerschrocken uns dafür einzusetzen, ihre Ansichten und Wünsche zu vertreten, alle über kommende Gefahren und die Notwendigkeit zur Einheit zu unterrichten, alle Organisationen des Volkes aufzubauen und zu festigen und in der Aktion gegen diese Gesetze und andere täglich unser Volk betreffenden Probleme gemeinsam zu handeln.

Und deshalb geloben wir, uns in dieser Vereinten Demokratischen Front zusammenzuschließen und Seite an Seite gegen die Verfassungsvorschläge und die Koornhofgesetze der Regierung zu kämpfen.

Quelle: Informationsdienst Südl. Afrika Nr. 9/1983

UDF vertreten. Ihr Organisationszweck beruhe nicht auf einer einzigen politischen Anschauung, vielmehr herrschten hier gerade Unterschiede. Zahlreiche Mitglieder hätten sogar überhaupt kein politisches Interesse, erwarteten aber sehr wohl, daß die Gewerkschaften ihnen behilflich sind, ihre jeweiligen Kapitalisten zu bekämpfen.

Die zweite Hauptschwierigkeit bestehe in der unterschiedlichen Klassenzusammensetzung. Während die Gewerkschaften sich ausschließlich der Organisation von Arbeitern widmeten, umfasse die UDF mehrere Klassen und Schichten. Die Gefahr bestehe, daß die Gewerkschaft genötigt sei, Kompromisse zu schließen, die sich gegen ihren Organisationszweck richten würden:

„Entscheidend ist nicht primär, daß die Gewerkschaft die Organisation einer Klasse ist, sondern daß sie eine Organisation der

Arbeiterklasse ist ... Dies bedeutet, daß sie (die Arbeiter) als die Quelle ihrer Unterdrückung die Kapitalisten und den Staat erkennen ... Studenten- und Gemeindeorganisationen“ und, wenn auch nicht korrekt, Frauenorganisationen neigen dazu, den Staat als die Quelle ihrer Unterdrückung zu erkennen. Dies bedeutet, daß sie unvermeidlich klarer politisch definiert sind ...

Sie brauchen die Kapitalisten im Kampf nicht in derselben Weise zu berücksichtigen, wie das die Arbeiter in einer Gewerkschaft tun ... Mir ist bewußt, daß dies uns dem in letzter Zeit in Mode gekommenen Vorwurf aussetzt, wir seien ökonomistisch ... Es muß anerkannt werden, daß die Arbeiter eine ganz besondere Gruppe in der Gesellschaft sind. Sie sind die Klasse, wenn auch der Ausdruck unmodern sein mag, die den Reichtum des Landes produziert ... Wenn wir sagen, daß die Arbeiter die am meisten ausgebeuteten und unterdrückten Mitglieder der Gesellschaft sind, dann bedeutet das ganz allgemein, daß sie keinen Zugang zu den Produktionsmitteln haben

und daß sie, um Arbeiter zu sein, der Möglichkeit beraubt sein müssen, sich in Kapitalisten zu verwandeln. Dies trifft nicht notwendig ... für andere Gruppen in der Gesellschaft zu.“

Lewis erklärte weiter in Polemik gegen den Vorwurf des Ökonomismus, daß durch zehnjährige Arbeit der Gewerkschaften das Selbstbewußtsein der Mitglieder auf das Niveau gehoben worden sei, daß sie sich nicht mehr mit weniger zufriedengeben würden als mit der vollen Beteiligung an politischen Entscheidungen. Das nächste Ziel, von dessen Notwendigkeit die Mitglieder überzeugt seien, sei die Schaffung eines Gewerkschaftsbundes. Erst dann hätten sie die Unterstützung und die Basis, die sie für die Teilnahme an der Arbeit einer aus mehreren Klassen zusammengesetzten Organisation brauchen.

World in Progress 22, 23 83; Informationsdienst Südliches Afrika 9/83 (antl, uid)



Siegfried Zimmerschied

„Für Frieden in Freiheit“ – ein Holzweg in 14 Stationen“

So lautet der Titel des neuen Theaterstücks des Kabarettisten Siegfried Zimmerschied, mit dem die Laienschauspielgruppe „Passauer Volkstheater“ Ende November Premiere hatte. Zimmerschied macht in Passau politisches Kabarett seit 1975. Er beschreibt das Leben in einer Kleinstadt, in der Kapitalisten, Klerus und Stadtrat direkt miteinander verflochten sind und das Geschehen am Ort bestimmen. Die Uraufführung des Theaterstückes fällt nicht zufällig zusammen mit der Vorbereitung der Kommunalwahlen in Bayern durch die bürgerlichen Parteien.

Der Inhalt: Wick Wimmer ist Hausmeister und „mog sei Ruah“. Im Gegensatz zu seiner Frau Irmgard: „Wos is denn des scho fia' Arwat', des'd host? Doch richt'n, Hundescheiße wegkehr'n ... Und i deaf putz'n geh wie a Asoziale ... A ganz'n Dog schuft'n und arwat'n und zua-schaung wie de andan Karriere mochen? ... In koam Verein bist, bei da Partei bist ned, ned amoi im Pfarrgemeinderat!“ Tochter Regina steht den Ansichten der Mutter vom besseren Leben durch Karriere skeptisch gegenüber: „Ja, glaubst denn du tatsächlich, daß man in dera G'sellschaft no wos werd'n ka, – ha?“ Als die Tochter berichtet, daß die CSU-Stadtratsmafia einen alten Freund vom Hof vertreiben will, um an billigen Baugrund zu kommen, beschließen sie, daß der Wick sich auf

der CSU-Liste an den Stadtratswahlen beteiligen soll, hauptsächlich „aus Gaude“. Wick nimmt den Bogen der „CSU-Stadtratskandidaten“: „Do schau her, ein großes C ... de ham's kapiert: Vui bet'n, kreischlong und hostienslecka, des san de ersten Klimmzug an d'Macht. Und dann eine in d'Verine ... übe oi dabei. Menschen sammeln wie Briafmarkn und wenn's Album voi ist – eine in den Stadtrat, Diäten kassiern, Pöstal vaschiabn und am Oschlecka loss'n.“

Um den nun beginnenden „Aufstieg“ des Wick Wimmer in vierzehn Stationen zu illustrieren, hält Zimmerschied folgende Regieanweisungen für charakteristisch: Der Handlungsort, „eine altmodische, aber gemütliche Küche“ wird ausgebaut zu einer „makellosen, sterilweißen Einbauküche“, in der Wick und Irmgard wie Lodenfreypuppen stolzieren. Zusätzlicher Antreiber der „Karriere“ ist Gerold Hinterreiter, Burschenschaftler und CSU-Jungfunktionär. Weil er auf Regina scharf ist, verschafft er erforderliche Verbindungen. Gerold, zynisch und überlegen kalkulierend: „S'Volk will die Illusion und deswegen brauch ma auch Leute wie Sie, Herr Wimmer. Kernige Typen, de Schtimung verbreiten, die's bayerische Herz schlag'n lassen.“ Wimmers Karriere scheitert, als Hinterreiter ihn fallen läßt. Der eigentliche Grund aber ist, daß er sie nicht ver-

kraftet. Nachdem er im Stadtrat mit der CSU-Fraktion gegen seinen Freund Fonse gestimmt hat, läßt ihn Zimmerschied erklären: „... Auf oamoi wiad's Schtad und oanna redt von der Bedrohung der Gemeinschaft durch Verweigerer, durch asoziale Elemente. Und olle Schädel'n schuin auf oamoi auf, werd'n rot und g'fährlich ... Und du griagst Leid, de ausinghang wie d'Sau vor'm Schlachthof, weils seyba Angst ham. Dann, auf amoi wird obg'stimmt ... Langsam ziagst d'an in d'Höh, an Arm. I hob des nia g'glaubt. Owa es funktioniert. Heid wie damois.“

Die letzte Station des „Holzweges“ zeigt den Wick in der Intensivstation des Städtischen Krankenhauses: Herzinfarkt. Irmgard zieht Resümee: „Früher war'n ma nix, heid san ma wix. Owa früher war'n ma wenigstens g'sund ... Für Frieden und Freiheit, wie ma no a so liang kann, so unendlich vui liang ...“

Das Stück hat Erfolg. Die Vorstellungen waren ausverkauft. Die Aufführung ist lustig und viele können sich mit dem Angriff auf die Reaktion identifizieren. Dies gilt allerdings auch insofern, als die Wirkungsweise der Unionspropaganda etwas unterschätzt und ein Weg in Richtung „arm, aber glücklich“ eingeschlagen wird.

S. Zimmerschied, „Für Frieden in Freiheit“ – ein Holzweg in vierzehn Stationen, A. Haller Verlag 1983, Passau (tolu)

Arme Irre in Amerika

Gleich drei Redakteure, zwei US-amerikanische Journalisten, einen Professor aus Hawaii und einen Leiter seines Auslandsressorts gibt der „Spiegel“ als Verfasser eines seiner neuesten Bücher an. Herausgekommen ist ein Buch, in dem man die Erlebnisse eines Redakteurs in einem „Psycho-Zentrum“ von Los Angeles nachlesen kann, in dem man sodann erfährt, daß die Olympischen Spiele 1984 in Los Angeles kommerziell werden und überhaupt furchtbar, zumal Los Angeles noch nicht einmal eine U-Bahn hat, und daß Reagan auf jeden Fall „außengeleitet“ ist und sein „Rechtsextremismus“ vermutlich Ergebnis einer früheren „Identitätskrise“. Ansonsten ist Kalifornien „reich“ – als Beleg muß ein „Pro-Kopf-Einkommen“ in Los Angeles von 14000 Dollar im Jahr herhalten, was ziemlich genau dem „Pro-Kopf-Einkommen“ in Bremen 1982 entspricht –, hat viel Rüstungs- und Elektronikindustrie und ist ein „Ingenieurparadies“. Außerdem liegt Kalifornien am Pazifik, was dem „Spiegel“ Beweis genug zu sein scheint, um festzustellen, daß die Kalifornier schon immer „von den Weisheitstraditionen der pazifischen Inseln und Asiens angezogen worden sind“. Arme Leute und solche, die arbeiten, kommen in dem Buch auch vor. Aus dem „verslumten Zentrum“ von Los Angeles berichtet der Autor: „Da wohnt keiner, der bei Kasse und Verstand ist.“ me Irre also.

Michael Naumann, Amerika liegt in Kalifornien. Wo Reagans Macht herkommt, Spiegel-Buch 43, Rowohlt, 14 DM – (rül)

Konservative Aktion: Eigentumsbewahrung

„Grundwerte der abendländischen Zivilisation zu bewahren“ sei die „wichtigste Aufgabe“ der Konservativen Aktion, so ihr Vorstandsmitglied Pachmann. Neben ZDF-Moderator Löwenthal und Likörfabrikant Eckes befinden sich im Vorstand dieser 1981 gegründeten Organisation auch vier Hochschulprofessoren, wovon einer, Politik-Professor Horning, PH Reutlingen, das Programm formuliert hat. Das so mit dem Schein wissenschaftlicher Begründung versehene Programm befaßt sich im ersten Teil mit der Wiederherstellung des Deutschen Reichs von 1937, der Schaffung eines

vereinigten Europas (Osteuropa eingeschlossen) und den dazu notwendigen ideologischen und militärischen Vorbereitungen. Der zweite Teil führt zum eigentlichen Kern des Konservatismus: zu dem, was konserviert werden soll. Dabei steht die Erhaltung des Privateigentums unter ausdrücklicher Berufung auf das Grundgesetz an vorderster Stelle. Doch damit nicht genug der Begründung. Die Natur wird bemüht: „Die menschliche Natur erfordert das Eigentum aus individuellen und sozialen Gründen. Es fördert die schöpferische Entfaltung des einzelnen Menschen und befähigt ihn zur Hilfe für die sozial Schwächsten.“ Die Berufung auf die Natur oder sonstige vom Menschen nicht beeinflussbare Mächte war immer ein starkes Argument der herrschenden Klassen zur Absicherung ihrer Besitzstände. Eine historische Prüfung des Arguments führt allerdings zu dem Ergebnis, daß die Menschen den längsten Teil ihrer Geschichte gegen ihre „Natur“ gelebt haben müssen. In den urwüchsigen Gemeinwesen, z.B. Indianerstämme Nordamerikas, wurden die Lebensmittel kollektiv produziert und an die Gemeinschaft verteilt. Erst durch die fortschreitende Verbesserung der Produktivkräfte entwickelte sich das Privateigentum bis zu seiner heutigen Form: dem kapitalistischen Eigentum. Dieses Eigentum, das auf der Ausbeutung fremder Arbeit beruht, soll als Erfordernis der menschlichen Natur verewigt werden. Die „schöpferische Entfaltung“ kann dabei nur in der Anhäufung von Profit liegen.

Quellenhinweis: Programm der Konservativen Aktion, Bezugsquelle: Auenhamer Weg 45, 8399 Griesbach - (thz)

Eine Liebe in Deutschland

Sie spielt in der Zeit, in der Liebe – je nachdem, wo sie hinfiel – mit dem Tode bestraft werden konnte. Also während des zweiten Weltkriegs im Dritten Reich. Rolf Hochhuth hat darüber ein Buch geschrieben, der Regisseur Wajda verfilmte es.

Pauline, eine adrette Gemütsfrau (Mann Soldat, ein Sohn) verliebt sich in einen jungen polnischen Gefangenen. Ort des Geschehens: ein Dorf bei Lössach; die staatsgefährdende Liaison bleibt naturgemäß nicht verborgen. Pauline beschließt, den Freund nicht mehr zu sehen. Stani muß ins Krankenhaus. Pauline

besucht ihn und wird an die Luft gesetzt. Nun läßt sie ihm über eine Freundin Briefe zukommen, die bei einem Gestapo-Offizier namens Meier landen. Die Initiative ging von einer Nachbarin aus, die ebenfalls mit Soldatenmann – also auf frühe Witwenschaft eingestellt – unbedingt den Gemütseladen will.

Meier versucht, schon im Interesse des „Kameraden“, zu retten, was zu retten ist. Er baut Pauline Brücken, die sie nicht beschreitet. Sie liebt Stani, basta. Dann gerät er an eine Verordnung, die gestattet, bei Vorliegen „mildernder Umstände“, d.h. bei Männern, die einigermaßen dem herrschenden Rassenideal entsprechen, diese „einzudeutschen“, was der jeweiligen „Herrenfrau“ das Konzentrationslager ersparen würde. Stani wird begutachtet und vermessen: die Eindeutschung wäre möglich. Nur will er das nicht, nein, unter keinen Umständen.

Meier versteht die Welt nicht mehr. Stanis Tod ist beschlossen, nun soll alles recht „human“ zugehen. Meier wählt sorgfältig Strick und (polnischen) Henker, den er mit Zigaretten und durch Drohungen zur Mitwirkung nötigt, der aber im entscheidenden Augenblick in Ohnmacht fällt. Meier erledigt die Sache selbst. Pauline wird zu Haft im Konzentrationslager verurteilt.

Nach 40 Jahren besucht Paulines Sohn den Ort seiner Kindheit und versucht, über den Fall zu sprechen, aber niemand will noch etwas von dieser Zeit wissen.

Der Film ist von der Presse umjubelt und verrissen worden, beides ist übertrieben, er ist höchstens überflüssig. Abgesehen von eingebildeten Dokumenten läuft alles nach bekannten Mustern ab. Vom Nazi-Alltag erfährt man fast nichts. Wer von den agierenden Personen wie hätte reagieren können, bleibt dunkel.

Schon vor 20 Jahren stellte Adorno fest, daß man totalitäre Politik nicht nur als Folge der Charakterfehler von Politikern darstellen dürfe. Das aber tut Wajda. Indem er die Verordnungen und Gesetze aufzeigt, stellt er die Personen einfach als Objekte dar, die diesen Gesetzen untergeordnet sind. Schade um das Hochhuth-Buch.

Wajda, Eine Liebe in Deutschland; nach dem Roman von R. Hochhuth - (bah)

EKD

Kirchenleitung, Luther und Gott für Staatstreue und Pershing II

Die Leitung der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) stellte im „Lutherjahr“ 1983 – Luther wurde vor 500 Jahren geboren – in ihren Äußerungen und Reden besonders zwei Aussagen Luthers heraus: Die staatliche Ordnung und Herrschaft seien eine Anordnung Gottes, die die Menschen anzuerkennen und der sie zu dienen hätten; jeder solle seine Interessen hintanstellen und stattdessen darauf vertrauen, daß ihm von einem Gott schon alles gerichtet worden ist.

Die Leitung der EKD hat die Autorität Luthers zu nutzen versucht, um auf die Friedensbewegung politischen Einfluß zu nehmen. Grundsätzlich zur staatstragenden Rolle der Kirche und der Christen führte der Ratsvorsitzende der EKD, Bischof E. Lohse, Hannover, in seinem Rechenschaftsbericht an die Synode am 1.11.83 an: „Die Schrift sagt uns, daß der Staat nach göttlicher Anordnung die Aufgabe hat ... nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen. Die Kirche erkennt in Dank und Ehrfurcht gegen Gott die Wohltat dieser seiner Anordnung an.“ Die Schönheit und Gerechtigkeit einer göttlichen Anordnung der imperialistischen Staatsmacht der Bundesrepublik kann aber richtig nur dem einleuchten, der daran glaubt, daß ein Gott ihn von Angst und allen Übeln in der Welt befreit. Um die Richtigkeit dieser religiösen Bindung zu bekräftigen, klagte das Bischofsblatt Lutherische Monatshefte Anfang des Jahres gegen die „Vergötzung des Menschen“. Gerade der heutige Mensch könne von Luther viel lernen: „Die Autonomie des Menschen ist endgültig an die Grenzen ihres Wachstums gestoßen.“

Nur aus Gottes freier Gnade erlange der Mensch das Heil. Wem dieses Heil Gottes nicht reicht, wer sich nicht trösten lassen will, wer diese Illusion über die tatsächlichen gesellschaftlichen Bedingungen und ihre Unumstürzbarkeit nicht übernimmt, der gehe auf dem Weg zur Selbstzerstörung der Menschheit. Gerade für diese Leute aber habe – laut Luther – ein Gott der „weltlichen Obrigkeit“ Zucht- und Zwangsmittel gegeben. Auf der Lutherfeier der EKD in Worms am 30.10.83 faßte der Bundespräsident Carstens, den die EKD als Festredner neben anderen geladen hatte, die Lutheransichten bündig zusammen: „Luther gibt dem Staat, was ihm zukommt, er gesteht ihm das Recht zu, zum Wohle der Bürger Recht und Gesetz, wo nötig, mit allen Mitteln Geltung zu verschaffen.“

Der göttlich angeordneten Staatsmacht Geltung zu verschaffen und die richtige Gesinnung zu verbreiten, dafür hat sich die Leitung der EKD in diesem Jahr ins Zeug gelegt. Und zwar nicht nur für die Staatsordnung allgemein, sondern mit dem Interesse, eine bestimmte Maßnahme durchsetzen zu helfen. In der Friedensdenkschrift von 1981 hatte der Rat der EKD die Aufstellung der neuen Atom-Mittelstreckenraketen als „christliche Möglichkeit“, „einen Frieden in Freiheit“ zu sichern, befürwortet. Diese Denkschrift der EKD war ausgearbeitet worden durch die Kammer für öffentliche Verantwortung, ein Gremium, in dem mehrere Minister und Staatssekretäre aus CDU, SPD und FDP sitzen. Die Befürwortung der Raketenstationierung stieß auf den Protest vieler Mitglieder der evangelischen Kirchen.

Die EKD-Leitung hat dann gerichtet gegen den Protest in einer Erklärung vom 16./17.9.83 festgelegt, was vor und nach dem Aufstellen der Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik christlich und gottesfürchtig sei: „Wer den äußeren Frieden politisch sichern will, darf den inneren Frieden nicht der Gewalt opfern. Wer gegen weitere Rüstung eintritt, darf nicht den Rechtsfrieden und die demokratische wie kirchliche Zusammengehörigkeit mit denen aufkündigen, die ebenfalls die Gefahren des Wetrüstens sehen, aber die Chancen für eine rechtzeitige Abrüstung derzeit anders einschätzen ... Dies verbietet ... der Minderheit, der getroffenen Entscheidung ihre Verbindlichkeit abzuspochen.“

Wenn die Staatsorgane sich für die Aufstellung entscheiden, dann haben sich also diejenigen, die gegen die Aufstellung sind, zu fügen. Denn die staatliche Ordnung samt Staatsorganen ist eine Anordnung Gottes, der sie zum Schutz gegen das Böse als „Amtmann“ eingesetzt habe. Wer sich nicht fügt, gegen den geht

dieser „Amtmann“ mit dem von Gott gegebenen „Schwert“ unter Zustimmung der EKD-Leitung vor.

An dem Vorgehen der EKD-Leitung wird deutlich, daß die EKD ein Kirchenbund in einem imperialistischen Land ist und sich für die Interessen der westdeutschen Imperialisten stark macht. Im Gegensatz zur EKD hat der Ökumenische Rat der Kirchen, in dem die EKD Mitglied ist und in dem die Kirchen der Dritten Welt in der Mehrheit sind, die Aufstellung, Lagerung und den Einsatz von Atomwaffen als „Verbrechen gegen die Menschheit“ verurteilt. Der Ratsvorsitzende der EKD Lohse lehnte die Übernahme dieses Verurteilungs-Beschlusses ab und erklärte in seinem Bericht vor der Synode, diese Verurteilung müsse „in den Kontext unserer Situation hinein interpretiert und übersetzt werden“. Eine verständliche „Übersetzung“ ist: Die EKD handelt wie eine Amtskirche des NATO-Staates BRD. Die EKD mit ihrem Eintreten für die Mittelstreckenraketen und damit für kriegsvorbereitende Maßnahmen der westdeutschen Imperialisten, mit dem Eintreten für die Aufstellungsbeschlüsse steht gegen die Lebensinteressen der arbeitenden Klassen in der Bundesrepublik.

Quellenhinweis: epd-Dokumentation 47 u. 48/83; Evangelische Kommentare 10/83 – (gba)

Revolutionäre Sozialisten

Einige Ergebnisse des V. Parteitages der KPD

Anfang November und Anfang Dezember 1983 führte die KPD ihren fünften Parteitag durch. Den vorliegenden Dokumenten zufolge behandelten die Delegierten auf diesem ersten ordentlichen Parteitag seit fünf Jahren vor allem Fragen der Einheitsfrontpolitik. Ergebnis dieser Debatte sind drei Resolutionen: „Resolution zum antifaschistisch-demokratischen Kampf“, „Resolution zum wirtschaftlichen Kampf“ und „Krieg dem imperialistischen Krieg!“. Zusätzlich wurde das neugewählte ZK vom Parteitag beauftragt, „binnen drei Monaten Stellungnahmen zur Einschätzung der Sozialdemokratie und zur Haltung der Partei bei parlamentarischen Wahlen zur Diskussion in die Partei zu geben“.

Ein weiteres Ergebnis dieses Parteitages ist, daß die KPD eine Programmdiskussion eingeleitet hat. Die Delegierten verabschiedeten eine Resolution „Sozialistische Demokratie und Diktatur des Proletariats“, in der das ZK mit einer Reihe von Untersuchungen beauftragt wird. „Die Ergebnisse dieser Untersuchungen, Feststellungen und Perspektiven sind im kommenden Jahr in ihren wesentlichen, für den Kampf um die Errichtung des Sozialismus notwendigen Teilen in das neue Kampfprogramm der Partei einzubeziehen und einem außerordentlichem Parteitag, der vor dem nächsten ordentlichen Parteitag der KPD einzuberufen ist, vorzulegen.“

Der nächste ordentliche Parteitag soll in zwei Jahren stattfinden. Vorher soll die Debatte um ein neues Programm für die BRD soweit geführt sein, daß ein außerordentlicher Parteitag darüber beschließen kann. Die KPD ist gewillt, diese Programmdebatte öffentlich zu führen.

Im folgenden drucken wir Auszüge aus den beschlossenen Resolutionen ab. Der vollständige Text der Resolutionen ist im Roten Morgen Nr. 49 veröffentlicht.

Auszüge aus der „Resolution zum antifaschistisch-demokratischen Kampf“

„... Die antifaschistisch-demokratische Bewegung wächst, das Engagement der Gewerkschaften nimmt zu, zahlreiche Bürgerinitiativen führen überall im Lande den Kampf gegen einzelne reaktionäre Maßnahmen und Vorstöße. Es gibt regionale und bundesweite Aktionseinheiten, nicht nur im Kampf für den Frieden, sondern auch gegen die Faschisten, gegen die ausländische Politik, gegen Polizeiübergriffe und Berufsverbote und Verweigerungsaktionen wie die gegen die Volkszählung ...

Wir werden diese Initiativen und Aktionseinheiten, soweit es unsere Kräfte erlauben, unterstützen und in ihnen arbeiten. Wir werden daneben eine eigenständige politische Aufklärungs- und Mobilisierungs- und Organisationsarbeit leisten, um unseren politischen Auffassungen und Orientierungen im antifaschistischen Kampf Gewicht zu verleihen. Da der Kampf gegen Reaktion und Faschismus ein Anliegen über die Reihen der eigenen Partei hinaus ist, und es auch Menschen über die Mitarbeit in Initiativen hinaus gibt, die einen konsequenten antifaschistischen Kampf wollen, und sich dafür organisieren, gilt es zu prüfen, ob bereits

ein Zusammenschluß solcher Kräfte existiert oder im Aufbau ist, für den wir uns in jedem Falle stark machen müßten.

In der Bundesrepublik und in Westberlin gibt es eine traditionelle antifaschistische Organisation, die VVN/Bund der Antifaschisten. Sie hat große Verdienste in der Aufklärung über den Faschismus und den antifaschistischen Widerstandskampf, in der Entlarvung von Alt- und Neonazis und dem Kampf gegen sie und gegen den Abbau von Demokratie und Kriegspolitik in diesem Lande. Zweifellos haben wir dies in der Vergangenheit nicht genug gewürdigt und zu wenig die Zusammenarbeit gesucht, die allerdings auch von ihrer Seite nicht besonders erwünscht war. Denn es gibt erhebliche politische Differenzen. Die VVN orientiert in diesem Kampf auf die Neonazis als hauptsächlichster Gefahr des Faschismus und auf das Grundgesetz als Bollwerk im Kampf gegen reaktionäre bzw. faschistische Bestrebungen in diesem Lande. Darüberhinaus sieht sie als Hindernis für eine Zusammenarbeit Positionen, die die Auffassung vom „sozialistischen Lager“ als Bollwerk des Friedens und Antifaschismus nicht teilen, und diffamiert sie als Antikommunismus ...

Bemühungen und Entscheidungen der Volksfront, die auf eine politische Stärkung der Volksfront, die Verbesserung ihrer Arbeitsweise, mögliche Änderungen ihrer Struktur und andere Umstellungen, die ihrer realen Mitgliederstärke und Möglichkeiten besser Rechnung tragen hinauslaufen, sowie Schritte und Initiativen zur Zusammenarbeit und zum Zusammenschluß mit anderen antifaschistischen Kräften finden unsere Unterstützung.“

Auszüge aus der „Resolution zum wirtschaftlichen Kampf“

„... Weil die krisenhafte kapitalistische Entwicklung der letzten Jahre die Untauglichkeit der Sozialpartnerschaftskonzeption zur Verteidigung der Interessen der Arbeiterklasse gegen die Krisenangriffe der Kapitalisten immer offensichtlicher hat werden lassen, wird heute auch in den Gewerkschaften die Auseinandersetzung um den gewerkschaftlichen Kurs breiter und zugespitzter geführt.

Dabei haben sich auch Vorstandsmitglieder verschiedener Einzelgewerkschaften in der letzten Zeit öffentlich gegen die Sozialpartnerschaftsvorstellung ausgesprochen ...

Es ist indessen eine Illusion zu glauben, daß es einen Kurswechsel in den Gewerkschaften geben könnte ohne die Grundlage eines Stimmungswandels in den Betrieben, ohne daß eine klassenkämpferische Haltung in der Mitgliedschaft größeren Einfluß gewinnt. Gerade an dieser Überlegung setzt die Taktik der RGO an ...

Natürlich dürfen wir den Aufbau der RGO nicht der Arbeit in den Gewerkschaften entgegenstellen, wie es in der Gründungsphase der RGO teilweise der Fall war. Im Gegenteil: Die RGO muß mit beiden Beinen in der Gewerkschaftsarbeit stehen. Was uns von anderen oppositionellen Gewerkschaften unterscheidet ist nicht, daß sie ganz in der Gewerkschaft arbeiten und wir nur halb, sondern daß wir anders in den Gewerkschaften arbeiten. Wir halten es nicht für ausreichend, in den gewerkschaftlichen Gremien zu arbeiten, sondern versuchen – ganz gleich, ob wir in den Gremien in der Mehrheit oder Minderheit oder gar nicht vertreten sind – in die betrieblichen Kämpfe einzugreifen. Wir versuchen, einen möglichst großen Teil der Belegschaft für einen klassenkämpferischen Kurs zu gewinnen und zu organisieren. Das ist der Inhalt des RGO-Konzepts und das halten wir nach wie vor für richtig ...

Die Forderung nach der 35-Stunden-Woche ist gegenwärtig die zentrale Forderung, um die sich die Arbeiterklasse im Kampf zusammenschließen kann. Die entschlossene Aufnahme des Kampfes zur Durchsetzung dieser Forderung bietet die Chance, gegenüber den Unternehmern wieder in die Offensive zu kommen. Ihre Durchsetzung auf dem Verhandlungsweg allerdings erscheint angesichts der absolut unnachgiebigen Haltung der Kapitalisten als völlig ausgeschlossen.

Zweifellos kann der Kampf um die 35-Stunden-Woche auch für die Entwicklung der Gewerkschaftspolitik von großer Bedeutung werden: Nach einem hart und massenhaft geführten Kampf wird es der Gewerkschafts-Führung nicht mehr ohne weiteres möglich sein, zur sozialpartnerschaftlichen Tagesordnung überzugehen ...“

Auszüge aus der Resolution „Krieg dem imperialistischen Krieg“

„... Für die KPD ist der Kampf gegen diese Kriegsvorbereitungen eine Aufgabe von erstrangiger Bedeutung. Sie begreift sich als Teil der Friedensbewegung, in der sie einen bedeutenden

Faktor im Kampf für die Verhinderung eines neuen Weltkrieges sieht. Die KPD bekräftigt ihre Absicht, unabhängig vom Ausgang der Genfer Verhandlungen, den Kampf gegen die Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenraketen fortzusetzen, sich in diesem Kampf mit allen Kräften, die das gleiche Ziel verfolgen, zusammenzuschließen und sich für die Entfaltung von Aktionsformen einzusetzen, die geeignet sind, die Arbeiterbewegung in den Widerstand gegen die Stationierung einzubeziehen.

... Notwendig ist es jedoch, darüber hinaus, mehr als bislang geschehen, die Kriegsvorbereitungen des BRD-Imperialismus und der NATO auf allen Feldern anzugreifen. Dazu gehört der Kampf gegen die aggressive konventionelle Rüstung (Rogers-Plan), gegen die zunehmende Militarisierung aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, gegen den Bonner Rüstungshaushalt, gegen jede Beteiligung des BRD-Imperialismus an militärischen Aggressionen gegen Länder der Dritten Welt (Ausweitung des NATO-Gebiets usw.). Große Bedeutung kommt dabei auch der antimilitaristischen Arbeit in der Bundeswehr, zur Zersetzung dieses Hauptinstrumentes der westdeutschen Kriegsvorbereitungen zu. Als eine grundlegende Aufgabe im Friedenskampf sieht die KPD schließlich die ständige, konkrete Entlarvung der imperialistischen Betrugsmanöver an, mit denen reale Kriegsvorbereitungen als Verteidigungsanstrengungen verschleiert werden. Das Ziel dieser Tätigkeit muß es sein, die Ideologie der „Vaterlandsverteidigung“ zu schlagen und in der Arbeiterklasse den Gedanken des proletarischen Internationalismus zu verankern ...

Um einen wirklichen Durchbruch gegen die imperialistischen Planer eines neuen Krieges, der Mitteleuropa zum Hauptschlachtfeld machen würde, zu erreichen, ist es notwendig, die Widerstandsaktionen zusammenzufassen und sie auf eine gemeinsame politische Zielrichtung hin auszurichten, die unmittelbar den Nerv der vom Boden unseres Landes aus betriebenen Kriegsvorbereitungen trifft: nämlich die Bündnispolitik der Bundesregierung, die Mitgliedschaft der BRD im aggressiven, von der amerikanischen Supermacht dominierten NATO-Pakt. Die KPD hat in ihrem Friedensplan der Bewegung gegen den Krieg eine Orientierung in diesem Sinne vorgeschlagen und eine Reihe konkreter Forderungen entwickelt, deren wichtigste sind:

– Abzug aller fremder Truppen von bundesdeutschem Boden,

– Austritt der Bundesrepublik Deutschland aus der NATO und der EG,

– Erklärung der Neutralität der Bundesrepublik Deutschland.“

Auszüge aus der Resolution: „Sozialistische Demokratie und Diktatur des Proletariats“

„... Für die Partei kommt es nicht nur darauf an, den Revisionismus an der Macht zu kritisieren und seinen Entstehungsprozeß zu analysieren. Es kommt auch darauf an, die Punkte herauszuarbeiten, an denen die Arbeiterklasse für den Sozialismus zu begeistern ist. Es müssen aus dem revisionistischen Entartungsprozeß Lehren gezogen werden, die das westdeutsche Proletariat nach Erkämpfung der Macht in die Lage versetzen, die revolutionäre Entwicklung weiter voran zu treiben und den Kampf gegen eine revisionistische Entartung erfolgreich zu führen. Von daher ergibt sich die Fragestellung nach der Fortführung des Klassenkampfes im Sozialismus.

Der Parteitag beauftragt das Zentralkomitee in unserer Partei, gezielte Untersuchungen und Diskussionen unter folgenden Gesichtspunkten zu leiten:

1. Wissenschaftlich untermauern, daß es sich bei den revisionistischen Ländern des Ostens unter besonderer Beachtung der Sowjetunion und der DDR, nicht um sozialistische sondern eine neue Art kapitalistischer Staaten handelt.

2. Untersuchungen darüber zu führen, warum es in den revisionistischen Ländern zur Entartung, zur Liquidierung des Sozialismus kommen konnte, wobei man sich vor allem auf das Verhältnis von Arbeiterklasse, Staat und Partei sowie sozialistische Demokratie und Diktatur des Proletariats konzentrieren sollte.

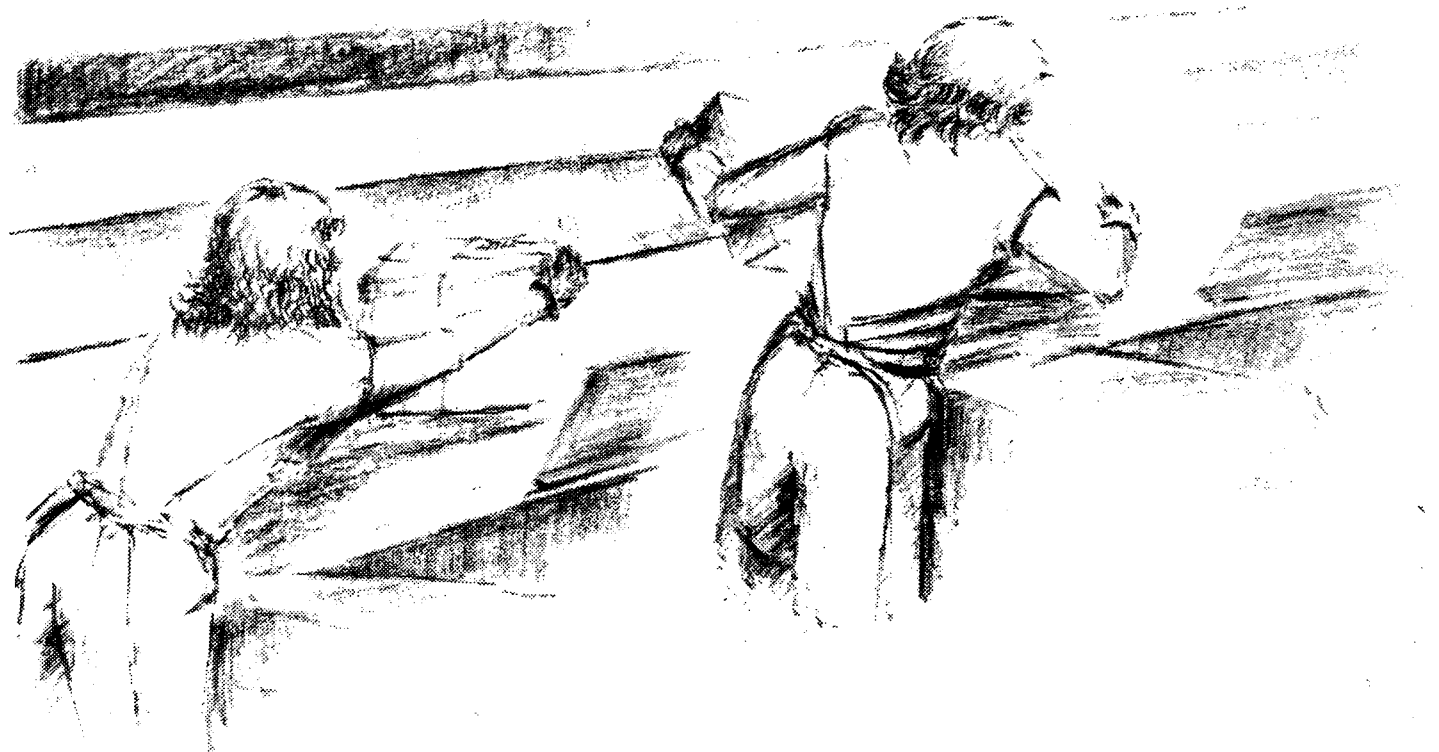
3. Lehren aus der revisionistischen Entartung hinsichtlich der Fortführung des Klassenkampfes im Sozialismus zu ziehen.

4. Im Zusammenhang mit dem zu erstellenden Kampfprogramm der Partei der westdeutschen Arbeiterklasse, den westdeutschen Werktätigen klar und überzeugend aufzuzeigen, wie sich die KPD eine sozialistische Bundesrepublik Deutschland vorstellt.

5. Überlegungen anstellen, wie die Partei eine breite Sozialismuskommunikation in der Arbeiterklasse und unter den revolutionären Sozialisten entfalten kann ...“

Quellenhinweis: Roter Morgen nr. 49 vom 9. Dezember 1983; in Kürze erscheint ein Dokumentationsheft der KPD mit den Materialien des V. Parteitages als Sondernummer der „Kommunistischen Hefte“. Preis 6,- DM; Bezugsadresse: KPD (Vertrieb), Postfach 300526, 46 Dortmund 30 – (clm)

Bleistiftskizze



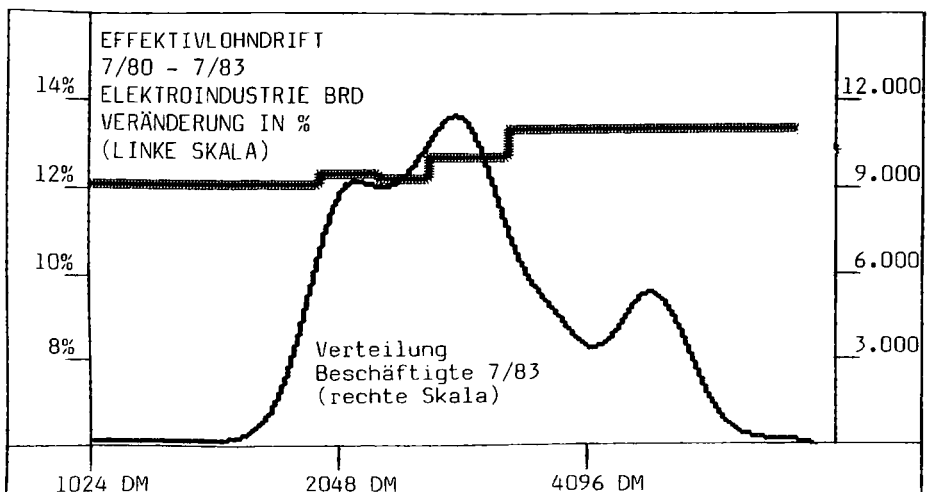
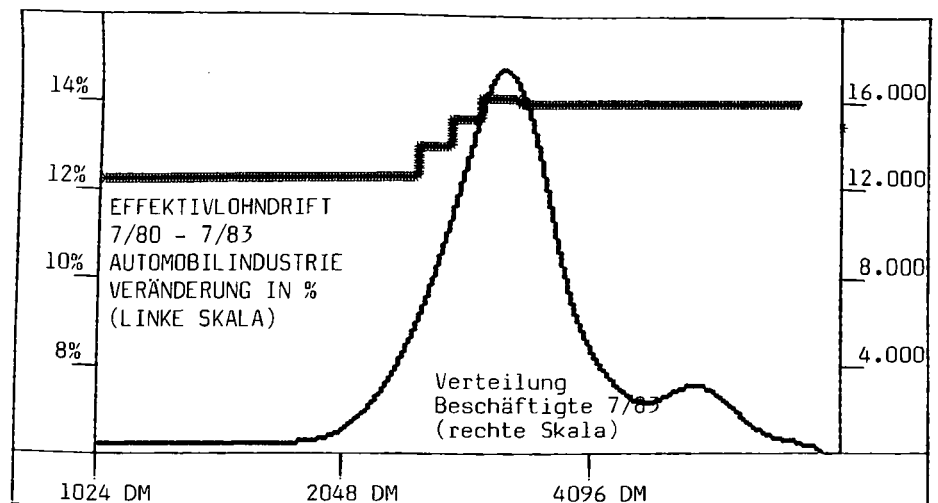
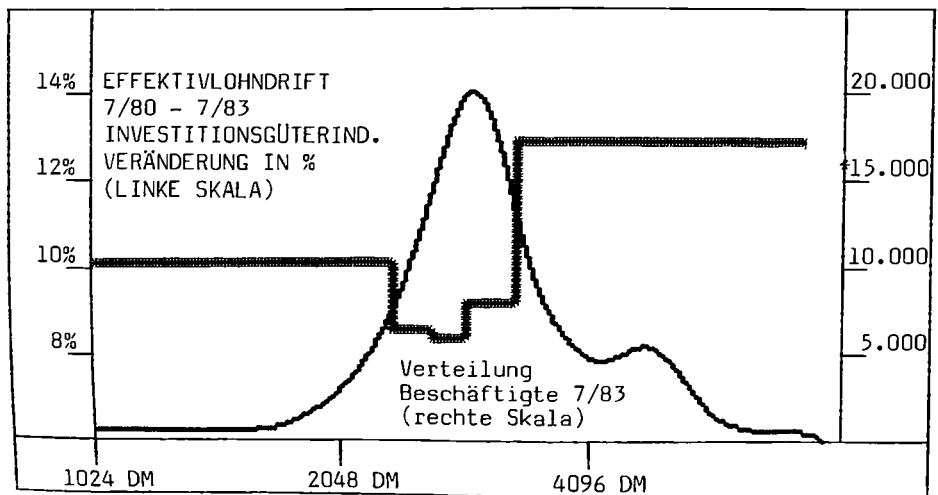
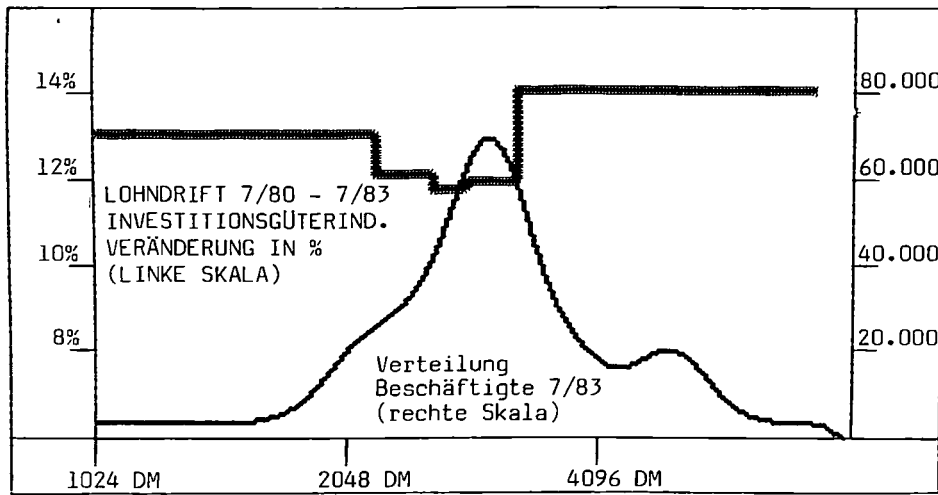
Arbeiterinnen in der Hamburger Paketpost, dat., Kunstgruppe Hamburg, 1983

**EFFEKTIVLOHNDRIFT METALL
1980 - 1983: 8 BIS 13 PRO-
ZENT, PREISSTEIGERUNG 14,5
PROZENT**

In den nebenstehenden Schaubildern ist die prozentuale Veränderung der Effektivlöhne in der Metallindustrie für den Zeitraum von Juli 1980 auf Juli 1983 dargestellt. Für diesen Zeitraum wird die Preissteigerungsrate aller Lebenshaltungskosten amtlich mit 14,53 % angegeben. Es ergibt sich eindeutig, daß der nominale Anstieg der Brutto-Effektivverdienste in allen Lohnzonen unter der Preissteigerungsrate liegt. Besonders bei den Niedriglöhnern und bei den Facharbeitern liegt der Anstieg der Brutto-Effektivverdienste zum Teil erheblich unter der Preissteigerungsrate, während bei den Gehältern über 3000 DM, d.h. bei den mittleren und höheren Angestellten der Anstieg der Effektivverdienste noch fast an die Preissteigerungsrate herankommt. Die Untersuchung des Lohndrifts für den Dreijahreszeitraum bestätigt die Ergebnisse des Vergleichs der Effektivlöhne von Juli 82 und Juli 83 (s. PB 24/83).

Die Kapitalisten haben eine Entwicklung umkehren können, die Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre noch feststellbar war: Nämlich daß es den Betriebsräten gelang, auch bei reinen Prozentabschlüssen in den Tarifverträgen innerbetrieblich eine überproportionale Anhebung der unteren Lohngruppen durchzusetzen, was auch statistisch nachweisbar war. Damit ist es jetzt vorbei. Außerdem kristallisiert sich als Tendenz heraus, daß die Metallkapitalisten zunehmend die Facharbeiterlöhne angreifen. Das ist erkennbar für die gesamte Investitionsgüterindustrie und besonders für den Maschinenbau, dessen Belegschaften hauptsächlich aus Facharbeitern bestehen. Die Facharbeiterlöhne im Maschinenbau sind nominal gerade zwischen 8 und 9 Prozent gestiegen. Die schon laufenden und die erst angekündigten Rationalisierungsmaßnahmen im Maschinenbau, insbesondere der Einsatz von CNC-Maschinen, und die bevorstehende Entlassungswelle werden den Druck auf die Facharbeiterlöhne noch verschärfen.

Auch für die Automobilindustrie und die Elektroindustrie gilt, daß die Niedriglöhne besonders gedrückt worden sind. Trotz relativer Stabilität der Autokonjunktur in den letzten Jahren konnten die Belegschaften im Automobilbau das Sinken der Effektivlöhne auf breiter Front nicht verhindern, auch wenn hier die Einbrüche noch am geringsten sind.



Wie haben sich diese Lohnsenkungen auf die Nettolöhne und Nettogehälter ausgewirkt? Bei einer Preissteigerungsrate von 14,53% in den 36 Monaten von Juli 1980 auf Juli 1983 und bei einem Anstieg der Effektivlöhne um 9% in derselben Zeit wie bei den Facharbeitern im Maschinenbau betrugen die Brutto-Effektivverdienste im Juli 1983 nur noch 95% der Effektivverdienste im Juli 1980. Oder andersherum gesagt: Der Effektivverdienst ist um 5% gefallen. Die Nettolöhne und -gehälter, also die kaufkräftigen Einkommen, sind aber noch weit stärker gesunken. Die

Schaubilder über die Entwicklung der Steuerabzugslast vermitteln davon nur einen ungefähren Eindruck, insofern die Steuerabzüge einen wesentlichen Teil der Lohnabzüge ausmachen. Die nominal gestiegenen, aber in ihrem Anstieg deutlich hinter der Preissteigerungsrate zurückbleibenden Effektivverdienste sind mit höheren Steuerabzügen belastet worden, außerdem sind die Beiträge zu den Sozialversicherungen zum Teil gestiegen. Eine erste Berechnung, die in einer künftigen Untersuchung weiter ausgeführt werden muß, ergab unter der Annahme eines

Lohnanstiegs entsprechend der Preissteigerungsrate für den Zeitraum von 1980 auf 1983 ein Absinken der Nettolöhne gegenüber 1980 um 3 bis 7%, je nach Steuerklasse und Bruttoverdienst. Das hieße, daß die Nettolöhne bis zu 10% unter den Stand von 1980 gefallen sind.

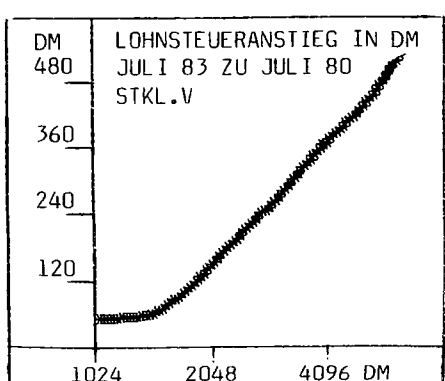
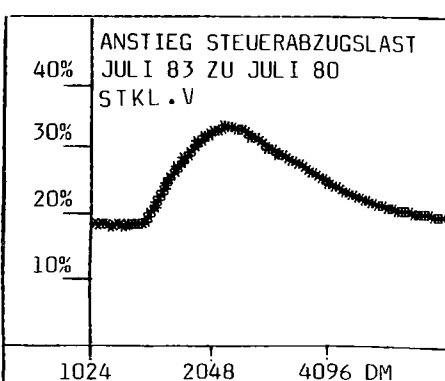
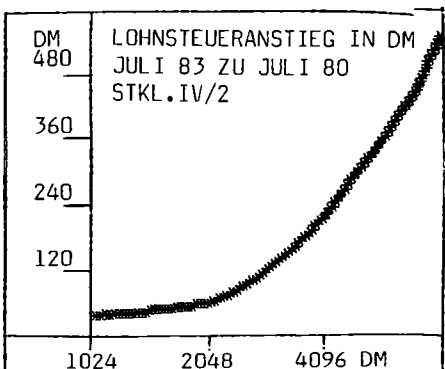
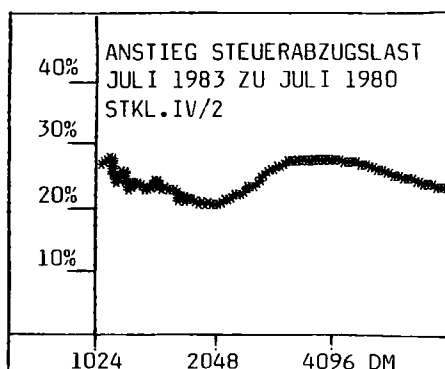
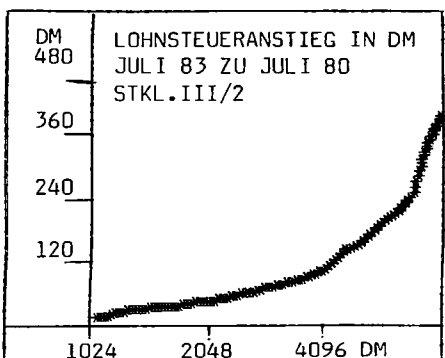
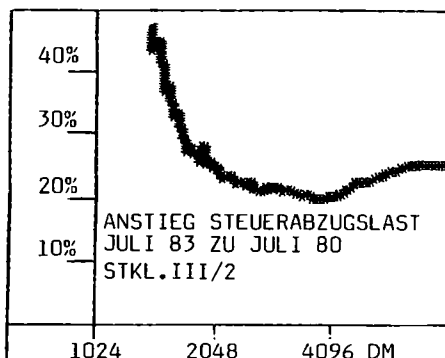
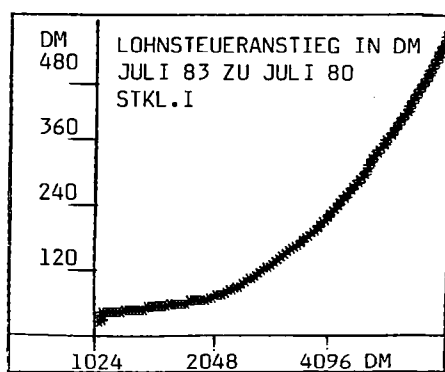
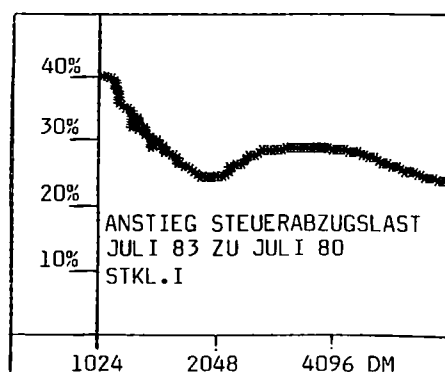
Wenn die IG Metall jetzt den Rahmen für die Lohnforderungen 1984 auf 3 bis 3,5% begrenzt, dann ist von vornherein klar, daß damit nicht die Lohnverluste des letzten Jahres und noch weniger der letzten drei Jahre ausgeglichen werden können und daß weitere Lohnsenkungen nicht gestoppt werden.

WACHSENDE STEUERABZUGSLAST IN DEN UNTEREN LOHNZONEN

Bundesfinanzminister Stoltenberg vermeldet neue Einnahmerekorde aus der Lohn- und Einkommensteuer. Und da die wachsende Steuerbelastung auf sinkende Löhne und Gehälter immer unerträglicher wird und jetzt einzelne Gewerkschaftstage Forderungen gegen die Steuerlast gerade auf die niedrigen Einkommen erhoben haben, sind die Regierungsparteien mit verschiedenen Steuerreformversprechen bei der Hand, die im Kern alle darauf hinauslaufen, die mittleren und höheren Einkommen zu entlasten. Begründung: In diesen Gehaltszonen sei die Steuerbelastung extrem hoch, und Leistung müsse sich wieder lohnen.

In den nebenstehenden Schaubildern ist der prozentuale Anstieg der Steuerabzugslast von 1980 auf 1983 sowie der Anstieg der Lohnsteuer in DM für Gehälter von 1024 DM bis 8192 DM in dem Zeitraum dargestellt. Unterstellt ist bei den Rechnungen, daß die Bruttoverdienste in dem Zeitraum genau wie die Preissteigerungsrate von 14,53% gestiegen sind. Das heißt, es ist die zusätzliche Steuerbelastung auf Verdienste ermittelt worden, die keinen Pfennig Kaufkraft mehr als 1980 repräsentieren, aber dennoch einem höheren Steuertarif unterliegen, weil der Tarif nicht an die Preissteigerungsrate angebunden ist. Da - wie gezeigt - der Anstieg der Bruttoverdienste hinter der Preissteigerungsrate zurückgeblieben ist, ist die Steuerabzugslast tatsächlich nicht ganz so stark wie in den Rechnungen unterstellt gestiegen.

Eindeutig ergibt sich: Der Steuerraub per Inflation trifft vor allem die niedrigen Löhne und Gehälter, wo jede Mark weniger eine weitere Verschlechterung der Reproduktion bedeutet. In diesem Bereich ist der prozentuale Anstieg der Abzugslast am stärksten. (wom)



Lohnbewegung Metall

Welche Aussichten im Kampf gegen die Kapitalisten?



Auf 3 bis 3,5% hat der Hauptvorstand der IG Metall die Lohnforderung der IG Metall begrenzt. Liebevoll malt die bürgerliche Presse schon die Folgen aus: 3% gefordert heißt Abschluß knapp über 1%, heißt Null-Abschluß bei Stahl, im öffentlichen Dienst usw. usf. Vorruhestandsverlockungen der Kapitalisten sollen die IG Metall auch im Kampf um die 35-Stunden-Woche isolieren und den Kapitalisten auch hier zum Erfolg verhelfen.

Ausländerpolitik

Arbeitsbedingungen ausländischer Lohnarbeiter: unter Tarif, ohne Versicherung ...

Bezahlung unter Tarif, ohne Kündigungsschutz, ohne Versicherungsschutz, ohne Streik- und Organisationsrecht – das sind so die Wünsche der westdeutschen Kapitalisten für die – durch Reform der Ausländergesetzgebung – anzustrebenden Bedingungen für die Ausbeutung ausländischer Arbeitskräfte. Zum Jahresende will Zimmermann seinen Gesetzentwurf vorlegen. Schon

jetzt meldet das Arbeitsministerium „überraschend starkes Interesse“ an seinen Rückkehrprämien. Eine gezielte Falschmeldung? Vielleicht. Denn schon jetzt haben die Kapitalisten die Arbeitsbedingungen vieler ausländischer Lohnabhängigen so gestaltet, daß vielen die Ausreise vernünftig erscheinen mag, ehe ihre Arbeitskraft vollends ruiniert ist.



Elternbeiräte

Kampf um minimale Ausbildungsbedingungen erforderlich



„Zuhause muß beginnen, was leuchten soll im Vaterland“ – so die schwülstige Begründung der CDU Baden-Württemberg zur geplanten landesweiten Aktion „Familie und Schule“. Verschüttet werden soll, daß nur durch Zusammenschluß der Eltern minimale Ausbildungsbedingungen erreicht und gesichert werden können. Ein Interview mit einem lang-

jährigen Elternbeirat an einer Freiburger Grund- und Hauptschule zeigt, welche Erfahrungen die Eltern in den letzten Jahren im Kampf gegen gesundheitsgefährdenden Lärm, Abgase, miserable bauliche Verhältnisse an den Schulen, Prügelstrafe, Abschieben von Schülern auf Sonderschulen und gegen Versetzungen von Lehrern gesammelt haben.

PLO

Wie wollen sich die zerstrittenen Fraktionen einigen?

Die Niederlage, die die PLO in Beirut hat hinnehmen müssen, hat die Schwierigkeiten im Kampf um ein befreites Palästina erhöht. Die Auseinandersetzung innerhalb des größten PLO-Mitglieds, der Al Fatah, wird schließlich auch bewaffnet geführt. In der PLO liegen jetzt mehrere Vorschläge vor, wie die Einheit der Organisation gerettet werden kann und der Kampf für einen palästinensischen Staat weitergeführt werden kann.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit sieben verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,70 DM

- Stahl- und Metallindustrie
- Druckindustrie
- Chemie und übrige Industrien
- Handel, Banken, Versicherungen
- Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- Schul- und wehrpflichtige Jugend
- Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige

Politische Berichte und Nachrichtenhefte werden herausgegeben von:

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5000 Köln 1 Kamekestr. 19
Tel. 0221/517376

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1 Kamekestr. 19
Tel. 0221/517457

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich: Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – Nachrichten, Analysen, Protokolle – herausgegeben vom Koordinationsausschuß der Arbeitsgemeinschaft. Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte.

Bezugsbedingungen:

Politische Berichte: Halbjahresabonnement inkl. Versand 36,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 72,- DM.

Politische Berichte sowie ein Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement inkl. Versand 47,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 94,- DM.

Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Einzelabonnement Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement inkl. Versand 14,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 28,- DM.

Jedes weitere Heft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Bestellungen sind zu richten an: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1 Kamekestr. 19
Tel. 0221/517457

Postcheckkonto Köln,
Konto-Nr. 10419-507,
Bankleitzahl 37010050